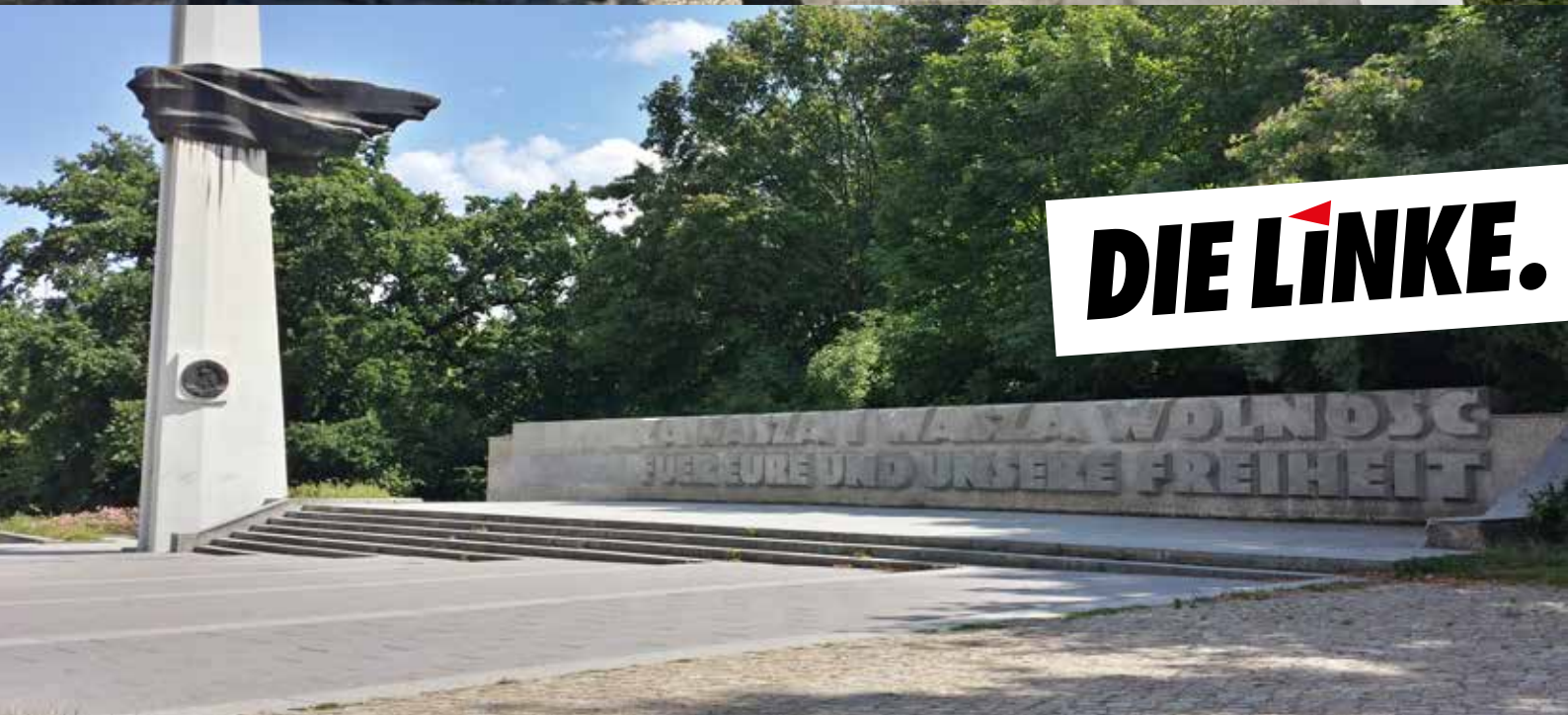


Rundbrief

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

2
2019

80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen



DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL	5
Redaktion Rundbrief	

THEMA: 80. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS HITLERDEUTSCHLANDS AUF POLEN

Im Zeichen politischer Instrumentalisierung	6
Bemerkungen zum aktuellen Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg in Polen Dr. Holger Politt	

Noch ist Polen nicht verloren	12
Die dritte Teilung und die Nationalhymne Dr. Daniela Fuchs	

Bundesschule des ADGB	14
Thomas P. Pezala	

Wilhelm Pieck und die Oder-Neiße-Friedensgrenze	15
Dr. Horst Helas	

Aller NS-Opfer gedenken.	16
Ulla Jelpke und Jan Korte über die Erinnerung an den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg Ulla Jelpke und Jan Korte	

AKTUELLES ZUM ANTIFASCHISMUS. THEORIE UND PRAXIS

Keinen Geschichtsrevisionismus zulassen	18
Dr. Gregor Gysi	

Sortierung der Rechten im Europäischen Parlament	21
Martin Schirdewan	

Rückblicke, Ausblicke	22
30 Jahre nach der Wende: Von wo aus blicken wir heute auf die DDR und auf die Wende? Tom Strohschneider	

Droht eine zweite Enteignung?	28
Warum der Historiker Prof. Dr. Günter Benser ein »Archivzentrum zur SED-Diktatur« für ein unakzeptables Konstrukt hält Mit Prof. Dr. Günter Benser sprach Karlen Vesper	

Recht auf Wohnen verankern und umsetzen 31
Caren Lay

Verlorene Mitte – Feindselige Zustände 33
Axel Holz

GESCHICHTLICHES. TEXTE UND REZENSIONEN

**Großer Vaterländischer Krieg und
große Kollaboration 1941–1945 ?** 35
(Teil 5 der Serie zu historischen Wurzeln des Faschismus
in Ländern der ehemaligen SU)
Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe

Juden aus Polen 45
Drei Lebensläufe
Dr. Horst Helas

Wieder gelesen: Die Weltbühne 47
XXVII. Jahrgang 3. Mai 1932 Nummer 18
Ein runder Tisch wartet

ZUM GEDENKEN AN, NACHRUF

Ich trage einen bekannten Namen 52
Ulli Lamberz.
Dr. Horst Helas

Sanktionen bis zum Tod 53
Karin Leukefeld

**Redebeitrag zur Gedenkveranstaltung an der Friedensglocke
im Volkspark Friedrichshain am 6. August 2019** 58
Knut Mildner-Spindler

**Wir dürfen nicht nachlassen,
unseren Willen nach Frieden zu bekunden!** 60
Anja Mewes

BUCHEMPFEHLUNGEN UND LITERATUR

100 Jahre Bauhaus 14
Vielfalt, Konflikt und Wirkung

Rezension: »Männer von Ehre?« 50
René Lindenau

Friedensglocke Berlin 62
Anja Mewes

HINWEISE ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN 63

DIE LINKE.

Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint zweimal im Jahr und wird herausgegeben von der BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-216
E-Mail: redaktion.rundbrief@die-linke.de

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Kommentare zum Themenfeld extreme Rechte, Rassismus, Rechtspopulismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit interessierter Personen unterstützt und die Analyse und Information zum Themenfeld in der Partei und im Partei Umfeld gestärkt werden. Der Rundbrief ist über die BAG zu beziehen.

Titelbild: Thomas P. Pezala
Redaktionsschluss: August 2019
Layout und Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

EDITORIAL

Dieses Heft widmet sich dem Thema »80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen«. Der 80. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf Polen am 1. September lässt vorab in Deutschland die Debatte der Nachkriegsentschädigungen für ehemals besetzte Staaten und Erinnerungsdenkmäler oder Orte hochkommen. Jan Korte und Ulla Jelpke haben dazu einen aktuellen Beitrag veröffentlicht.

Die Europawahlen haben gezeigt, dass die WählerInnen sich alles andere unter der Europäischen Union vorgestellt haben als das, was heute im Rahmen der EU passiert. Der Zwang von europäischen Regierungen den globalen Anschluss in der Aufrüstung nicht zu verlieren und dafür den rechten Populisten die europäische Bühne zu überlassen ist kein Ausweg aus der politischen Krise Europas. Es ist Zeit, dass endlich mehr Parteien aufwachen, um sich dem wachsenden rechten Populismus entgegen zu stellen, statt selbst am rechten Rand zu fischen. Eines der Beispiele ist Ungarn mit der Fidesz Partei, die seit fast einem Jahrzehnt an der alleinigen Regierung in Budapest ist und sogar entscheidenden Einfluss in Brüssel besitzt. Aus Brüssel haben wir einen Artikel von Martin Schirdehan erhalten.

Der Wegfall der INF-Verträge, die zeitlich nicht sachgemäßen und unbedachten Sanktionen gegen Staaten außerhalb der EU aber mit Unterstützung der Deutschen Bundesregierung zeigen einmal mehr, dass bei

den BürgerInnen für mehr Aufklärung und Offenheit gesorgt werden muss als das im Augenblick der Fall ist. Es muss ein Umdenken stattfinden, um keine neuen imperialistischen Bemühungen mit den EU-Staaten und Deutschland wieder an der Spitze zuzulassen. Karin Leukefeld hat uns einen Beitrag aus dem Nahen Osten zur dortigen Lage und zu verfehlten Auswirkungen von Sanktionen gesandt.

Mit leeren Versprechungen und Handlungslosigkeit werden die BürgerInnen immer den Protest wählen. Dabei ist es so einfach: nicht in die Aufrüstung sondern Wohnen, Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur zu investieren und so den Rechten keinen Platz in den Parlamenten zu überlassen, wie es in Berlin praktiziert wird. In weiteren Beiträgen von Gregor Gysi und Daniela Fuchs werden geschichtliche Zusammenhänge verdeutlicht, warum es Orte der Versöhnung und pazifistischen Austausch geben muss, um ein friedliches, solidarisches und starkes Europa gemeinsam zu entwickeln.

Vielleicht kommt diesmal dem einen oder anderen antifaschistisches in diesem Heft zu kurz vor, so sind es aber auch mal Themen die dahin wieder zurückführen. Nichts desto trotz.

Wir wünschen euch viel Vergnügen beim Lesen!

Redaktion Rundbrief

80. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS HITLERDEUTSCHLANDS AUF POLEN

Im Zeichen politischer Instrumentalisierung

Bemerkungen zum aktuellen Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg in Polen

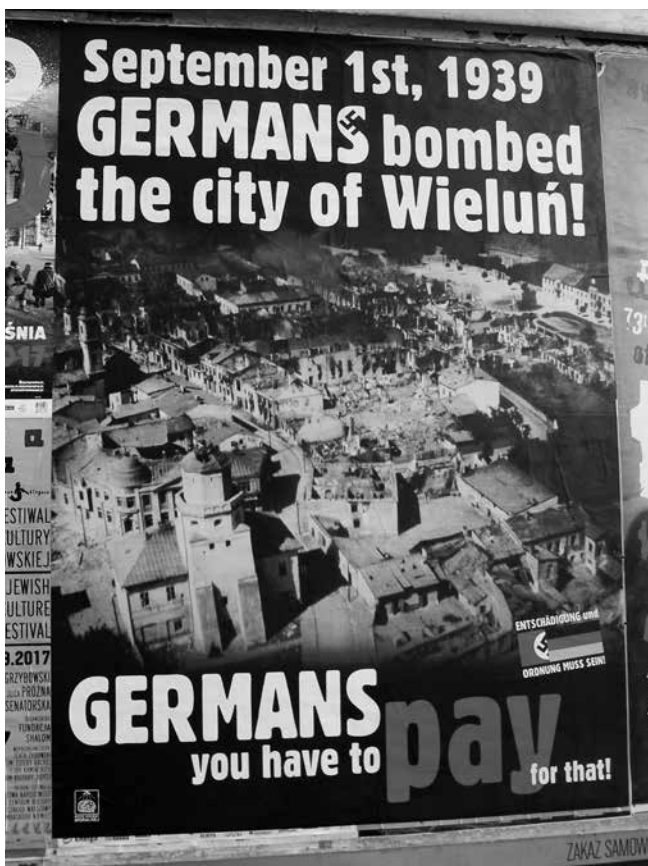
Verschiedene Jahre überhaupt schlagen in dem einen, das soeben gezählt wird und herrscht. Sie blühen auch nicht im Verborgenen wie bisher, sondern widersprechen dem Jetzt; sehr merkwürdig, schief, von rückwärts her.

Ernst Bloch, Erbschaft dieser Zeit

Anders als vielfach erwartet ist das Interesse am Zweiten Weltkrieg in Polen seit dem Beitritt zur Europäischen Union im Mai 2004 nicht abgeschwächt, sondern das Gegenteil ist der Fall – kein anderes Thema dominiert die geschichtspolitische Debatte so wie die Zeit von 1939 bis 1945. Hinzu kommt, dass das nationalkonservative Regierungslager seit 2015 bei den Anstrengungen um die Stärkung der nationalen Identität wider die vorgeblichen Gefahren einer ungebremst weitergehenden EU-Integration die Geschichtspolitik als ein willkommenes Mittel gebraucht, um das Wahlvolk bei der Stange zu halten.

Im Grunde behaupten führende Ideologen des Regierungslagers unentwegt, das Land habe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sich in einer hoffnungslosen Situation befunden, weil es von den westlichen Siegermächten fallen gelassen worden sei, so als hätte es nach 1939 an der Seite Hitlerdeutschlands gekämpft. Wenn Ministerpräsident Mateusz Morawiecki 2018 davon sprach, dass in der Zeit zwischen 1944/45 und 1989 ein Polen gar nicht existiert habe, oder wenn das staatliche Geschichtsinstitut IPN (Institut für nationales Gedenken) offiziell die Ansicht verbreiten darf, in Polen sei der Zweite Weltkrieg erst 1989 zu Ende gegangen, so verweist das auf die Schlagseite, mit der das heutige Regierungslager in Polen geschichtspolitisch steuert.

Und ein Widerspruch fällt auf: Während im durchaus komplizierten Gründungsprozess jener Wirtschaftsgemeinschaft in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts, die sich später zur heutigen Europäischen Union gemauert hat, zunächst sehr darauf geachtet worden war, den Zusammenschluss als eine Lösung für Probleme zu begreifen, die zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs geführt haben, versteht das 2004 beigetretene EU-Mitglied Polen die Mitgliedschaft heute als eine Art Wiedergutmachung für die »kommunistische Zeit«, die in unmittelbarer Folge des Zweiten Weltkriegs als eine gemilderte Form von Fremdherrschaft unverschul-



det über das Land gekommen sei, so dass sich daraus jetzt eine höhere Verantwortung für die Bewahrung der nationalen Identität und die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität ergebe. Das zielt aktuell unmittelbar auf befürchtete Beeinflussungen aus Brüssel, die aus innenpolitische Gründen als eine Zumutung für das Land und als eine Gefährdung für nationale Identität und Souveränität dargestellt werden. Erst kürzlich brachte es Jarosław Kaczyński, Polens uneingestander Staatsführer, so auf den Punkt: »Polen steht, soweit es um Werte geht, auf einem völlig anderen Platz als viele andere europäische Länder«. Der Justizminister Zbigniew Ziobro brach es noch ungenierter herunter: Deutschland – dessen starker Einfluss in der EU dem heutigen offiziellen Warschau oft genug ein Dorn im Auge ist – sei wegen der Nürnberger Gesetze und der Terrorgesetze im besetzten Polen während des Zweiten Weltkriegs nun das allerletzte Land auf der Welt, das Polen in Hinsicht seiner Rechtskultur überhaupt Vorschriften machen dürfe.

Auch in den EU-Mitgliedsländern Litauen, Lettland und Estland wird die Zeit zwischen 1939 und dem Zusammenbruch des sowjetischen Sozialismus als Argument benutzt, um bestimmte in der EU-Gemeinschaft ansonsten übliche Standards außer Kraft zu setzen. Signifikantes Beispiel sind die einsprachigen Straßenschilder in den genannten Ländern, auch dort nämlich, wo nationale Minderheiten in einzelnen Gebieten einen Bevölkerungsanteil von deutlich über 20 Prozent stellen. Doch erstens geht es dabei tatsächlich um eine ungelöste Frage in den jeweils bilateralen Beziehungen zu Russland, denn die drei Republiken pochen darauf, dass die staatliche Existenz seit 1918 anerkannt wird, was Russland trotz der bestehenden diplomatischen Beziehungen verweigert, also die staatliche Existenz der Republiken erst seit 1991 anerkennt. Diesbezüglich greift jeder Vergleich mit der Situation Polens zu kurz, wird sofort schief, es sei denn, die jetzige Regierung in Warschau wollte die Frage der territorialen Gestalt des Landes in die Waagschale werfen, also das von den Siegermächten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durchgesetzte »Verschieben« Polens um etwa 300 Kilometer nach Westen infrage stellen. Das aber wird aus leicht einsehbaren Gründen nicht getan, stattdessen arbeiten die Nationalkonservativen fleißig an einer hohen Reparationsforderung gegenüber Deutschland für die angerichteten Zerstörungen und die verübten Verbrechen, die noch nicht beglichen sei. Wenn dabei von deutscher Seite auf Entscheidungen der VR Polen ver-

wiesen wird, mit der die Frage der Reparationen abgeschlossen sei, folgt das oben bereits angeführte Argument, dass es Polen damals nicht gegeben habe, es also auch kein anerkanntes Rechtssubjekt gewesen sein könne.

Zweitens aber fällt auf, dass die baltischen Republiken lediglich bestimmte Ausnahmebedingungen für sich in Anspruch nehmen wollen, also niemandem sonst die eigen Sicht aufdrücken oder als verbindlich durchsetzen wollen. Die EU-Mitgliedschaft wird in allen drei Ländern als ein entscheidender Faktor der nationalen Sicherheit, der territorialen Integrität und somit der nationalen Souveränität überhaupt angesehen, ist also viel zu entscheidend, als dass sie mit der komplizierten Spezifik der eigenen besonderen Situation belastet oder gar gegeneinander ausgespielt werden sollte. Anders verhält es sich nun mit Polen, denn die Regierenden in Warschau fühlen sich immer mehr gedrängt, das eigene Verständnis von nationaler Identität und nationaler Souveränität auch der übrigen Gemeinschaft zu verordnen, denn seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 sind Polens Nationalkonservative fest davon überzeugt, dass nur eine Gemeinschaft souveränen Nationalstaaten überleben werde und der bisherige, auf eine sich vertiefende Integration der Mitgliedsge-sellschaften angelegte Weg gescheitert sei.

Zwar überschneiden sich hier die Interessen in Warschau und in Budapest in einem großen Maße, so dass sich die Regierungen in Polen und Ungarn einig sind, nun einen Weg der »illiberalen Demokratie« zu suchen und einzuschlagen, doch nützt der Beistand Viktor Orbáns bei dem großen geschichtspolitischen Werk der polnischen Nationalkonservativen wenig, stand Ungarn im Zweiten Weltkrieg doch auf der anderen Seite der Barrikade. Insofern bleibt die eigene Bevölkerung der hauptsächliche Adressat der aufwendigen geschichtspolitischen Kampagne bezüglich des Zweiten Weltkriegs und der Zeit der Okkupation von 1939 bis 1945. Insbesondere jüngere Wählerschichten sollen sich dieserart gestärkt hinter die politischen Positionen der Nationalkonservativen stellen. Und die nachprüfbar Ergebnisse zeigen, dass der Erfolg dabei nicht ausbleibt. In der Wählergruppe der unter 30-jährigen hat das Regierungslager zuletzt den größten Zuspruch aller Parteien in Polen. Eine wichtige Quelle für diesen Erfolg liegt im geschichtspolitischen Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg, mit der deutschen Okkupation und mit dem polnischen Widerstand gegen die Besatzer.



Zu den wichtigsten administrativen Maßnahmen, die nach dem Regierungsantritt der Nationalkonservativen im Herbst 2015 auf dem Feld der Geschichtspolitik durchgesetzt wurden, gehörte die völlig Umgestaltung der Dauerausstellung im Museum des Zweiten Weltkriegs in Gdansk, das 2017 offiziell eröffnet wurde. Das ursprüngliche Konzept hatte sich auf Vorstellungen gestützt, die noch aus der Zeit der Vorgängerregierung stammten. Jarosław Kaczyński hatte dieses 2017 mit den drastischen Worten verworfen, dass das bisherige Museumskonzept ein persönliches Geschenk Donald Tusks an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sei. Damit drückte Kaczyński aus, dass das Museum in seiner bisherigen Ausrichtung erstens zu sehr den Vorstellungen deutscher Erinnerungspolitik folge, zweitens das Martyrium und der Heldenmut der Polen in der Darstellung an den Rand gedrängt sei. Um die gewünschte Neuausrichtung durchzusetzen, wurde das Museum des Zweiten Weltkriegs mit dem nur der Papierform nach bestehenden Museum der Westerplatte zusammengelegt, ein neuer, ganz den Vorstellungen der Regierenden entsprechender Museumsdirektor berufen und schließlich die unliebsame, wiewohl fertige und international vielfach gelobte ursprüngliche Ausstellung wieder aus der Welt geschaffen. Im Mittelpunkt stehen nunmehr einfach zu verstehende Botschaften, die aus Sicht der regierenden Nationalkonservativen an Klarheit nichts mehr zu wünschen übriglassen: »Wir retten die Juden«, »Wir wurden verraten«, »Der Papst gibt die Hoffnung auf den Sieg«, »Die Kommunisten verlieren«, »Wir siegen«, »Wir betteln nicht um Freiheit, wir kämp-

fen für sie«. Schaut der Betrachter näher in die Ausstellung, so fallen schnell Ähnlichkeiten mit den inhaltlichen Konzepten in den Okkupationsmuseen in Tallinn, Riga und Vilnius auf. Ausgangspunkt sind die zwei Feinde – Hitlerdeutschland und die Sowjetunion, der hartnäckige Kampf und Widerstand für die eigene nationale Freiheit führt schließlich, wenn auch spät zum Sieg – also zur Unabhängigkeit und Souveränität.

Wie in den baltischen Republiken die Waldpartisanen, die nach 1945 in der Hoffnung auf einen bald zwischen den bisherigen Alliierten ausbrechenden dritten Weltkrieg militärisch oder zumindest bewaffnet gegen die sowjetischen Behörden weiterkämpften, und die heute in größten nationalen Ehren gehalten werden, so nun auch in Polen, denn mit den sogenannten ausgestoßenen Soldaten sind die wahren Kämpfer für Polens Freiheit und nationale Souveränität ausgemacht worden. Gemeint sind jene meistens versprengten Kampfverbände, die im Herbst 1944 die Kapitulation der aufständischen Armia Krajowa gegenüber den deutschen Besatzern nicht anerkannt, die Waffen nicht niedergelegt hatten, also nicht in die deutsche Kriegsgefangenschaft gegangen waren, sondern weitergekämpft hatten – immer weniger allerdings gegen die sich nun nach Westen zurückziehenden deutschen Besatzer, so dass die in blutigen Kämpfen nach Berlin ziehende Rote Armee bald zur alleinige Zielscheibe wurde. Und hinter der Frontlinie wurde ein langjähriger, blutiger Kampf bürgerkriegsähnlichen Zuschnitts gegen die neuen polnischen Behörden angezettelt, die gestützt auf den Vormarsch der Roten Armee neue staatliche Verhältnisse durchzusetzen hatten.

Die »ausgestoßenen Soldaten« stehen nun in der Hierarchie des ehrenden Gedenkens ganz herausgehoben an oberster Stelle, sie – so will es die nationalkonservative Legende – hätten tapfer und selbstlos für das gekämpft, was in Polen unter Freiheit und Souveränität verstanden wird und was sich nun unter der nationalkonservativen Regierung nun endlich durchzusetzen. Jarosław Kaczyński spricht regelmäßig von Polen als einer Insel der Freiheit, was ja absurderweise besagt, dass ringsum gar keine Freiheit bestehe oder das die Freiheit dort doch einen ganz anderen Zuschnitt trage als auf der gemeinten Insel. Und heruntergestoßen vom Sockel wurden die Soldaten der polnischen Volksarmee, die an der Seite der Roten Armee das Land von den deutschen Besatzern befreit hatten und bis Berlin gekommen waren. Die Nationalkonservativen lassen nichts unversucht, um die öffentliche Erinnerung an die einst mit der Roten Armee kämpfenden polnischen Armee zu beseitigen. In Warschau wurde

deshalb auf Anordnung des von der Regierung eingesetzten Wojewoden eine nach der Volksarmee benannte Allee kurzerhand umbenannt in die Lech-Kaczyński-Allee, was aber durch erfolgreichen Einspruch der Stadt Warschau, in der die demokratische Opposition regiert, in diesem Jahr wieder zurückgenommen werden konnte. Der im April 2010 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommene Staatspräsident Lech Kaczyński war der Zwillingbruder des heute wohl mächtigsten Mannes in Polen, der sich – und dies ist überaus verständlich – nun in besonderer Weise der Pflege des öffentlichen Andenkens desselbigen verpflichtet fühlt.



Eine Umfrage darüber, was als wichtigstes Ereignis im Zweiten Weltkrieg angesehen wird, hätte in Polen einen klaren Sieger – den Warschauer Aufstand, der vor 75 Jahren am 1. August 1944 begonnen hatte. Weil die Rote Armee im Sommer 1944 bereits in die Reichweite des rechten Weichselufers herangekommen war, beschlossen die in London sitzende Exilregierung Polens und die Führung der Armia Krajowa, des militärischen Arms der Londoner Exilregierung im besetzten Polen, noch vor dem Eintreffen der sowjetischen Verbände die polnische Hauptstadt mit eigenen Mitteln von den deutschen Besatzern zu befreien, weil erstens mit dem Effekt der Überraschung gerechnet und zweitens davon ausgegangen wurde, dass die deutschen Besatzer sich wegen der anrückenden Roten Armee über kurz oder lang ohnehin aus Warschau nach Westen zurückziehen würden. Die aus eigener Kraft befreite Hauptstadt sollte die Position Polens bei den Verhandlungen um die europäische Nachkriegsordnung entscheidend verbessern, denn natürlich war die Exilregierung bestens darüber informiert, dass die künftige Ost-

grenze Polens nach den sowjetischen Vorstellungen verlaufen solle, also gegenüber dem Verlauf vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs deutlich um mehrere Hundert Kilometer nach Westen verschoben werde. Die Westmächte – die USA und Großbritannien – hatten gegenüber der Sowjetunion immerhin durchsetzen können, dass über die Zusammensetzung einer polnischen Nachkriegsregierung nach der Befreiung Warschaus von der deutschen Besatzung ernsthaft mit allen beteiligten Seiten verhandelt werden müsse. Doch an dem in Moskau diktierten Verlauf der künftigen polnisch-sowjetischen Grenze wollten und konnten sie nichts mehr ändern. Insofern war der Aufstand in Warschau, der sich militärisch ausschließlich gegen die deutschen Besatzer richtete, politisch eine höchst umstrittene Angelegenheit, da sie die bereits gefällte bzw. abzusehende Beschlusslage bei den gemeinsam gegen Hitlerdeutschland kämpfenden Großmächten infrage zu stellen suchte. Außerdem knüpfte das Londoner Exillager faktisch seine gesamte politische Existenz in riskanter Weise an den Erfolg des Aufstands in Warschau. Auch deshalb hofften diejenigen in London und Warschau, die den Ausbruch des Aufstands politisch verantworteten, auf die militärische Unterstützung der Westalliierten – zum Beispiel durch Luftangriffe auf die Positionen der Deutschen –, weil der treueste Verbündete im Osten des okkupierten Europas nicht im Stich gelassen werde. Historiker weisen seit vielen Jahren darauf hin, dass das Schicksal des Aufstands wegen des ungleichen militärischen Kräfteverhältnisses von Anfang an besiegelt war. Die deutschen Besatzer ergriffen nicht wie erwartet die Flucht aus Warschau, sondern sie führten rasch weitere Truppenteile in die Stadt, um den Aufstand mit allen vorhandenen Mitteln niederzuschlagen. Von der Brutalität des deutschen Vorgehens zeugen die erschütternden Zahlen: In den Kampfwochen von August bis Oktober 1944 starben in Warschau über 180.000 Zivilisten, die unmittelbar gar nicht an den Kampfhandlungen beteiligt waren. Über 20.000 Aufständische fielen in den Kämpfen, darunter vor allem junge Menschen, die oft genug noch Kinder waren. Die deutschen Besatzer machten während und nach der Niederschlagung des Aufstands aus dem Stadtzentrum Warschaus einen einzigen Trümmerhaufen. Die Überlebenden Bewohner wurden aus der Stadt in Lager deportiert. Wenigstens konnte die Armia Krajowa bei den Kapitulationsverhandlungen erreichen, dass die sich ergebenden Aufständischen wie eine reguläre Armeeeinheit behandelt wurde, also anschließend in deutsche Kriegsgefangenschaft kamen und nicht exekutiert wurden.

Lange Zeit hielt im Gedenken an den Warschauer Aufstand die Formel, dass der Opfermut der Aufständischen und überhaupt das tapfere Warschau im aussichtslosen Kampf gegen einen militärisch haushoch überlegenden brutalen Gegner eine ganz besondere Seite der jüngeren polnischen Geschichte geschrieben haben. Demgegenüber standen allerdings die katastrophale politische Fehleinschätzung im Londoner Exillager und der mit keinem einzigen Argument zu entschuldigende Leichtsinns der militärischen Aufstandsführer in Warschau, die von Anfang an um die hoffnungslose militärtechnische Unterlegenheit der Aufständischen wussten. Und schließlich weisen Militärgeschichtler regelmäßig darauf hin, dass der Aufstand trotz seines gewaltigen Blutzolls am Kriegsverlauf im Sinne der Befreiung des okkupierten Europas nichts geändert habe. Im Ergebnis aber verlor das Londoner Exillager seinen militärischen Arm im besetzten Polen, womit auch für Stalin der Weg endgültig frei war, um im befreiten Polen die eigenen politischen Ziele durchzusetzen.

Im nationalkonservativ geführten Diskurs wird jedoch eine andere, eine geschlossene Erzählung verfolgt. Der gescheiterte Aufstand wird nachträglich zu einem Sieg stilisiert, der allerdings erst jetzt sich abzeichne. Ohne die moralische Haltung der Aufständischen und des aufständischen Warschaus hätte es keinen erfolgreichen Kampf gegen die »kommunistische« Zeit gegeben, wäre es nicht zum Aufstand von »Solidarność« gekommen, wäre Polen und wären andere Länder des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs nicht Mitglieder der NATO und der EU geworden. Es sei damals ein Aufstand gegen die sich abzeichnenden Konsequenzen der Realpolitik gewesen, ein Aufstand dafür, die Freiheit zu eigenen Bedingungen zu erkämpfen, um nicht auf Knien vor anderen und aussichtslos dafür betteln zu müssen. Wenn Jarosław Kaczyński die jetzige Regierungszeit der Nationalkonservativen als eine Zeit begreift und sie nachdrücklich so bezeichnet, in der Polen endlich von den Knien auferstehe, dann ist der Rückgriff auf den Warschauer Aufstand offensichtlich. Es sollte insofern nicht verwundern, wenn junge Menschen im Warschauer Stadtbild mit T-Shirts zu beobachten sind, auf denen verkündet wird, dass es besser sei, aufrecht zu sterben als unter fremder Fuchtel zu leben. Die Saat, die mit dem nationalkonservativen Konzept der nationalen Identität und der nationalen Souveränität gestreut wurde, scheint im besonderen Maße bei jungen Menschen aufzugehen.

Auch deshalb sei daran erinnert, dass noch im Jahre 1995 in Polen ein enorm wichtiger Wahlkampf mit der Losung »Wir wählen die Zukunft« entschieden wurde, weil vor al-

lem bei jüngeren Wählern der avisierte baldige EU-Beitritt als eine Art Leuchtturm fungierte, der einen festen Kurs vorgab. Aleksander Kwaśniewski, der die frischgebackenen Sozialdemokraten aus der untergegangenen Staatspartei PVAP erfolgreich in die neuen Zeiten geführt hatte, konnte mit dem Zukunftsversprechen in der Stichwahl überraschend den Amtsinhaber und die »Solidarność«-Legende Lech Wałęsa schlagen. In Kwaśniewskis Konzept wurde Geschichte als ein Gegenstand verstanden, der in den Händen der Historikerzunft gut aufgehoben ist, doch für die Entwicklung des Landes störend werden kann, sobald Politiker ihn für die eigenen Ziele auszunutzen suchen und gleich einem Steinbruch nach Belieben ausbeuten wollen. Zwanzig Jahre später scheint in Polen derjenige als Politiker blamiert, der freiwillig auf das scharfe Schwert von Geschichtspolitik verzichtet.



Regelmäßig stößt sich Jarosław Kaczyński an der »Pädagogik der Schande«, wie er es nennt. Die müsse in Polen beseitigt werden, sei sie doch eine verwerfliche und schädliche Folge des weitgreifenden Siegeszugs der deutschen Geschichts- und Erinnerungspolitik. Denn alle Welt spreche, wenn es um den Massenmord an den Juden Europas im Zweiten Weltkrieg geht, immer von den Nazis als Tätern, von den Nationalsozialisten, doch wenn es um diejenigen gehe, die in den okkupierten Ländern ebenfalls an den Verbrechen beteiligt gewesen waren, sind es auf einmal die Litauer, Letten, Ukrainer oder eben

auch die Polen. Diese Schiefelage, so kündigte Jarosław Kaczyński gleich nach dem Regierungsantritt der Nationalkonservativen im Spätherbst 2015 an, müsse nun beseitigt werden, indem polnische Geschichts- und Erinnerungspolitik künftig in die Offensive gehe. Als »Pädagogik der Schande« versteht er mithin alle Versuche, mit denen die Rolle der deutschen Schuld im besetzten Polen gemildert, indem die Frage von Schuld einzelner Polen übertrieben gesteigert werde. Kategorisch müsse sich dagegen verwahrt werden, wenn im Zusammenhang mit der Zeit der deutschen Besatzung der polnischen Seite Schuld an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit zugeschoben werde. Einer der Gründe für die Tatsache, dass Polen jetzt um seinen guten Ruf ringen müsse, sei nach Auffassung Kaczyńskis übrigens die bislang fehlende Geschichtspolitik (sic!), womit er natürlich eine konsequent polnische Geschichtspolitik meint, denn diejenige der Vorgängerregierung habe – wie bereits gesehen – leichtfertig den Deutschen in die Hände gespielt. Nicht zu bestreiten sei, dass geben Polens Nationalkonservative zu, dass es schreckliche Verbrechen von Polen an jüdischen Nachbarn gegeben habe. Doch das dürfe nicht dazu führen, solche Einzelfälle hochzuspielen, zu verabsolutieren und die polnische Seite insgesamt an den Pranger zu stellen. Als lehrreiches Beispiel führt Kaczyński die Diskussion um Jedwabne an, denn spätestens seit dem Erscheinen von »Nachbarn. Der Mord an den Juden in Jedwabne« im Jahre 2000 läuten im nationalkonservativen Lager die Alarmglocken. Der Historiker Jan Tomasz Gross habe, so Kaczyński, behauptet, in Jedwabne hätte sich die gesamte polnische Einwohnerschaft Anfang Juli 1941 nach dem Einmarsch der deutschen Truppen versammelt, um die gesamte jüdische Einwohnerschaft zu ermorden. Die Wahrheit sei aber, dass sich vereinzelt, verkommene Polen zusammengerottet hätten, um mehrere Hundert jüdische Nachbarn umzubringen, außerdem unter den Bedingungen der deutschen Besatzung. Dieses Verbrechen dürfe also nicht einseitig der polnischen Seite in die Schuhe geschoben werden. Bereits während der damals nach Erscheinen des Buches in Polen heftig ausgetragenen Debatte um Jedwabne hatte der starke Mann der Nationalkonservativen unmissverständlich gewarnt: »Sie versuchen, uns in Verruf zu bringen, uns zu Helfershelfern Hitlers zu machen.«

Polens hartnäckige Streiter für den untadeligen Ruf des Landes haben auch einen aktuellen Fall, der ihnen – ähnlich wie das Jedwabne-Buch von Gross – keine Ruhe gibt. Im letzten Jahr wurde im Warschauer Museum zur Ge-

schichte der polnischen Juden (Polin) das bemerkenswerte Buch mit dem Titel »Dalej jest noc« [Die Nacht geht weiter] präsentiert, das sich auf Untersuchungen zum Verhältnis zwischen christlichen Polen und verfolgten Juden im okkupierten Polen konzentriert. Das deutsche Schreckensregime bleibt vergleichsweise zurückgesetzt im Hintergrund, in den Vordergrund der Untersuchung rücken hingegen die Beziehungen zwischen den beiden großen Bevölkerungsgruppen Polens. Dokumentiert werden die Zustände und Vorgänge in acht ausgewählten Amtskreisen im besetzten Polen, in denen im Frühjahr 1942 vor Beginn der Vernichtungsaktion »Reinhardt« insgesamt 140.000 jüdische Menschen wohnten, die in den einzelnen Amtskreisen fünf bis zehn Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die Herausgeber Barbara Engelking und Jan Grabowski setzen in der Einleitung das Buch ausdrücklich in die Tradition der mit Jan T. Gross begonnen Diskussion, in der nun aber die Frage nach der Haltung christlicher Polen zu den verfolgten Juden nach der Beendigung der Aktion »Reinhardt« stärker in das Rampenlicht wissenschaftlicher Untersuchung gerückt werden solle. In den Jahren 1942 bis 1945, so die Herausgeber, habe die Einstellung der polnischen Umgebung im enormen Maße darüber entschieden, ob Juden, die der unmittelbaren Vernichtungsaktion zunächst entkommen konnten, auch den Krieg überlebt haben.

Auf scharfe Reaktionen aus dem Regierungslager brauchte nicht lange gewartet werden. Ein hochrangiger IPN-Vertreter schlug gleich vor, zu untersuchen, ob das Buch überhaupt wissenschaftlichen Kriterien genüge. Die beiden Herausgeber gehören seit vielen Jahren einer weltweit angesehenen Forschungsgemeinschaft an, die in Polen als Zentrum für die Erforschung des Holocaust mit regelmäßigen Publikationen auf neueste Forschungsergebnisse aufmerksam macht. Seit 2005 sind bislang dreizehn umfängliche Bände zum Judenmord in Europa und insbesondere im besetzten Polen herausgekommen. Die Buchpräsentation im Polin-Museum im Frühjahr 2018 hat das Kultusministerium, das zugleich für das nationale Erbe zuständig ist, kurzerhand zum Anlass genommen, dieser Forschungsgemeinschaft künftig keine staatlichen Gelder mehr zur Verfügung zu stellen. Wenn die Wissenschaftler der Forschungsgemeinschaft nun außerhalb Polens nach neuen Möglichkeiten suchen, um die fortfallenden Gelder zu ersetzen, werden sie in den nationalkonservativen Gazetten sofort wie Nestbeschmutzer und Verräter an der nationalen Sache behandelt.

Dr. Holger Politt

Noch ist Polen nicht verloren

Die dritte Teilung und die Nationalhymne

Am 25. November 1795 unterzeichnete der 63jährige polnische König Stanisław August Poniatowski seine Abdankungsurkunde, nachdem ein Jahr zuvor der Nationalaufstand unter der Führung Tadeusz Kościuszkos gescheitert war. Bei der entscheidenden Schlacht von Maciejowice 1794 gegen das russische Heer, die mit einer Niederlage der Aufständischen und der Gefangennahme Kościuszkos endete, soll dieser, so die Legende, »Finis Poloniae –Das Ende Polens« gerufen haben. Der polnische König war nicht freiwillig abgetreten. Er befand sich bereits in russischer Gefangenschaft. Zu diesem Zeitpunkt existierte Polen nicht mehr. Preußen, Russland und Österreich hatten im Januar 1795 den dritten Teilungsvertrag unterschrieben, der Polen nun endgültig den drei Monarchien einverleibte. In einem Zusatzvertrag einigten sich die Teilungsmächte 1797, auch den Namen Polen abzuschaffen. Der polnische Adler am Baldachin im Thronsaal des Warschauer Königsschlusses wurde von den preußischen Besatzern mit schwarzer Farbe übermalt. Für Polen begann eine Fremdherrschaft, die mehrere Generationen andauern sollte.

Wie konnte es soweit kommen, dass Polen schrittweise von der Landkarte verschwand? Schon in den Jahren 1772 und 1793 hatten Preußen, Russland und Österreich polnisches Territorium besetzt. Polens Schwäche lag u. a. in der seit 1572 herrschenden Wahlmonarchie begründet, die eine starke königliche Zentralgewalt vermissen ließ. Untereinander rivalisierende polnische Magnaten, Adlige mit teilweise riesigem Großgrundbesitz, hohen Ämtern und eigenen Truppen bestimmten die Politik in ihrem Sinne. Das seit 1652 im polnischen Reichstag, dem Sejm eingeführte »liberum veto« bedeutete, dass die Beschlüsse einstimmig ohne Gegenstimmen gefasst werden mussten. Der Sejm war dadurch seiner Handlungsfähigkeit beraubt, die Einflussnahme von außen durch den Kauf einer Stimme ein Kinderspiel. Die Wahlmonarchie in Polen ermöglichte ausländischen Herrschern, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen.

Der endgültige Untergang der polnischen Adelsrepublik erfolgte in dem Augenblick, als sich Polen begann der

Aufklärung zu öffnen, notwendigen Reformen durchzuführen. Großen Anteil daran hatte dieser letzte polnische König. Die 31 Jahre seiner Herrschaft zeichnen von seiner Persönlichkeit ein kontroverses Bild. War er charakterschwach, der das Leben im Luxus liebte und unfähig war die Interessen seines Landes nach außen hin zu vertreten oder versuchte er in einer politisch ausweglosen Situation Polen durch innere Reformen zu stärken, um somit seine Unabhängigkeit zu erhalten? Stanisław August Poniatowski, 1732 geboren, entstammte einem alten Adelsgeschlecht. In seiner Jugend reiste er viel und machte sich mit den europäischen Ideen der Aufklärung vertraut. In England lernte er das parlamentarische Regierungssystem kennen. Am Hofe in Sankt Petersburg fiel der junge Mann der Zarin Katharina der Großen auf, die ihn zu ihrem Günstling machte. Er kam ihr auch politisch sehr gelegen. Sie sah in ihm bereits den nächsten Thronanwärter in Polen, der ihre russischen Interessen vertreten sollte. Für ihren Plan gewann sie auch den Preußenkönig Friedrich II. Doch Stanisław August Poniatowski war keine willfährige Marionette. Er orientierte sich weder an den einflussreichen Magnatenfamilien im Lande, die die Politik in ihrem Sinne gegen eine starke königliche Zentralgewalt durchsetzen wollten, noch an den ausländischen Monarchen der Nachbarländer. Er setzte auf den polnischen reformorientierten Adel und das aufstrebende Bürgertum. Dazu gehörte zweifellos die 1773 gegründete Nationale Edukationskommission, das erste Volksbildungsministerium Europas. Sie kümmerte sich um eine einheitliche Schulorganisation, um die Erarbeitung von Lehrbüchern und Lehrprogrammen. Neben der polnischen Sprache und Geschichte sollten die Naturwissenschaften besonders gefördert werden. Erziehung und Wissensvermittlung galt als die wichtigste Waffe im Kampf um den Fortschritt. Das Verbot des Jesuitenordens setzte beträchtliche Finanzmittel frei, um das neue Schulsystem, sowohl Volksschulen als auch Universitäten zu finanzieren.

Die Reformer, die sogenannte Patriotische Partei unter Leitung des Priesters Hugo Kołłątaj sahen in diesen gesellschaftlichen Umwälzungen eine Voraussetzung für

einen wirksamen Kampf, um Polens Unabhängigkeit zu erhalten.

Ein weiteres Ergebnis der Reformbemühungen war die Annahme der Verfassung vom 3. Mai 1791. Die Verfassung war das Ergebnis einer vierjährigen Sejmberatung. Sie setzte das »liberum veto« und die freie Königswahl außer Kraft. Sie verordnete eine ständige Regierung mit dem König als Oberhaupt, legte eine zweijährige Kadenz der Sejmberatungen fest und führte eine unabhängige Gerichtsbarkeit im Sinne der Gewaltenteilung ein. Die Städte erhielten das Recht im Sejm mitzuarbeiten. Obwohl die Leibeigenschaft der Bauern nicht aufgehoben wurde, sicherte die Verfassung ihnen einen bestimmten Rechtsschutz zu. Der Einfluss der Magnaten wurde auf provinzielle Machtzentren eingeschränkt. Erstmals wird das Wort Nation in seiner Bedeutung weiter gefasst und nicht nur auf den Adel beschränkt. Die Französische Revolution hatte auch in Polen ihre Spuren hinterlassen. Diese Verfassung war nach dem Verfassungsgesetz von 1787 der USA die zweite in der Welt. Heute wird in Polen der 3. Mai zu Ehren der Verabschiedung der Verfassung von 1791 als Nationalfeiertag begangen. Es war nicht nur die ausländische Intervention, die Polens Ende letztendlich herbeiführte. Polnische Magnaten, Gegner der Verfassung und der Reformpolitik hatten sich bereits 1792 in der Konföderation von Targowica zusammengeschlossen. Sie scheuten sich auch nicht, Russland um militärische Hilfe zu bitten.

Zu den bleibenden Leistungen Poniatowskis gehört auch sein großes Engagement als Kulturmäzen und Kunstsammler. Auch der heutige Warschau Besucher trifft auf Spuren des letzten polnischen Königs. Er kreierte einen eigenen Stil in der Schloss- und Gartenarchitektur. Ausdruck dessen ist seine königliche Sommerresidenz »Łazienki«.

Um die Ideen der Aufklärung zu verbreiten, nutzte der König damals zugängliche Medien. Die erste polnische Zeitung »Monitor« erschien. Darin wurden Artikel veröffentlicht, in denen eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern gefordert oder die Notwendigkeit religiöser Toleranz angemahnt wurde. Berühmt waren seine »Donnerstagsessen« mit der geistigen Elite des Landes. Die königliche Bibliothek wurde für das Bürgertum zugänglich gemacht und 1765 entstand das erste öffentliche Theater, das sich zum polnischen Nationaltheater entwickelte. Polnische und deutsche Intellektu-

elle haben in dieser Zeit ein reges gegenseitiges Interesse an den Arbeiten des anderen gefunden. Literatur, philosophische Werke und Geschichtsbände wurden übersetzt. In den deutschen Ländern war der Schriftsteller Ignacy Krasicki besonders populär. 1793 erschien die erste Geschichte der polnischen Literatur in deutscher Sprache. 1790 reiste Goethe nach Polen. Die Aufklärung kam zu spät, um die Unabhängigkeit Polens zu retten. Doch bedeutete sie eine breite kulturelle Erneuerung und nationale Öffnung, die dem polnischen Volk ermöglichte die staatliche Teilung zu überstehen. Der letzte König Polens Stanisław August Poniatowski starb 1798 in Sankt Petersburg.

Von 1795 an verlief die Entwicklung der polnischen Gebiete ungleichmäßig, je nachdem wie sich die Regierungspolitik der Teilermächte gestaltete. Mit dem Verlust der Unabhängigkeit fanden sich die Polen niemals ab. Hoffnungsträger wurde Napoleon Bonaparte. Frankreich führte in den Jahren 1796 bis 1813 und 1815 Kriege gegen die Koalition europäischer Großmächte, darunter gegen Preußen, Österreich und Russland, also gegen jene Länder die Polen okkupiert hatten. Viele Polen meldeten sich freiwillig zum französischen Heer Napoleons, der gern auf die hochmotivierten polnischen Soldaten und Offiziere zurück griff. Berühmt wurden die Legionen unter Führung von General Jan Henryk Dąbrowski, die in Italien gegen Österreich kämpften. Dąbrowski wurde zum Haupthelden eines Soldatenliedes. Józef Wybicki, der einst zum Reformlager des Königs Stanisław August Poniatowski gehörte, war nicht nur Politiker, sondern auch Schriftsteller und Dichter, wie Dąbrowski auch, Teilnehmer des Kościuszko-Aufstandes. 1797 textete er »Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben...« und dann im Refrain heißt es weiter: »Marsch, marsch, Dąbrowski, vom italienischen ins polnische Land! Unter Deiner Führung vereinen wir uns mit der Nation.« Die Melodie des Liedes ist eine alte Volksmelodie im Mazurkatakakt. Dieses Lied wurde sehr populär und viele Jahre später 1927 offizielle polnische Nationalhymne. Insgesamt blieb Polen 123 Jahre ohne eigenen Staat. Immer wieder gab es Aufstände und Erhebungen gegen die Besatzer, die blutig niedergeschlagen wurden. Erst mit dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918 wurde die Polnische Republik gegründet.

Dr. Daniela Fuchs

Weltkulturerbe der UNESCO die ehemalige Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen und der resultierende Ausbruch des 2. Weltkrieges

Am 4. Mai 1930 öffnete die erste und einzige BADG feierlich Ihre Türen. Drei Jahre nach der Eröffnung bereiteten die Nazis der Gewerkschaftsarbeit in der zentralen Bildungseinrichtung ein jähes Ende. Das Objekt wurde Reichsführerschule der NSDAP und von Hitler persönlich eingeweiht. Im August 1939 wurden auf dem Gelände der Schule unter strengster Geheimhaltung SS-Angehörige für das »Unternehmen Tannenberg« vorbereitet. Mitglieder der SS in polnischen Uniformen überfielen

den Reichssender Gleiwitz welcher zum Vorgetäuschten Überfall der Nazis auf Deutschland als Kriegerischer Akt der Polen gezählt wurde um letztendlich Hitlerdeutschland zum Krieg gegen Polen legitimierte.

Die BADG liegt im Wald, am Rande Berlins zwischen Bernau und Wandlitz. Fakt ist in der Schule wurde das »Unternehmen Tannenberg« ausgebildet.

Thomas P. Pezala

Bernd Hüttner (Hrsg.),
Georg Leidenberger (Hrsg.)

100 Jahre Bauhaus Vielfalt, Konflikt und Wirkung

Das Jubiläumsjahr 2019 gibt Anlass, der Monumentalisierung des Bauhauses mit frischem Wind entgegenzutreten. Diesem Vorhaben widmen sich 16 Beiträge, verfasst von deutschen und internationalen Spezialisten der Kunstwissenschaft, Geschichte, des Design und der Kulturproduktion. Unter den Rubriken Vielfalt, Konflikt und Wirkung werden bislang wenig bekannte Themen beleuchtet: die

Designschulen des Kaiserreichs, die Gestaltung für die arbeitenden Schichten, die Tiraden des Dessauer Bürgertums gegen das Bauhaus oder die Auswanderung von Bauhäuslern nach Übersee. Statt mit protzigen Museumsneubauten feiert dieser Band die (Bauhaus-) Moderne mit verbalen Bau-Steinen.

100 Jahre Bauhaus
Metropol-Verlag,
Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin
272 Seiten, 22 Euro
ISBN: 978-3-86331-458-3



Wilhelm Pieck und die Oder-Neiße Friedensgrenze

Im Juli 1943 wurde in der Sowjetunion das Nationalkomitee »Freies Deutschland« gegründet. Gefangene Offiziere und Soldaten der Deutschen Wehrmacht fanden hier im Exil mit Kommunisten zusammen, um gemeinsam an der raschen Beendigung des 2. Weltkrieges mitzuwirken. Innerhalb der Roten Armee wurde ihnen Gelegenheit gegeben, weitere Angehörige der Wehrmacht zum aktiven Einsatz gegen Hitlers Armee zu bewegen. Der ehemalige Leutnant Ernst Kehler wirkte hier aktiv mit. Er war einer der ersten Frontbeauftragten des Nationalkomitees »Freies Deutschland«. Ernst Kehler stammte aus Breslau und war vor Leningrad in Gefangenschaft geraten. In seiner neuen Tätigkeit im Nationalkomitee »Freies Deutschland« wurde er gut bekannt mit Wilhelm Pieck, der im Exil als Vorsitzender der KPD agierte. Als sich die Truppen der Roten Armee Ende 1943 den Grenzen des Deutschen Reiches näherten, ergaben sich neue Aufgaben für die Frontbeauftragten des Nationalkomitees »Freies Deutschland«. Ernst Kehler erzählte mir davon, dass er deshalb zu Wilhelm Pieck gerufen wurde. »Ich habe zwei Nachrichten für Dich. Du wirst als erster von uns wieder deutschen Boden betreten, gemeinsam mit den vorrückenden sowjetischen

Truppen. Die zweite Nachricht ist eine schlechte. Es wurde entschieden, dass deine Heimatstadt Breslau künftig polnisch werden wird. Die polnische Stadt Wroclaw wird entsprechend der neuen Grenzziehung der Alliierten für nach dem Krieg zu Polen gehören«. Beide Mitteilungen überraschten Ernst Kehler. Die erste empfand er als Vertrauensbeweis. Die zweite berührte ihn persönlich. Ihm war klar, dass die neuen Grenzfestlegungen zu Gunsten Polens eine Ursache in der verbrecherischen Eroberungspolitik der Nationalsozialisten hatten und dass damit zugleich ein jahrhundertealtes Unrecht an Polen korrigiert wurde. Ernst Kehler hielt es viele Jahre später dennoch für besonders Erinnerungswert, dass Wilhelm Pieck angesichts geschichtlich viel bedeutenderer Ereignisse »die Sache mit Breslau«, diese Grenzkorrektur, überhaupt für erwähnenswert hielt. Ernst Kehler gehörte zu den Antifaschisten, die später »Pioniere der ersten Stunde« genannt wurden. Unmittelbar nach Kriegsende half er an maßgeblicher Stelle am Neuaufbau des Post- und Fernmeldewesens im antifaschistischen Deutschland mit.¹

Dr. Horst Helas

¹ Siehe: Ernst Kehler: Einblicke und Einsichten. Erinnerungen.

Aller NS-Opfer gedenken

Ulla Jelpke und Jan Korte über die Erinnerung an den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg

Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 und die Vernichtungspolitik gegenüber der polnischen Zivilbevölkerung war der Beginn der sogenannten NS-Lebensraumpolitik in Ostmitteleuropa. Antisemitismus und Rassismus verbanden sich hier mit der »NS-Lebensraumpolitik« zu einem systematischen Raub- und Vernichtungsfeldzug gegen Polen, die Sowjetunion, aber auch Jugoslawien und andere Nationen. Der Vernichtungskrieg der Nazis in Ostmitteleuropa hinterließ eine unvorstellbare Spur menschlichen Leids und traumatisierte nachkommende Generationen der Opfer. Beschämend wenig ist davon in der heutigen deutschen Öffentlichkeit bekannt. Seit 2013 setzt sich die Initiative »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik« für einen solchen Gedenkort in Berlin ein. Als Fraktion unterstützen wir dies. Unser aktueller Antrag »Gedenkort für die Opfer des NS-Vernichtungskrieges in Osteuropa« (18/4917) strebt eine interfraktionelle und mehrheitsfähige Initiative an. Ziel ist eine Initiative für einen Gedenkort für alle Opfer des NS-Vernichtungskrieges noch in dieser Wahlperiode zu erreichen. Anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf Polen sammelt nun eine interfraktionelle Abgeordneten-gruppe seit einigen Wochen Unterstützer*innen für ein »Polen-Denkmal«. Ihr Appell setzt sich dafür ein, einen eigenen Gedenk- und Lernort für die Opfer der deutschen Besatzung in Polen einzurichten. Der Aufruf ist durchaus nachvollziehbar. Er benennt korrekt die gravierenden Wissens- und Erinnerungslücken der deutschen »Erinnerungskultur«. Dennoch halten wir ihn für hochproblematisch, gerade in seiner einseitigen Fokussierung auf polnische Opfer. Der Vernichtungskrieg hat in Polen begonnen, er hat sich aber nicht auf Polen beschränkt. Es ist kaum vermittelbar, dass man von den vielen Ländern, die dem Vernichtungskrieg zum Opfer fielen, nur Polen ein »eigenes« Denkmal widmet. Eine Hierarchisierung des Gedenkens ist immer problematisch. Nach welchen Kriterien sollte Polen dabei an oberster Stelle stehen, und Russland, Ukraine, Belarus ignoriert werden? Weder das Kriterium des Zeit-

punkts des deutschen Überfalls kann das rechtfertigen, noch eines wie die absolute oder relative Zahl der Opfer oder die Länge der Besatzung. Die Schaffung eines »Polen-Denkmal« bei gleichzeitiger Ignorierung des Völkermordes in den Ländern der damaligen Sowjetunion ist aber nicht nur aus deutscher Sicht erinnerungspolitisch fragwürdig. Sie könnte auch vorhandene Konflikte um Erinnerungspolitik zwischen Polen und der Ukraine, aber auch zwischen Polen und Belarus verschärfen, bzw. diese erführen unter dem Deckmantel der NS-Aufarbeitung eine unangemessene Einmischung aus Deutschland. Unser Antrag für einen »Gedenkort für die Opfer der NS-Lebensraumpolitik« weist im Großen und Ganzen auf die gleichen Lücken in der Erinnerungskultur hin, wie die Polen-Initiative, nur wird hier klargestellt: Diese Lücken beziehen sich auf ganz Osteuropa. Ausdrücklich wird festgestellt, dass bereits der Überfall auf Polen 1939 der Beginn eines Krieges war, der immer auch unter rassistischer Maßgabe geführt wurde, der Ideologie vom »Untermenschentum« folgte und der Auftakt für einen Vernichtungsfeldzug war, der sich weiter fortsetzte. Die rassenideologisch motivierten Verbrechen im Raub- und Vernichtungskrieg in Osteuropa erfolgten in einem inneren Zusammenhang, der durch Separierung, Nationalisierung und Priorisierung nicht künstlich aufgerissen werden sollte. Deutschland hat die Pflicht, Verantwortung für die Erinnerung an das von deutscher Seite geplante und umgesetzte Geschehen in seinem vollen Umfang nachzukommen. Insofern kann aus unserer Sicht nicht eines Teils des NS-Vernichtungskrieges gesondert gedacht werden, ohne die anderen Teile ebenfalls zu thematisieren. Denn eine Opferhierarchie ist sicherlich das Letzte, was von uns zum Ausdruck gebracht werden sollte. Würde man sich vor allem auf das angestrebte Polen-Denkmal konzentrieren, würde zurecht seitens der diversen Nachfolgestaaten der SU nach einem vergleichbaren Mahnmal für die 27 Millionen Toten der Sowjetunion gefragt. Die von der Sowjetunion in Berlin errichteten Mahnmale sind kein Ersatz für

ein Gedenken von Seiten der Bundesrepublik. Die Folge wäre also die Aufsplittung in einzelne Gedenkorte. Eine solche Entwicklung wäre für die Herausbildung eines historischen Bewusstseins geradezu kontraproduktiv.

Ulla Jelpke und Jan Korte

Zuerst erschienen am 14. Juli 2019
in »Neues Deutschland«.

Keinen Geschichtsrevisionismus zulassen

Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, überfiel Hitler-Deutschland Polen und begann den verheerendsten Krieg der Menschheitsgeschichte. Den Vorwand für den Angriff lieferte ein angeblicher Anschlag polnischer Freischärler auf den Sender Gleiwitz, den die SS im Auftrag Hitlers fingierte. Hitler hatte schon am 22. August 1939 in einer Ansprache vor Kommandeuren der Wehrmacht angekündigt, wie der Beginn des Zweiten Weltkrieges vom Zaune gebrochen werden sollte: »Die Auslösung des Konfliktes wird durch eine geeignete Propaganda erfolgen. Die Glaubwürdigkeit ist dabei gleichgültig, im Sieg liegt das Recht.«

Die Aggression der Wehrmacht, das Wüten der SS haben in den folgenden sechs Jahren unendliches Leid über die polnische Bevölkerung gebracht und Millionen Menschen das Leben gekostet. Die Vernichtungslager Auschwitz und Majdanek auf polnischem Boden waren die Stätten des Grauens des Holocaust.

Je länger ich mich mit dieser verbrecherischen Epoche befasse, desto deutlicher wird mir, dass es äußerst unterschiedliche Sichtweisen darauf gibt. Damit meine ich keinesfalls jene Sichtweisen, die sich in den Gegensatz von (Neo-)Faschismus und Antifaschismus einteilen ließen, sondern jene, die mit nationalgeschichtlichen Perspektiven zu tun haben.

In Großbritannien neigt man dazu, den Zweiten Weltkrieg als einen Fortsetzungskrieg des Ersten Weltkrieges zu deuten. Das hängt damit zusammen, dass sich mit dem Kern der Anti-Hitler-Koalition, bestehend aus Großbritannien, der Sowjetunion und den USA, eine der Entente ähnelnde Koalition bildete. Und natürlich verdankte sich der Aufstieg Hitlers und der Nazis anwachsenden revanchistischen Bestrebungen in Deutschland. Der Vertrag von Versailles und die Resultate des Ersten Weltkrieges waren aus Sicht des deutschen Revanchismus dringend zu beseitigen. Auch das mag die These unterstützen, dass es sich um einen Fortsetzungskrieg handelte.

In Deutschland hingegen dominiert die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinem eliminatorischen Antisemitismus. Daher wird die These von der Singularität des Holocaust hierzulande beson-

ders stark betont. Damit wird aber auch der Unterschied zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg besonders deutlich herausgearbeitet.

In der einstigen Sowjetunion dominierte wieder eine andere Sichtweise. Hier standen die vier Jahre des »Großen Vaterländischen Krieges« im Vordergrund, die Schrecken des Vernichtungskrieges, der äußerst opfervolle Beitrag der Sowjetunion bei der Befreiung Europas vom Faschismus. In den heute unabhängigen postsowjetischen Staaten wird dieses Bild teilweise tradiert, in einigen Ländern aber auch offen in Frage gestellt. Das hängt auch mit dem Verhältnis zur einstigen sowjetischen Vergangenheit zusammen. Das kann man besonders deutlich im Baltikum und in der Westukraine beobachten.

Auch in Polen gibt es ein spezifisches Bild. Vor dem Hintergrund der drei historischen Teilungen Polens sieht man den »Nichtangriffspakt« als Hintergrund einer weiteren Teilung. Und der in Deutschland recht bekannte ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski vertrat die Auffassung, dass Hitler und Stalin gemeinsam den Zweiten Weltkrieg begonnen hätten. Aus sowjetischer Perspektive könnte man sagen: Der Nichtangriffspakt bedeutete faktisch einige Zeit Ruhe vor Hitler – immerhin scheiterten vorher Versuche, sich mit den Westmächten zu verständigen. Und bei der Gelegenheit »korrigierte« man die Ergebnisse des von Polen begonnenen Grenzkrieges von 1920/21. Aus deutscher Perspektive würde ich einräumen: Der Überfall auf Polen wurde von Deutschland geplant und durchgeführt, unabhängig von der Verständigung mit Stalin.

Warum gehe ich überhaupt darauf ein? Unabhängig davon, dass man in dem von Nazideutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg ein bis dahin ungekanntes Ausmaß an Verbrechen sieht, gibt es unterschiedliche Perspektiven, die von einem Land aufs andere naiv übertragen, zu Irritationen führen können. Meine deutsche Perspektive betont noch einmal die Eindeutigkeit der deutschen Kriegsschuld und die Singularität des Holocaust, der eng mit dem Vernichtungskrieg im Osten verbunden war. Und in meiner Perspektive

sind vornehmlich die sowjetischen Truppen die Befreier Deutschlands, dessen Bevölkerung nicht fähig war, sich aus eigener Kraft der Nazis zu entledigen. Anteile hatten selbstverständlich auch die USA, Großbritannien und andere Länder.

Jubiläen sind nicht bloße Anlässe für das Gedenken. Sie bieten auch Gelegenheiten, das Gedenken geschichtspolitisch zu nutzen, also etablierte politische Deutungen der Vergangenheit durch andere politische Deutungen abzulösen. Es handelt sich also nicht um Fachdebatten innerhalb der Historikerzunft, sondern vor allem um die Bekräftigung oder Relativierung von politischen Verpflichtungen, die durch Reflexion auf die Geschichte legitimiert werden.

Ein Beispiel ist die für sich schon abscheuliche Vokabel »Schuldkult«. Sie suggeriert, dass wir unaufgeklärte, in kultische Rituale eingebundene Menschen wären, die Realzusammenhänge nicht verstünden. Bezogen auf den Nationalsozialismus und seine Opfer wird behauptet: Die »eigentliche« Schuld hätten die NS-Täter und wir würden uns durch kultische Rituale eine Mitschuld einreden. Aus diesem Schuldgefühl würde vieles folgen, das wir endlich mal loswerden müssten. So bräuchten wir wieder ein »unverkrampft« Verhältnis zur »Nation«, wir könnten auch mal die »Leistungen« deutscher Soldaten während der Weltkriege anerkennen und sollten es mit den 12 Jahren NS-Herrschaft auch nicht übertreiben, die doch nicht mehr als ein »Vogelschiss« in der deutschen Geschichte gewesen seien. Der politisch Rechtslastige stellt sich als Aufklärer dar, der den kultischen Verblendungszusammenhang zerstören und alles ins rechte Lot bringen will.

Es gibt keinen Schuldkult. Es gibt aber die recht weit verbreitete Haltung, die ich selbstverständlich bejahen darf, dass sich so etwas wie der NS-Faschismus nicht wiederholen darf. Es handelt sich um eine politische Moral, die uns verpflichtet. Wenn der NS-Faschismus zur Geschichte der deutschen Nation gehört, so ist es richtig, zur Nation ein dies auch zu berücksichtigendes Verhältnis auszuprägen. Das heißt natürlich nicht, dass man bei einer Fußball-WM nicht für die deutsche Fußballmannschaft sein oder keine Heimatgefühle haben darf. Zu den Verpflichtungen gehört aber auch, die politischen Beziehungen zum Staat Israel als Beziehungen zu einem besonderen Staat anzusehen, einen Staat, den es ohne den von Deutschen betriebenen Völkermord an den Jüdinnen und Juden wohl nicht gegeben hätte. Deswegen bedeutet die Anerkennung des Existenzrechts Israel gerade für Deutsche etwas

anderes als für Norwegerinnen und Norweger. Es verpflichtet uns zusätzlich gegenüber Palästina, die auch für die deutschen Verbrechen bezahlen müssen. Und natürlich haben wir gegenüber den Staaten, die aus der UdSSR hervorgegangen sind, ein durch unsere Geschichte geprägtes Verhältnis anzustreben. 27 Millionen Menschen hat die Sowjetunion durch diesen Krieg verloren, ein Krieg, der mit der Befreiung Deutschlands endete. Es bleibt zudem ein Verdienst der Führungen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch der Menschen, die in den Grenzregionen leben, dass die nach dem Krieg neu gezogene Grenze zwischen beiden Staaten rasch eine Friedensgrenze wurde.

Aber es gibt auch »mildere« Formen des Geschichtsrevisionismus als »Schuldkult«. Ich könnte beispielsweise die in Polen verbreitete Sicht, dass Hitler und Stalin den Zweiten Weltkrieg gemeinsam begonnen hätten, in den deutschen Geschichtsdiskurs importieren. Das hätte Folgen z.B. hinsichtlich der Kriegsschuldfrage. Die deutsche Rezeption des Buches »Die Schlafwandler« von Christopher Clark zeigte Züge der Relativierung der Kriegsschuldfrage bzgl. des Ersten Weltkriegs. Das hatte Clark zwar nicht interessiert, ihn interessierte die Frage, warum es zu so einem großen Elitenversagen kommen konnte. Dennoch zeigte die deutsche Rezeption eine erhebliche Revisionismusbereitschaft an. Und da wäre auch einiges hinsichtlich des Zweiten Weltkriegs zu befürchten.

Das verdeutlicht auch, weshalb ich mein Verhältnis zu einem »Polen-Denkmal« erklären muss. Natürlich argumentiere ich dafür: Es gibt ein Denkmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden, unweit davon ein Denkmal für die Sinti und Roma, eines für die Homosexuellen und, so denke ich, ist es auch angemessen, ein Denkmal für die polnischen Opfer zu errichten. Denn die polnischen Opfer waren die ersten im Zweiten Weltkrieg. Der Krieg und Besatzungsterror kostete 5 Millionen polnischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern das Leben, darunter 2 Millionen Jüdinnen und Juden. Zugleich wäre es ein Mahnmal gegen den Krieg, da bekanntlich der Überfall auf Polen den Beginn des Zweiten Weltkriegs markiert. Aber man kann es auch anders sehen. Die Denkmäler zum Gedenken an die Opfer des Holocaust und die ermordeten Sinti und Roma und die Homosexuellen betreffen »transnationale« Opfergruppen. Sie bedürfen ohnehin der eigenen Nennung.

Polen hat eine andere Bedeutung. Mit dem Überfall auf Polen begann etwas, das sich mit dem Überfall auf

die Sowjetunion fortsetzte. Das ist der Raub- und Vernichtungskrieg im Osten Europas, der dem ideologischen Wahn von einer »Herrenrasse« und dem kolonialistischen Projekt der Gewinnung von »Lebensraum« folgte. Parallel dazu radikalisierte sich die Judenverfolgung, die schließlich zu den Todesfabriken führte, wofür auch der Name »Auschwitz« steht. Es könnte und sollte deshalb ein Denkmal für die Opfer des Vernichtungskrieges im Osten Europas geben. Dazu gehört dann auch die Erinnerung an die 27 Millionen Menschenleben, die die Sowjetunion verlor. Aber wenn nicht, kann man nach einem berechtigten Denkmal für Polen mit Leidenschaft dafür streiten, Denkmäler für die Ukraine, für Belorus und für Russland einzufordern.

Für uns ist entscheidend, von einer allgemein antisfaschistischen Haltung einmal abgesehen, dass wir keine revisionistischen Deutungen der Geschichte zulassen. Insbesondere das schlechte Klima in den deutsch-russischen Beziehungen begünstigt relativierende Umdeutungen. Wichtig ist aber auch die Zukunft. Wir müssen die Beziehungen zu Polen, zu Russland und natürlich auch zu anderen Nachfolgestaaten der UdSSR ausbauen, insbesondere da, wo es zu realen Begegnungen zwischen Menschen, vielleicht auch zu Freundschaften kommt. Das verhindert Hass. Und das ist gut für eine friedliche Zukunft.

Dr. Gregor Gysi

Sortierung der Rechten im Europäischen Parlament

Nach der Wahl zum Europäischen Parlament drehte sich fast alles nur um die Macht und die zu vergebenden Pöstchen in der EU. Mit der Personalie Ursula von der Leyens hat der Europäische Rat dem eigenen Ansehen einen Bärendienst erwiesen. Dass das Europäische Parlament diesem Personalvorschlag dann auch noch, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, zustimmt, führt dem Demokratisierungsprozess der Europäischen Union großen Schaden zu und spült Wasser auf die Mühlen der Rechten im Europäischen Parlament. Sie konnten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa Stimmengewinne erzielen: In Frankreich, Italien, Ungarn und Polen wurden sie stärkste Partei in ihrem Land. Im Europäischen Parlament verteilen sie sich auf unterschiedlichste Fraktionen. So sitzen die Abgeordneten der ungarischen Fidesz-Partei von Viktor Orban immer noch mit der CDU in der EVP-Fraktion. In der Fraktion der Konservativen (ECR) reichen sich die britischen Tories mit den Rechten von VOX aus Spanien, der PiS aus Polen oder den Schwedendemokraten die Klinke in die Hand. Neu gegründet hat sich die rechte Fraktion Identität und Demokratie (ID) um AFD, FPÖ, Rassemblement National und der Lega Nord. Allein diese Fraktion stellt 73 der 751 Abgeordneten. Dass sie selber angekündigt hatten über 160 Abgeordnete in ihrer Fraktion für ihre demokratiefeindliche Politik sammeln zu können, stellt keinen Trost dar, da diejenigen, die sich der Fraktion noch nicht angeschlossen haben, ja weiter-

hin für nationalistisches Gedankengut stehen. Vertreter der rechtsextremen Jobbik-Partei, Goldenen Morgenröte und der Brexit-Partei haben sich bisher keiner Fraktion angeschlossen. Zwar war der Vorsitzende der Brexit-Partei Nigel Farage bei der Begründung der ID dabei, aber als abzusehen war, dass er nicht den Vorsitz der Fraktion bekäme, verließ er den Saal und trat nicht der ID bei. Die rechte Brexit-Partei, die für den Austritt aus der EU eintritt, stellt gemeinsam mit der CDU/CSU mit 29 Abgeordneten die stärkste nationale Gruppe.

Bei den Wahlen der 20 Ausschuss-Vorsitzenden wurde Antonio Tajani von Berlusconi's Forza Italia, die Mitglied in der Parteienfamilie der EVP sind, als Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen gewählt. Er fiel als Parlamentspräsident vor der Wahl durch nationalistische und geschichtsverklitternde Äußerungen auf. Die Konservative ECR nominierte für den Vorsitz im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen zwei Kandidatinnen der polnischen PiS, doch beide wurden von der Mehrheit des Ausschusses nicht gewählt, was zumindest als kleiner Erfolg der Demokratie gewertet werden kann. Die Linksfraktion im Europäischen Parlament wird sich weiterhin der menschenverachtenden Politik der Rechten entgegenstellen und berichten, da wir für eine offene, spziale und gerechte Gesellschaft streiten und die Aufklärung der Feind der Rechten ist.

Martin Schirdewan

Rückblicke, Ausblicke

30 Jahre nach der Wende: Von wo aus blicken wir heute auf die DDR und auf die Wende?

Nicht lange her, da kursierten neue Zahlen über das Empfinden der Ostdeutschen. Es ging um das Gefühl des Abgehängtseins, die verblassende Hoffnung, dass sich irgendwann doch noch jene Angleichung der Lebensverhältnisse einstellt, von der in den letzten dreißig Jahren mal mehr mal weniger die Rede war. »Die in Ostdeutschland weitverbreitete Überzeugung, dass es große Unterschiede zwischen den Lebensbedingungen in Ost und West gibt, verfestigt ein spezifisches ostdeutsches Identitätsgefühl«, hieß es von wissenschaftlich berufener Seite – aber die Demoskopie trägt hier ein Doppelgesicht: Sie legt einerseits frei, wie da eine gefühlte, eine reale Spaltung zu welchen kollektiven Ansichten führt; sie verstärkt aber andererseits auch diese nachträgliche »Kollektivbildung«, in dem sie wieder und wieder danach fragt und so Schlagzeilen über »die Ostdeutschen« hervorruft, die dann von Leuten gelesen werden, die später wieder darüber befragt, wie sie sich als eben solche fühlen: als Ossis.

Die Erfindung der Ostdeutschen

Um sich der Sache anzunähern, hilft zunächst ein Vergleich: »Während sich 71 Prozent der Westdeutschen in erster Linie als Deutsche und nicht als Westdeutsche sehen, identifizieren sich viele Ostdeutsche nach wie vor mit ihrem früheren Staatsgebiet: 44 Prozent sehen sich in erster Linie als Deutsche, 47 Prozent aber als Ostdeutsche« (Renate Köcher). Der Unterschied ist in doppelter Weise erhellend, nicht nur, weil er die doch recht gravierende Dimension dieser ostdeutschen Kollektivbildung illustriert. Sondern weil diese Zahlen auch Vergleiche mit früheren Jahren möglich machen und so zeigen, dass »das Ostdeutsche« eine Nachwende-Erscheinung ist, besser gesagt: ein Reflex auf einen Transformationsprozess, der viele Hoffnungen begrub. Unmittelbar nach der staatlich, ökonomisch und politisch vollzogenen Einheit hatten laut der Allensbach-Zahlen noch zwei Drittel der Menschen in den damals noch wirklich neuen »fünf neuen Bundesländern« sich in erster Linie als Deutsche gesehen. »1992 kippte die-

se Haltung und machte einem spezifisch ostdeutschen Identitätsgefühl Platz. Dies dominierte mit großem Abstand die ganzen neunziger Jahre«, wurde dann etwas schwächer, nahm in den letzten Jahren aber wieder merklich zu.

»Die Ostdeutschen« wurden also erst in einer Zeit »produziert«, der die Politik allerlei Wimpel des Zusammenwachsens, der Überwindung von Spaltung umgehängt hatte. Man muss dazu gar nicht Helmut Kohls »blühende Landschaften« zitieren, geredet wurde vor allem in den 1990er Jahren fast überall so. Was – in den Köpfen vieler Menschen – wirklich geschah: Es wuchs mindestens im Osten das Trennende in den Empfindungen, in den Anschauungen darüber, was eigentlich den politischen Parolen nach das Gemeinsame sein sollte. Über einige Gründe dafür soll später noch die Rede sein, zunächst jedoch ein anderer damit zusammenhängender Punkt: Die Erfahrung enttäuschter Hoffnung, sozialer Zurücksetzung, fehlender Perspektiven machen auch etwas mit dem Blick zurück auf jene Zeiten, die vor diesen Hoffnungen lagen – auf die DDR.

Je länger diese zurückliegt, desto heller erstrahlt sie vielen, darunter auch von jenen, die 1989 und auch vorher gute Gründe hatten, die realsozialistischen Verhältnisse zu kritisieren oder doch mindestens für ihre Veränderung einzutreten. Auch hier mag ein Rückblick auf Zahlen weiterhelfen, die damals wissenschaftlich erhoben wurden. Walter Friedrich und Peter Förster, die beide bis 1990 im Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig tätig waren, haben zum Beispiel ausführliche Daten über die Einstellungen von Jüngeren zur Wendezeit zusammengetragen. Zunächst war auch in diesen Altersgruppen die Haltung gegenüber der Option »Wiedervereinigung« eher skeptisch, doch »zwischen Ende 1989 und Februar 1990« sei es dann »zu sprunghaften Veränderungen« gekommen, die Ausdruck auch »der stark wachsenden Hoffnung« waren, »durch die Vereinigung schneller zu Wohlstand und Freiheit zu gelangen«. In diesem Meinungsklima wurden die Volkskammerwahlen vom März 1990 entschieden, der »Zug der Ein-

heit« nach Maßstäben westdeutschen Wollens aber mit mehrheitlicher Unterstützung in der DDR war danach nicht mehr zu bremsen.

Widersprüchliche Wendezeit

»In dem genannten Zeitraum zerfielen auch noch bestehende Illusionen von einem reformierbaren Sozialismus«, so Friedrich und Förster. Unter den Jüngeren verbreitete sich die Erwartung, dass es »in den nächsten drei Jahren einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung« geben werde. Ein drittes, deutlich erkennbares Moment der Stimmungsentwicklung war, wie sich schon in einer Umfrage im November 1989 in der DDR zeigte, »dass zusammen mit den Hoffnungen auf eine grundlegende Veränderung der politischen Situation auch starke Unsicherheiten hinsichtlich der wirtschaftlichen Perspektive entstanden waren.

»Im Kern ging es darum«, schreiben Förster und Günter Roski in einem weiteren Sammelband über die Stimmungslagen der Wendeära, »dass viele Bürger befürchteten, bei der Einführung der sozialen Marktwirtschaft ins soziale Abseits zu geraten.« Das aber war nur eine Seite der Medaille. Viele äußerten auch bei einer Umfrage im April 1990 noch, eher oder ganz optimistisch in die nächsten zwei bis drei Jahre zu gehen: knapp zwei Drittel sagten dies mit Blick auf ihre materielle Situation, genauso viel mit Blick auf die soziale Lage.

Es bestand also zumindest in der unmittelbaren Wendezeit eine durchaus widersprüchliche Gemengelage, die einerseits vom aus der noch frischen Erfahrung mit der Realität der DDR entstandenen Wunsch nach materieller Besserung und politischer Veränderung geprägt war; dies wieder einen Optimismus des Wandels antrieb, der aber, drittens, zugleich mit neuen Sorgen einherging, wobei jene Befürchtungen um die künftige soziale Sicherheit zugleich auf andere, aus der individuellen Sicht bessere Erfahrungen in der DDR zurückspiegelten.

Genau hier liegt, wenn man nun wieder ins Jahr 2019 vorspringt, die Gefahr einer At »Nostalgie-Falle«, und das ist keineswegs auf »Ostalgie« zu reduzieren, sondern es geht viel allgemeiner um die Frage, wie heute auf die DDR, die Wende und das Danach geblickt wird, wie sich die Perspektiven und Urteile dabei ändern und was dabei verloren zu gehen droht. Die vorherrschende Erinnerungsperspektive ist politisch geprägt: sie will die DDR vor allem als das »falsche Andere« darstellen, sie betrachtet den Umbruch des Jahres 1989 fast ausschließlich vom Ausgang der Geschichte her, also vom Einheits-Standpunkt, die Transformation der Jah-

re 1990 soll als Erfolgsgeschichte geschrieben werden. So greifen geschichtspolitisch Aspekte der Delegitimierung der DDR und der Legitimierung der Wiedervereinigungspolitik ineinander.

Und es tauchen Fragen des eigenen, linken Standpunktes auf: Von wo aus blicken wir heute auf die DDR und auf die Wende? Geht man eher von einer kritischen Bilanz des real existierenden Sozialismus aus, dann sollte der Maßstab sein, welche Selbstansprüche dieser für sich formuliert. Oder steht mehr die Analyse der Transformation ab 1990 im Zentrum, also die Entwicklung nach dem Scheitern der dissidenten Träume des Aufbruchs in der DDR? Dann wäre der Maßstab des Urteils vor allem die Versprechungen, die wie große Plakate am »Zug zur Einheit« klebten, allgemeiner noch: all das, was der Kapitalismus als seine Attraktivität auszugeben pflegt. Oder betont man den Blickwinkel des Herbstes 1989, in dem immer lauter und immer massenhafter die Kritik an den realsozialistischen Verhältnissen in die Öffentlichkeit getragen wurde und alternative Ideen einer »anderen DDR«, eines reformierten Sozialismus eine wichtige Rolle spielten? Hier wäre der Maßstab vor allem das, was heute kaum oder nur selten Berücksichtigung findet: die Vielfalt an neuen Ideen und kritischen Überlegungen, die aber von einem weiterhin sozialistischen Punkt ausgingen.

Erinnern wir uns noch?

Fangen wir mit letzterem an: Der 28. November 1989 war jener Tag, der das Ende eines kurzen Traums markierte, in dem er ihn noch einmal laut hinausrief. Es war ein Dienstagnachmittag im Internationalen Pressezentrum in Berlin, vorgestellt wurde der Aufruf »Für unser Land«. Gemeint war die DDR. Eine andere als sie es bis vor einigen Wochen gewesen war; eine, in der noch einmal der Versuch unternommen werden sollte, den Traum wahr zu machen. Christa Wolff hatte die Endfassung des Appells verantwortet, Stefan Heym trug ihn vor: »Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.«

Noch? Ulrike Poppe und Sebastian Pflugbeil gehörten zu den Erstunterzeichnern, Dieter Klein und Friedrich Schorlemmer auch. Bernd Gehrke, Volker Braun, Tamera Danz, viele andere – es sollten in den nächsten Wochen über eine Million werden. Die meisten einte in die-

sem Augenblick seiner Vergänglichkeit der Traum, den kurzen Frühling der politischen Selbstermächtigung in jenem Herbst der Wende wirklich zu nutzen. Eine Wende, für die es Gründe gab – an jenem 28. November 1989 veröffentlichte die Akademie der Wissenschaften erstmals Zahlen über die Fluchtbewegung aus der DDR. Seit 1950 hatten 3,4 Millionen Menschen das Land verlassen. Nicht wenige von ihnen gingen, weil die »Idee, von denen wir einst ausgegangen sind«, von der SED missachtet worden waren.

Das Aufbegehren 1989 begann weit links von dem, was heute in der herrschenden Erinnerung davon übrig gelassen wird. Im Prinzip ging es um Ziele, die wir heute unumwunden als linke, als progressive Forderungen bezeichnen würden – aber nur selten wird dies ausgesprochen. Denn die einen wollen nicht an das linke Erbe der Wende erinnern, weil sich ihr Geschichtsbild, das die herrschenden Verhältnisse für alternativlos erklärt, darauf nicht gründen lässt. Die anderen wollen das Ende der DDR denen nicht verzeihen, die mit ihrer Kritik, mit ihrer Opposition die Wende erst ermöglichten. Und so wird es vor allem denen einfach gemacht, die die Welt vom Ausgang der Geschichte her bejubeln: Wir sind ein Volk. Schwarz-Rot-Gold, D-Mark. Nationale Freiheitsbewegung.

Thomas Klein, damals Mitbegründer der Vereinigten Linken, hat es einmal so formuliert: »Abgekoppelt von ihrer Entwicklungsgeschichte wird der vormalige Charakter der DDR-Opposition aus der Vereinbarkeit gewisser damaliger Ziele mit den heutigen deutschen Verhältnissen bestimmt.« Das »Gegen« wurde zu einem »Für« gemacht – nach, wie Klein es nennt, »Maßgabe des heute dominierenden politischen Wertesystems«. Der Historiker Martin Sabrow nannte das einen »narrativen Rahmen«, der »zeitgenössische Zielvorstellungen einer eigenständigen sozialistischen DDR zum realitätsfernen Hirngespinnst von Sonderlingen« schrumpfen lässt, »die während des Umbruchs den Kontakt zur Bevölkerung verloren hätten«.

Sonderlinge? Am 4. September 1989 erscheint der Aufruf »Für eine Vereinigte Linke in der DDR«, die Böhlener Plattform war ein Minimalkonsens: Sozialistische Demokratie, Freiheitsrechte, Recht auf Arbeit, Umweltschutz. Es ging um eine »DDR als Gesellschaft sozialistischer Freiheit«, die von »Antistalinismus, Antifaschismus, Antimilitarismus im Besonderen, Antikapitalismus, Antinationalismus, Antirassismus« geprägt sein sollte. Am 10. September 1989 wird der Gründungsaufruf des Neuen Forums veröffentlicht: »Auf der einen Seite wünschen

wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen.« Am 12. September gründet sich die Bewegung Demokratie Jetzt: »Der Sozialismus muss nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.« Dann meldet sich der Demokratische Aufbruch zu Wort: »Die wirklichen und gelungenen sozialistischen Lösungen in der DDR« müssten »diskutiert, bewahrt und weiterentwickelt werden. Eine kleinliche und rechthaberische Kritik soll zugunsten der aktiven politischen Gestaltung unterbleiben.« »Ziel ist eine demokratische, soziale und ökologische Gesellschaft in der Fortführung der sozialistischen Tradition.«

Wahr ist freilich auch: Es hatte sich in jenem Herbst 1989 zu diesem Zeitpunkt bereits eine realpolitische Kraft des Faktischen durchgesetzt, angetrieben von starken wirtschaftlichen und politischen Interessen. Es waren Interessen von anderen. Das Ende des Traum wurde an jenem 28. November auch im Bonner Wasserwerk mitbeschlossen: Helmut Kohl stellte sein Zehn-Punkte-Papier vor, den Masterplan der, wie Kohl es nannte: »Wiedervereinigung«, hinter den es ein Zurück nur hätte geben können, wären Menschen in der DDR in großer Zahl auf die Straße gegangen. Noch einmal. Dass dies nicht geschah, hatte mit vielem zu tun: mit dem Missbrauch, den man dem Traum einer Alternative zum real existierenden Kapitalismus zuvor angetan hatte; mit den Defiziten, die nicht schnell genug zu beheben waren in einer rasenden Zeit; vielleicht auch mit der Angst derer, die ihn träumten, die aber fürchten mussten, abermals zu versagen. Das Scheitern war überall zu besichtigen, die Ansprüche an einen neuen Versuch: Wie hoch wäre die Latte gelegt worden?

Realsozialistische Asymmetrien

Noch einmal ein Perspektivenwechsel: Wie sah er eigentlich aus, der real existierende Sozialismus, wenn man ihn nicht zum Vergleichsmaßstab für die real existierenden kapitalistischen Verhältnisse heute macht, sondern von seinen eigenen Ansprüchen ausgeht? Anhaltspunkte könnte liefern, was durchaus mit den oben angesprochenen neuen Wende-Sorgen des Frühjahrs 1990 zu tun hat: das Soziale und das Ökonomische. Und natürlich muss das nun folgende bruchstückhaft bleiben, 40 Jahre Entwicklung lassen sich nicht auf 40 Zeilen hinreichend beschreiben. Aber es sollten sich aus den Widersprüchen, die hier nur angedeutet werden können, doch auch Schlussfolgerungen für die Zukunft linken Denkens ziehen lassen.

Der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler hat in seiner kleinen »Geschichte der DDR« die Ära Honecker Revue passieren lassen – sie beginnen mit den »erfolgreichen Jahre« 1971 bis 1975. Das Bruttoinlandsprodukt der DDR erreichte damals die beachtliche Zuwachsrate von durchschnittlich vier Prozent pro Jahr. Und weil zugleich die Bundesrepublik in den Jahren 1974/75 mit ihrer ersten wirklich schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte, holte die DDR volkswirtschaftlich gegenüber der BRD in jener Zeit auf. Jedoch: Das Wachstumstempo war hauptsächlich den in der wirtschaftspolitischen Reformphase der DDR Ende der 1960er Jahre »in Angriff genommenen Investitionsvorhaben zu danken, die in der ersten Hälfte der 1970er Jahre produktionswirksam wurden«. Die Reformen waren inzwischen jedoch gestoppt worden, mit Honecker hatte die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« Einzug gehalten, die »die Aufwendungen für den gesellschaftlichen Konsum (Sozialleistungen und öffentliche Dienstleistungen) sowie für den privaten Verbrauch« stiegen beachtlich. In Zahlen laut Roesler: Ein Plus bei den staatlichen Subventionen von 46 Milliarden Mark 1965–1970 auf geplante 65 Milliarden Mark 1971–1975.

Das war einerseits sozialpolitisch gedacht, andererseits sollte es auch politische Herrschaft stabilisieren. Und da nach Ansicht der SED »der erhöhte individuelle und gesellschaftliche Konsum... bei den Arbeitern zu steigender Leistungsbereitschaft und volkswirtschaftlich zu erhöhter Arbeitsproduktivität führen« würde, war auch ein mittelfristiges volkswirtschaftliches Ziel damit verbunden: erhöhte Arbeitsproduktivität. Doch bis diese wirklich anzog, »bediente sich die SED-Führung einer importinduzierten Modernisierungsstrategie«: Es wurde per Kredit moderne Technik aus dem Westen im-

portiert, mit dieser konnten Produkte erzeugt werden, die für Devisen auf den Weltmarkt exportiert zugleich für Einnahmen sorgten, mit denen die Schulden bedient werden sollten. Die vorübergehende Verschuldung sollte hohe Investitionsaufwendungen und Entwicklungskosten einsparen, die frei werdenden Mittel sollten etwa dem Wohnungsbau zugute kommen.

Doch die neue Wirtschaftsstrategie hatte eine andere, nicht öffentlich ausgesprochene Seite – sie »lief auf die Integration der DDR-Wirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt hinaus«. Umso direkter schlugen auch kapitalistische Krisen mit auf die DDR durch – die Wirtschaftskrise 1974/1975 im Gefolge des Erdölpreisschocks vom Herbst 1973. Roesler: »Die für die DDR als rohstoffarmes Land ungünstige Entwicklung der »Terms of trade« führte zu Mehrausgaben, die 1976 bis 1979 etwa den Kosten des Wohnungsbauprogrammes im gleichen Zeitraum entsprachen. Der Zuwachs der Industrieproduktion verlangsamte sich unter den ungünstiger werdenden Bedingungen.«

Die SED-Spitze reagierte mit einer Anpassung ihres Kurses: Mit enormen Investitionen vor allem in die Mikroelektronik sollten Möglichkeiten entfesselt werden, beim Westexport wieder erfolgreicher zu sein. Doch die Verschuldung gegenüber westlichen Banken, die zwischen 1976 und 1980 jährlich um durchschnittlich 2,6 Milliarden DM zugenommen hatte, ließ – da man zugleich die auch innerhalb der SED-Spitze empfohlene Subventionierung von Konsumgütern und Dienstleistungen nicht umsetzen wollte – den Spielraum immer enger werden. »Ab 1981 war es für die DDR nicht mehr möglich, Investitions- und Konsumvorhaben weiter über ausländische Kredite zu finanzieren«, daran änderte im Grunde auch ein effizientes Schuldenmanagement der DDR und die Mitte der 1980er Jahre aus dem Westen kommenden Strauß-Kredite nichts mehr. Dass die Sowjetunion in jener Zeit aufgrund eigener ökonomischer Probleme die Öllieferungen in die DDR gestutzt hatte, machte das Problem nur noch größer. Vorübergehend erfolgreiche Versuche, mehr Deviseneinnahmen aus Exporten von neuen petrochemischen Produkten zu erzielen, änderten mittelfristig auch nichts. Zwar konnte die Verschuldung der DDR etwa reduziert werden. Aber »die wahren Kosten der Entschuldung wurden an anderer Stelle sichtbar«: Was an der einen Seite mit großem Aufwand investiert wurde (Exportzweige), fehlte der übrigen Wirtschaft an finanziellen Mitteln. Es verstärkte sich ein doppelter Kriseneffekt: »Der Kapitalstock der DDR begann zu verfallen«, so Roesler – und auf der an-

deren Seite brachte die Strategie des »Westexports um jeden Preis« keine Entlastung, im Gegenteil: »Um eine DM zu erwirtschaften, musste die DDR 1985 Erzeugnisse im Wert von 3,64 Mark aufwenden, 1988 waren es 4,06 Mark und 1989 4,40 Mark. Schulden ließen sich auf diese Weise nicht weiter abbauen.«

Linke Fragen, weiterhin offen

Man wird das Scheitern der DDR nicht allein auf das Schuldenproblem schieben können; man wird in Betracht ziehen, unter welchen internationalen Bedingungen die Wirtschaft zu laufen hatte. Aber es lagen hier beträchtliche Ursachen für die Verschärfung der politischen Situation im Lande, die ohnehin schon von gravierenden Demokratiedefiziten, vorenthaltenen Freiheitsrechten, unterdrückter Debatte, politischer Enge und einer Unkultur der Maßregelung geprägt war. Aus alledem resultierten jene Kräfte, die einerseits die Massenflucht aus der DDR befeuerten, und andererseits eine bis dahin mit schäbigen Methoden kleingehaltene »Opposition« zu einem Aufbruch der Vielen im Herbst 1989 werden ließen.

Um einen Aspekt herauszugreifen, der nicht nur für eine rückschauende Kritik wichtig ist, sondern aus dieser auch Überlegungen für progressive Politik in der Zukunft ermöglichen könnte, an dieser Stelle ein kurzer Blick in die in der Bundesrepublik geführte linke Debatte über die DDR. »Der reale Sozialismus hat wegen des Ausmaßes an politischer Unfreiheit und Unterdrückung, wegen seiner ökonomischen Ineffizienz und seines technologischen Konservatismus und nicht zuletzt wegen der Umweltzerstörung in seinem Herrschaftsbereich für praktisch die gesamte nichtkommunistische Linke der westlichen Industrieländer jegliche Attraktivität eingebüßt«, hieß es 1985 in einem in einem marxistischen Westverlag erschienenen Sammelband.

Und weiter: »Wer einen anderen Sozialismus für möglich hält als den, der real existiert, gilt als utopischer oder gar gemeingefährlicher Spinner. Die Linken sind allerdings nicht ganz unschuldig daran: es rächt sich jetzt, dass sie es bis heute versäumt haben, eine theoretisch fundierte Kritik am Realsozialismus zu formulieren. Nach wie vor kann man die linke Kritik an ihm – wenn man einmal absieht von jener Variante, derzufolge es sich überhaupt nur um einen schlichten Irrtum handele, insofern der real existierende gar kein Sozialismus ist – in zwei Begriffen resümieren: er sei bürokratisch und undemokratisch. Diese Kritik ist gewiss zutreffend. Nur müssen sich kritische Ökonomen die Frage gefal-

len lassen, wie denn ein gesamtwirtschaftlicher Plan für eine industrielle Gesellschaft demokratisch und ohne eine mehr oder weniger große Wirtschaftsverwaltung zustande kommen soll?« Nicht nur diese Frage ist für Linke bis heute höchst aktuell.

Treuhandpolitik und die Folgen

Eine dritte Perspektive des Rückblicks konzentriert sich auf die Analyse des politischen, ökonomischen und sozialen Prozesses der Transformation ab 1990 – Entwicklungen also, die im Lichte des kapitalistischen Versprechens betrachtet werden müssen. Im Kern geht es um die Arbeit der Treuhandanstalt, um die Deindustrialisierung, die massenhaften Jobverlust nach sich zog, um die Art des Umgangs mit dem staatlichen Vermögen der DDR, die Verantwortung der bundesrepublikanischen Politik, um ausgeschlagene Warnungen und die Profiteure dieses Kurses. Schon mit dem Fall der Mauer Anfang November 1989 hatten sich die Rahmenbedingungen für die DDR-Volkswirtschaft radikal verändert; die D-Mark wurde zur faktischen Zweitwährung, die ökonomischen Beziehungen zu den früheren Partnern im RGW geriet unter Druck, die Ausreisewelle hielt an.

Im Westen formulierten kurz darauf die »Wirtschaftsweisen« in einem »Sondergutachten« ihre Bedingungen. Formen und Ausmaß einer möglichen wirtschaftlichen Unterstützung der DDR sah man »entscheidend vom wirtschaftspolitischen Kurs« abhängen, der in Ostberlin eingeschlagen würde. »Es gibt nur ein Erfolgsmuster für die Wirtschaftsreform: die offene marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialer Absicherung«, hieß es da – und alternative Reformoptionen in der DDR wurden brüsk zurückgewiesen, aus ihnen spreche »Uneinsichtigkeit« und so weiter. Das sahen kritische Köpfe völlig anders, die Politik der Bundesregierung und der großen Parteien habe die Krise im Osten »dazu instrumentalisiert, einen enormen Druck für die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten zu den Bedingungen der Bundesrepublik zu entfalten«, hieß es unter linken Ökonomen. »Spielraum für Selbstbestimmung und Eigenständigkeit«, war praktisch nicht mehr vorhanden. Das traf auch auf ursprüngliche Überlegungen für eine Treuhandanstalt zu – die am 1. März 1990 gegründete »Ur-Treuhand« verfolgte »noch keine marktkapitalistischen Ziele, sondern wollte das Volkseigentum wahren und im Interesse der Allgemeinheit verwalten«, wie es einmal in einem Papier des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags hieß. Von regierungsoffizieller Seite wurden solche Treuhandpläne, wie sie noch von der

Modrow-Regierung gegen Ende der DDR verfolgt wurden, als »illusorische Vorstellung von der Realisierung eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus« abgetan.

Und so setzte sich das Paradigma des Westens durch. Mit der Währungsumstellung waren die Betriebe im Osten und deren Kosten aufgewertet, Produkte für die traditionellen osteuropäischen Absatzmärkte waren so zu teuer, den neuen Konkurrenzbedingungen im Westen war kaum zu begegnen. Was als Transferleistungen in den Osten floss, ging zu einem beträchtlichen Teil wieder in den Westen zurück – dort saßen die Firmen, bei denen Waren und Dienstleistungen gekauft wurden. Die Treuhandanstalt agierte als reine Verkaufsagentur,

die industrielle Basis der DDR löste sich überwiegend in den Konkurs auf; die vorübergehend größte Holding der Welt mit zwischenzeitlich 15.000 Betrieben und vier Millionen Beschäftigten verkaufte in aller Regel ostdeutsche Betriebe an westdeutsche Firmen. Millionen wurden erwerbslos. Und was auch noch so viele »Leuchttürme« und durchsanierten Altstädte im Osten nicht verhindern konnten: dieser Einbruch hat einen langen Schatten, der bis heute wirkt. Jüngere zogen weg, die Bevölkerung im Osten ging seit 1990 um 2,2 Millionen zurück, bei den jüngeren Semestern unter 60 Jahren sogar um 3,5 Millionen.

Tom Strohschneider

Droht eine zweite Enteignung?

Warum der Historiker Prof. Dr. Günter Benser ein »Archivzentrum zur SED-Diktatur« für ein unakzeptables Konstrukt hält

Skandal: Das seit den 1990er Jahren im Bundesarchiv in der Berliner Finckensteinallee aufbewahrte Parteiarchiv der SED/PDS, heute DIE LINKE, soll mit Stasi-Akten vereint werden.

Der Chef der sogenannten Gauck-Behörde, Roland Jahn, und Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, haben ein Konzept über »Die Zukunft der Stasi-Unterlagen« vorgelegt, in dem von einem in Berlin zu schaffenden »Archivzentrum zur SED-Diktatur« die Rede ist. Sie haben Einwände gegen das Konzept?

Erstens gibt es in der deutschen Archivorganisation bislang keine nach politisch-ideologischen Prämissen organisierten Archivzentren. Die Archivstrukturen folgen seit Aufnahme der Überlieferungen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation 1495 bis 1806 dem verfassungsgemäßen Verwaltungsaufbau, was auch für die DDR gelten sollte. Es existiert ja auch kein »Archivzentrum zur NS-Diktatur«, sondern die Abteilung Deutsches Reich 1867/1871 bis 1945. Die nationale wie internationale Wissenschaftslandschaft kennt Archive, Bibliotheken, Museen, Dokumentationszentren und Gedenkstätten, aber nicht deren strukturelle Vermengung, gleich gar nicht verbunden mit einer politischen Mission. Zweitens wird mit diesem Konzept über die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, kurz: SAPMO, verfügt, ohne deren Satzung und die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den ihre Archive einbringenden Parteien und Organisationen abgeschlossenen Verträge zu respektieren.

Die Bestände der SAPMO sollen in der Normannenstraße mit den Stasi-Unterlagen vereint werden?

Ja, und davon sind in erster Linie das von der PDS eingebrachte Zentrale Parteiarchiv der SED und die mit ihm verbundene herausragende Bibliothek betroffen. Das lehnt auch der in den Auseinandersetzungen um die Zukunft ostdeutscher Archive 1991 entstandene För-

derkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung ab. Er hat sich mit einer entsprechenden Stellungnahme an die Fraktionen des Deutschen Bundestages gewandt.

Hatten Sie Gelegenheit, Ihre Bedenken zu artikulieren?

Leider bedurfte es auf der letzten Sitzung des Kuratoriums am 30. April erst meiner Intervention, um etwas über das bereits im März dem Präsidenten des Bundestages, Wolfgang Schäuble, übergebenes zehnteitiges Papier zu erfahren, das wir damals noch nicht kannten. Ich habe den Eindruck gewonnen – dafür spricht auch der in der Wochenendausgabe des »nd« vom 18./19. Mai abgedruckte Beitrag von Simone Barrientos und Karsten Krampitz –, dass leider selbst in der Fraktion der LINKEN die Brisanz des fraglichen Konzeptes nicht durchschaut wird. Wie die beiden Autoren lehne auch ich schon allein die Titulierung »SED-Diktatur« ab, mit der entscheidende Teile der komplexen archivalischen Überlieferungen insgesamt unter Machtgebrauch und Machtmissbrauch subsumiert werden sollen.

Was hier angesteuert wird, ist eine mit keiner anderen Geschichtsperiode vergleichbare Verewigung eines delegitimierenden Ausnahmezustandes der DDR und ihrer Überlieferungen. Und das zu einer Zeit, in der Studien ausgewiesener Wissenschaftler, Statements von Politikern unterschiedlicher Richtungen darauf verweisen, dass nicht nur Ungleichheiten in den Lebensverhältnissen, sondern auch die Missachtung der Lebensleistungen Ostdeutscher und ein verzerrtes Bild ihrer Lebenswirklichkeit einer Vertiefung der deutschen Einheit entgegenstehen.

Die Überführung der Stasi-Unterlagen wird seit langem gefordert.

Natürlich, grundsätzlich ist die Überführung des Sonderarchivs BStU in das Bundesarchiv zu begrüßen, damit dessen Überlieferungen entsprechend den fachmethodischen Richtlinien des Bundesarchivs erfasst, bewer-

tet und erschlossen werden. Damit würde auch der politischen Instrumentalisierung und dem leider allzu oft verheerend oberflächlichen Umgang mit den Akten der Staatssicherheit ein Riegel vorgeschoben. Mit dem Vorstoß, in der Normannenstraße ein »Archivzentrum zur SED-Diktatur« zu errichten, droht sich die Überführung der Stasi-Unterlagen ins Bundesarchiv in ihr Gegenteil zu verkehren: und zwar in eine Angliederung zentraler Überlieferungen der DDR und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR an das Stasi-Archiv, also an einem Ort, an dem der Genius loci des MfS waltet. Das Sonderarchiv BStU ist wiederholt durch direktes Eingreifen in das politische Geschehen aufgefallen. Es hat sein tatsächliches oder vermeintliches Wissen benutzt, um personalpolitische Entscheidungen zu beeinflussen oder Funktionsträger zu belasten, was zu Auseinandersetzungen führte, die teilweise vor Gericht ausgetragen werden mussten und teils sogar in Selbstmorden endeten.

Vom archivfachlichen Standpunkt war das Ministerium für Staatssicherheit ein Organ der Regierung der DDR und gehört damit zur Überlieferung des Ministerrates der DDR. Dafür gibt es im Bundesarchiv die Abteilung Deutsche Demokratische Republik (1949–1990). Sie ist aufnahmefähig für die gesamte zentrale Überlieferung der DDR. Dort ist sogar schon die Position 1.14 reserviert für »Staatssicherheit«. Übrigens ist die Vorstellung, welche Überlieferungen in dem »Archivzentrum zur SED-Diktatur« zusammengeführt werden sollen, ziemlich willkürlich. Ich könnte ein halbes Dutzend Archive nennen, die dem Konzept entsprechend, dann auch vereinnahmt werden müssten.

Aber auch juristische, archivwissenschaftliche und praktisch-finanzielle Gründe sprechen Ihrer Ansicht nach gegen das Konzept?

Es müssen nicht nur das »Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik« aufgehoben oder neu gefasst, sondern auch eine Novellierung des Bundesarchivgesetzes vorgenommen werden. Tangiert sind zudem die rechtlichen Verpflichtungen im Erlass des Bundesministers des Innern über die Errichtung einer Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR vom 6. April 1992. Ignoriert werden die Einbringungsverträge, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der PDS, der die Überlieferungen des FDGB verwaltenden Johannes-Sassenbach-Stiftung, der FDJ, dem Frauenbund und weiteren Organisationen ab-

geschlossen worden sind. Sie enthalten Zusicherungen hinsichtlich der Eigentumsrechte der in die Stiftung eingebrachten Materialien, der Unverletzlichkeit historisch gewachsener Bestände sowie jener Verträge und Vereinbarungen, die bereits zu DDR-Zeiten mit Organisationen oder auch Privatpersonen abgeschlossen worden waren. Das Konzept über die »Zukunft der Stasi-Unterlagen« lässt nicht erkennen, dass sich dessen Autoren mit diesen Rechtsverhältnissen, die teils staatsrechtlicher, teils öffentlich rechtlicher, teils privatrechtlicher Natur und nicht ohne Weiteres kompatibel sind, befasst hätten und sich dieser Problematik überhaupt bewusst wären.

Soll ich den Nachlass meines Großvaters aus dem Bundesarchiv zurückziehen?

Ich hoffe sehr, dass sich diese Frage nicht stellen wird. Letztlich ist das Ihre Entscheidung. Es haben aber schon einige Einleger von Vor- und Nachlässen bekundet, ihre Deposita einem »Archivzentrum zur SED-Diktatur« nicht anzuvertrauen. Die vorgesehene Integration des durch das BStU-Gesetz geschaffenen Sonderarchivs in das Bundesarchiv kann nur auf Grundlage des Bundesarchivgesetzes erfolgen, das natürlich einer Novellierung bedarf, die auch dem spezifischen Rechtscharakter der SAPMO Rechnung trägt.

Könnte der Linkspartei eine zweite Enteignung drohen, gleich der Beschlagnahmung der SED-Vermögen nach der Vereinigung, die de facto einer Bereaubung der jahraus, jahrein Beiträge zahlenden Mitglieder der Partei gleichkam?

Ich will nicht orakeln. Wenn es rechtstaatlich zugeht, dürfte das nicht eintreten, aber Gesetze lassen sich ja ändern und uminterpretieren. Wie schon erwähnt, kenne ich mich in der Entstehungsgeschichte der gesamtdeutschen Archivstrukturen und der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv einigermaßen aus. Für mich ist es nicht vorstellbar, dass die Architekten des nach 1990 vereinten deutschen Archivwesens wie Staatssekretär Franz Kroppenstedt, Ministerialdirektor Sieghart von Köckeritz oder Bundesarchivpräsident Friedrich P. Kahlenberg solch ein Konzept vorgelegt oder gebilligt hätten.

Was erwarten Sie von der Partei DIE LINKE, wie sollte sie reagieren?

Sie sollte sich dafür einsetzen, dass keine Entscheidungen getroffen werden, die nicht zuvor von Experten ge-

prüft worden sind. Ich empfehle dringlich, versierte Juristen zu beauftragen, einen Abgleich der gesetzlichen Grundlagen der infrage stehenden Archive oder Bestände vorzunehmen, oder den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages um eine solche Prüfung zu bitten. Erforderlich wäre eine Machbarkeitsstudie, denn es sind Zweifel berechtigt, ob die Baulichkeiten in der Normannenstraße überhaupt für die Unterbringung von Archivgut in den anvisierten Mengen geeignet sind. Nach dem Absturz des Kölner Stadtarchivs, den Bränden in der Anna-Amalia-Bibliothek Weimar und in Notre Dame sind für die sichere Verwahrung unersetzlichen Kulturgutes weitergehende Sicherheitsbestimmungen vonnöten.

Die Linkspartei sollte darauf beharren, dass in der SAPMO Fonds integriert sind, die in einem »Archivzentrum zur SED-Diktatur« absolut nichts zu suchen haben. Hier befinden sich neben Überlieferungen von Parteien und Organisationen der DDR weit in die Geschichte zurückreichende Unterlagen der kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Bewegung, von Gewerkschaften, von internationalen Arbeiterorganisationen, Zeugnisse des antifaschistischen Widerstands und Nachlässe von Persönlichkeiten wie Viktor Agartz, August Bebel oder Gustav Noske.

Es würde Sozialdemokraten sicher nicht amüsieren, wenn Historiker künftig an Mielkes Arbeitsstätte in der Normannenstraße Akten von Bebel oder Noske studieren?

Hoffentlich begreift die SPD das. Es ist unzumutbar, dass sich Biografen von Georg Weerth oder auch von Karl Marx und Friedrich Engels in ein »Archivzentrum zur SED-Diktatur« begeben sollen, um Originalquellen einzusehen.

Die Initiative von Jahn und Hollmann ist also unter »Jux und Tollerei« zu verbuchen?

Nein, dahinter steht ein durchdachtes Vorgehen. Es geht um die Beibehaltung der Zweckbestimmung der Gauck-Behörde. Da werden die praktischen Probleme und die absehbaren Kosten schon mal heruntergespielt.

Wer sich auch nur einigermaßen in der deutschen Archivlandschaft auskennt, weiß, welche Riesenmengen an Archiv- und Bibliotheksgut mit dem Vorstoß zur Errichtung eines »Archivzentrums zur SED-Diktatur« zur Disposition gestellt werden. Für eine Zusammenführung wären in enormem Maße neue Magazinkapazitäten, mit moderner Technik ausgestattete Arbeitsplätze, Transportsysteme, Katalog- und Benutzersäle zu schaffen. Die Verlagerung ganzer Archive und Bibliotheken erweist sich zudem erfahrungsgemäß als sehr arbeits- und kostenintensiv. Außerdem gibt es auf dem für das »Archivzentrum zur SED-Diktatur« auserkorene Areal unterschiedliche Eigentumsverhältnisse. Da scheint mir auch erheblicher Klärungsbedarf zu bestehen. Und schließlich hat sich der Berliner Senat entschieden, am gleichen Ort einen Campus der Demokratie zu errichten, der das Gedenken an die Demokratiebewegung der DDR und deren Überlieferungen bewahren soll.

Ich gebe letztlich noch zu bedenken: Die bundesdeutsche Demokratie wird nicht durch die verflossene DDR bedroht, sondern durch das Vordringen rechtsextremer und rassistischer Bewegungen und Personen und deren Eindringen in Institutionen des Bundes, der Länder und Kommunen. Wer die Ostdeutschen auf Dauer einer Sonderbehandlung unterzieht, sollte über die Wahlsiege der AfD in Sachsen und Brandenburg keine Krokodilstränen vergießen.

Prof. Dr. Günter Benser, letzter Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, gehört seit Beginn dem Kuratorium der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR, kurz: SAPMO, im Bundesarchiv als stellvertretendes Mitglied für die PDS, heute LINKE, an; er ist zudem Gründungsmitglied der Historischen Kommission der Partei.

Mit Prof. Dr. Günter Benser sprach **Karlen Vesper**.

Zuerst erschienen am 2. Juni 2019 in »Neues Deutschland«.

Recht auf Wohnen verankern und umsetzen

Der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Franz-Georg Rips, hat beim Deutschen Mietertag Anfang Juni zurecht gefordert, dass das Recht auf Wohnen im Grundgesetz verankert wird. Es reiche nicht, so Rips weiter, die soziale Frage Wohnen mit »bauen, bauen, bauen« zu beantworten, wie es die Bundesregierung, aber auch FDP und AfD tun. Stattdessen brauche es eine radikale Mietrechtsform. Ich stimme dem Mieterbund zu: beim Kampf gegen Mietenwahnsinn und Wohnungsnot versagt die Bundesregierung. Das Recht auf Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit.

Durch die Ratifikation des UN-Sozialpakts hat sich die Bundesrepublik bereits dazu verpflichtet, für das Recht auf Wohnen einzutreten. In der Weimarer Republik war ein entsprechendes Recht in Artikel 155 der Weimarer Reichsverfassung festgeschrieben. Auch einige Landesverfassungen kennen heute ein solches Grundrecht. Allerdings führt die bloße Nennung in einer Verfassung noch nicht dazu, dass auch tatsächlich eine soziale Wohnungspolitik durchgesetzt wird. Wir müssen das Menschenrecht auf Wohnen einfordern und es dann mit Leben füllen.

Vor elf Jahren waren ungefähr 227.000 Menschen wohnungslos. Seitdem steigt diese Zahl massiv an. Nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) lag die Anzahl wohnungsloser Menschen 2016 schon bei 860.000 und soll bis 2018 auf 1,2 Millionen angestiegen sein. Zwar sind Kommunen dazu verpflichtet, Menschen »ohne Dach über dem Kopf« unterzubringen. Trotzdem sind mehr als 52.000 Menschen obdachlos. Allein im letzten Winter sind mindestens elf von ihnen durch Kälte gestorben, seit 1990 sind es mehr als 300. Die Bundesregierung lässt die Kommunen mit dem Problem allein. Wir brauchen ein Gesamtkonzept gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

Wohnraum muss bezahlbar sein. Kein Mensch soll mehr als 30 Prozent seines Haushaltseinkommens für die Miete ausgeben müssen. Die Belastung mit Wohnkosten liegt in vielen Städten zurzeit jedoch bei 40 oder sogar 50 Prozent. Wer nur etwas weniger als das durchschnittliche Einkommen zur Verfügung hat, kann sich das Leben in den größten deutschen Städ-

ten gar nicht mehr leisten. Dort explodieren die Mieten trotz Mietpreisbremse weiter. Ich fordere deshalb schon seit Jahren, dass die Bundesregierung einen Mietstopp und eine Mietobergrenze einführt. Zu hohe Mieten müssen sinken. Ich freue mich, dass der rot-rot-grüne Senat mit unserer LINKEN Senatorin Katrin Lompscher das mit einem Mietengesetz in Berlin durchsetzen will.

Wohnraum gehört in die öffentliche Hand – nicht an die Börse. Börsennotierte Wohnungskonzerne verfolgen vor allem Renditeinteressen. Sie erhöhen die Mieten, bauen am Bedarf vorbei und spekulieren mit Wohnraum. Gemeinwohl muss vor Profit stehen. Die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen« bringt es auf den Punkt, wenn sie fordert, dass die großen, privaten Wohnungskonzerne vergesellschaftet werden sollen. Gemeinwohlorientierte kommunale Wohnungsunternehmen müssen ebenso wie gemeinnützige Genossenschaften und Community Land Trusts im Mittelpunkt einer sozialen Wohnraumversorgung stehen und gestärkt werden.

Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die fehlenden Sozialwohnungen gebaut werden. Bundesweit fehlen 4 Millionen Sozialwohnungen. Mehr als 1,2 Millionen Menschen waren nach Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe im letzten Jahr in Deutschland sogar wohnungslos. Die Linksfraktion im Bundestag hat ein Konzept für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm nach Wiener Vorbild vorgelegt. Jährlich könnten so 250.000 Wohnungen dauerhaft sozialgebundene Wohnungen in öffentlicher Hand entstehen.

Das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, geht nicht ohne die entsprechenden Flächen. Die Bodenfrage ist existenziell für die soziale Wohnraumversorgung. Öffentlicher Boden darf nicht weiter privatisiert werden, sondern nur noch in Erbbaupacht und an gemeinwohlorientierte Trägerinnen und Träger vergeben werden. Bauland darf nicht verkauft, sondern muss Stück für Stück wieder für die Öffentlichkeit zurückgewonnen werden.

Es reicht nicht, Wohnungen bereitzustellen. Der Bund muss fördern, dass besonders Schutzbedürftige, wie

Arme, Geflüchtete oder Alleinerziehende eine angemessene und adäquate Wohnung bekommen und dann auch behalten können. Mieterinnen und Mieter müssen vor Zwangsräumungen geschützt werden. Jeder muss die Möglichkeit haben, überall dort wohnen zu können, wo er oder sie es möchte. Ich finde, auch Hartz-IV-Beziehende sollten am Potsdamer Platz in Berlin wohnen können. Leidtragende der neuen Wohnungsnot sind häufig diejenigen, die ohnehin diskriminiert werden. Menschen mit nicht-deutsch klingenden Namen oder einer nicht-weißen Hautfarbe haben

es oft schwerer eine Wohnung zu finden, genauso wie schwule oder lesbische Paare.

Es bleibt ein wichtiges Ziel, dass das Recht auf Wohnen im Grundgesetz als universelles Grundrecht mit umfassenden sozialen Ansprüchen verankert wird. Gemeinsam mit dem Mieterbund und der Mietenbewegung wird sich DIE LINKE als Partei der Mieterinnen und Mieter weiter entschieden für eine Umsetzung des Rechts auf Wohnen einsetzen.

Caren Lay

Verlorene Mitte – Feindselige Zustände

Rechtsextreme Einstellungen in der Bevölkerung haben tendenziell abgenommen. Aber neue rechte Mentalitäten in der Mitte der Gesellschaft gefährden die Demokratie.

Seit 2002 untersucht eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung alle zwei Jahre die politischen und sozialen Einstellungen und prüft, wie fragil und gespalten die gesellschaftliche Mitte ist, die bisher stets als Garant für Stabilität und feste Normen galt. Im Mittelpunkt steht dabei, wie weit rechtsextreme, rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft eingedrungen sind. Haben Polarisierungen und Konflikte die Norm von der Gleichwertigkeit aller Gruppen verschoben? Ist die demokratische Mitte geschrumpft oder verloren?

Antworten gibt die neue Studie über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019 mit dem Titel »Verlorene Mitte – Feindselige Zustände«. Sie zeigt zunächst, dass rechtsextreme Einstellungen in der Gesamtbevölkerung nicht zugenommen haben, allerdings in einigen Subgruppen. Auffallend ist der Anstieg rechtsextremer Einstellungen bei den Jüngeren, bei Einkommensstärkeren und bei Gewerkschaftsmitgliedern mit Blick auf spezifische Dimensionen wie Antisemitismus und Chauvinismus. Auch hat der Antisemitismus bei Frauen zugenommen, so dass sich die bisher wahrgenommenen Einstellungsunterschiede nach Soziodemografie nivellieren.

Die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen wird in der Studie an sechs Kriterien mit den immer gleichen Fragen gemessen. Auf den Gebieten Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Verharmlosung des NS-Regimes, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus haben sich die Werte von 2002 bis 2018 deutlich verringert – mit einem leichten Anstieg von 2016 bis 2018. So ist über 16 Jahre tendenziell der Hang zum Chauvinismus von 18,3 auf 12,5 Prozent um ein Drittel gesunken. Die Fremdenfeindlichkeit hat sich im gleichen Zeitraum von 26,9 auf 8,9 Prozent um fast zwei Drittel verringert. Insbesondere beim Antisemitismus findet sich bei den Befragten nicht selten eine Zurückweisung

oder Ablehnung, während gleichzeitig nationalchauvinistischen und fremdenfeindlichen Positionen umso stärker zugestimmt wird.

Das klingt alles sehr gut und scheint im Widerspruch zum Titel der aktuellen Studie zu stehen. Woran wird dann die »verlorene Mitte« festgemacht, die von Experten ohnehin ungern als extrem eingeschätzt wird, weil sich damit der Begriff Extremismus selbst überflüssig mache? Darauf gibt ein Aufsatz von Alexander Häusler und Beate Küpper in der Studie Auskunft. Rechtsextreme Einstellungen finden derzeit nicht mehr so viel Zustimmung wie andere antidemokratische Einstellungen, darunter Anti-Establishment-Einstellungen, Unterstellung eines Meinungsdictats, Islamverschwörung, nationale Rückbesinnung, Ethnopluralismus und Antifeminismus. In der Bundesrepublik wurden rechtsextreme Erscheinungsformen lange Zeit als gesellschaftliche Randphänomene wahrgenommen. Sie fokussierten sich auf Wahlerfolge der traditionellen Rechtsaußenparteien, auf Aufmärsche neonazistischer Kameradschaftsnetzwerke und auf neonazistisch motivierte Gewalttaten. Mittlerweile hat sich die Grauzone der neuen Rechten im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus zu einem realpolitischen Prozess ausgewachsen, der die Mitte der Gesellschaft zunehmend erfasst. Rechtsextreme Kleinparteien verlieren an Bedeutung oder verschwinden zu Gunsten der rechtspopulistischen AfD. Milieuübergreifende Straßenmobilisierung durch »Pegida« oder die »Identitären« verändern das rechte Bewegungsfeld, das zunehmend von einer sozialen und organisatorischen Durchmischung von vormals getrennt agierenden Protestmilieus geprägt ist. Rechtspopulistische Wahlerfolge und rechte Straßenmobilisierung münden zunehmend in autoritär strukturierte und teilweise gewalttätige Formern rechter Selbstermächtigung.

Unter neuem Einfluss erodiert die Abgrenzung zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. Mit sozialpopulistischer Demagogie gelang der AfD ein Einbruch in das Lager ehemals linker Wähler und die Mobilisierung von Nichtwählern. Anders als bei den Neonazis wird hier die demokratische Ordnung formell nicht in Frage gestellt, aber durch einen Rückgriff

auf den ultranationalistischen Mythos eine Radikalisierung nach rechts und damit eine Revision der Verfassungswirklichkeit bzw. einzelner Normen angestrebt. Dabei gehen die Rechtspopulisten von einer ethnisch bedingten Ungleichheit der Menschen aus, verlangen nach ethnischer Homogenität der Völker, lehnen das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ab, betonen den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum, unterordnen den Bürger unter die Staatsräson, lehnen den Wertpluralismus liberaler Demokratie ab und wollen Demokratisierung rückgängig machen. Über völkisch-autoritären Populismus wird der alte harte Rechtsextremismus in modernem, softem Gewand verpackt.

Der AfD gelingt es, verschiedene Phänomene des Rechtsaußenspektrums zu repräsentieren und in die Parlamente zu tragen. Wer meint, mit diesen Kräften einen Dialog führen zu wollen, sollte nicht glauben, sie mit freundlichen Argumenten auf den Pfad der Demokratie führen zu können, kommentieren die Autoren der Studie. Sie erinnern daran, dass die Nationalsozialisten nie die absolute Mehrheit erlangen konnten und auch niemals formal die Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt haben. Dennoch konnten sie ihr autoritäres Herrschaftssystem etablieren, bei dem viele mitgemacht und mitgejubelt haben.

Axel Holz

Großer Vaterländischer Krieg und große Kollaboration 1941–1945 ?

Als die deutschen Streitkräfte blitzkriegsartig im Juni 1941 die UdSSR überfielen, überrollten sie nur in wenigen Wochen, ja oft nur Tagen, vor allem das erst 1940 zur Sowjetunion gekommene Baltikum. Das war angesichts des streng geheimen Überfalls auf die UdSSR (»Unternehmen Barbarossa«) erklärbar. Überraschend war damals dennoch, dass schon vor der deutschen Besetzung estnische, lettische und auch litauische Aufständische das sowjetische Herrschaftssystem im Baltikum beseitigten und zunächst durch nationale Regierungen ersetzt. Die nationalistischen und faschistischen Kräfte in den in den erst 1940 der UdSSR angegliederten baltischen Republiken unterstützten den nazideutschen Vernichtungskrieg militärisch wie politisch. Heute ist inzwischen bekannt, dass es schon bei Kriegsbeginn in den *baltischen Unionsrepubliken* einen gut organisierten antisowjetischen Untergrund gab, der diese Aktionen schon längere Zeit mit dem deutschen Naziregime abgestimmt hatte.¹ Das war ähnlich in den *ukrainischen und belorussischen Westgebieten Polens*, die schon 1939 ebenso durch geheime Zusatzverträge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und Freundschaftsvertrages (August/September 1939) den Sowjetrepubliken Ukraine und Belorussland angeschlossen wurden. Unerklärlich schien den Zeitgenossen allerdings, dass es auch in den westlichen Gebieten der *Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik* zur landesverräterischen Zusammenarbeit von Russen mit ihrem Todfeind kam:

■ Juni 1941–Mai 1945 Russische Nationale Armee RNA unter B. Aleksejevič Smyslovskij/A. von Regenau (bis zu 10 000 Mann)

■ November 1942–August 1943 1. Russische Nationale SS-Brigade/Družina unter V.V. Gil'/Rodionov (bis zu 2 800 Mann)

■ März 1942–Februar 1943 Russische Nationale Volksarmee RNNA/»Osintorfer Brigade« unter K. G. Kromia-di/ I. V. Bojarskij/ V.F. Ril' (bis zu 10.000 Mann).²

Ein ähnliches Beispiel russischer Kollaborationsformationen war die *Russische Volksbefreiungsarmee RONA* (Rossijska Osvoboditel'naja Narodnaja Armija), auch

nach ihrem Anführer »Kaminski-Brigade« genannt, in der sog. *Republik Lokot'*. In diesem westlichen Gebiet der RSFSR ergriffen antisowjetische Kräfte in der städtischen Arbeitersiedlung Lokot' und dem umliegende Landkreis Mitte September 1941 nach überstürzten Rückzug der Roten Armee die politische Macht. Erst am 4. Oktober 1941 drangen Einheiten der 2. Panzerarmee (Heeresgruppe Mitte) in den in das städtischen Zentrum Lokot' und dem umliegenden Landkreis Brasov. Das Territorium wurde bis Juni 1942 um weitere sieben Rayons (Kreise) der damaligen Gebiete (oblast') Orel (Navlja, Komarič, Suzemka, Michailovsk), Kursk (Dmitriev, Dmitrovsk) und des Bezirkes Bransk (Sevsk) erweitert. Das Gebiet umfasste 10 300 km² mit 581 000 Menschen, vor allem Russen, erhielt von den deutschen Besatzern den Status einer Selbstverwaltung. Offizielle Bezeichnungen des Kollaborationsgebietes: Besonderer Bezirk Lokot', Bezirksselbstverwaltung Lokot', Republik Lokot'. Jeder der acht Kreise (Rajon) war in jeweils 5-6 Amtsgerichte (volost') untergliedert. Neben dem städtischen Verwaltungszentrum Lokot' gab es weitere sieben größere Städte: Navlja, Dimitriev-L'govsk, Suzemka, Sevsk, Železnogorsk und Dimitrovsk. Kräfte. Die Republik Lokot' verfügte über eine russische militärische Kollaborationsformation – die 12 000 Mann starke RONA (1943 – 15 Bataillone und 5 Regimenter, 9 Panzer, 15 Minenwerfer, 36 Geschütze).³

»Republik Lokot'« (Oktober 1941– September 1943) – Alternative zum Stalinismus?

In der städtischen Siedlung Lokot' und im Landkreis Brasov lebten bis 1917 ehemalige Kronbauern auf dem Landbesitz des Großfürsten Michail Aleksandrovič Romanov. Viele von ihnen wurden während der Kollektivierung seit 1929 als Kulaken eingestuft. Auch aus anderen Gebieten waren während der Kollektivierung Bauern hierher zwangsangesiedelt worden. Nach dem überstürzten Rückzug der Roten Armee seit Mitte September 1941 bildeten antistalinistische Aktivisten in Lokot' bereits eine neue Verwaltung. Der Großteil der Einwohner sah in dem am 4. Oktober 1941 einziehen-

den deutschen Vorkämpfern der 17. Panzerdivision (2. Panzerarmee) ihre Befreier und Beschützer vor den in die umliegenden Waldgebieten geflüchteten sowjetischen Funktionären und Rotarmisten, die sich als Partisanengruppen formiert hatten. Die Wehrmachtvertreter nahmen das Kollaborationsangebot zweier Bürger, die in der Vergangenheit mit dem sowjetischen System in Konflikt geraten waren, sofort an: Der erst 1938 nach seiner dreijährigen Verbannung in Novosibirsk hierher gezogene russische Ingenieur und Physiklehrer am Forst-Technikum der Stadt, Konstantin Pavlovič Voskobožnik (1895-1942)⁴ wurde als Verwaltungsleiter (Bürgermeister) der Arbeitersiedlung Lokot' und des umliegenden Landkreises Brasov (1 250 km²) bestätigt. Bronislav Vladislavovič Kaminskij Juni (1899-1944)⁵, seit 1941 Ingenieur der städtischen Schnapsfabrik, ein aus Belorussland stammender Sowjetbürger polnischer Herkunft, der ebenfalls wegen Kritik an der Zwangskollektivierung in das Gebiet Brjansk verbannt worden war und danach nach Lokot' zog. Er wurde sein Stellvertreter, übernahm das Amt des Polizeichefs und organisierte bis Mitte Oktober 1941 aus der Bevölkerung eine Polizeitruppe (200 Mann mit 27 Maschinengewehren und 10 Minenwerfer). Diese sog. Volksmiliz NM (Narodnaja Milicija) wurde im Forst-Gymnasium kaserniert. Aus ihr entstand später die Russische Volksbefreiungsarmee (RONA). Im Herbst 1941 entstanden auch in der deutsch besetzten Belorussischen SSR die »unabhängigen Republiken« Zueva mit dem Zentrum Zaskorki und Rossono (bei Polozk) sowie Petuchov (bei Vitebsk).⁶

Schon am 25. November 1941 wandte sich Leiter der sog. Republik Lokot', Voskobožnik, mit einem programmatischen Manifest der von ihm gegründeten neuen Partei an die Bevölkerung:

»Die Volkssozialistische Partei (Narodnaja Sozialističeskaja Partija - NSP) wurde im Untergrund der sibirischen Konzentrationslager gegründet. Ihr Kurzbezeichnung heißt Nationalsozialistische Partei ›Viking‹ (Vitjaz'). Die NSP hat die Verantwortung für das Schicksal Russlands übernommen, sie übernimmt auch die Verpflichtung für die Bildung einer Regierung, welche sich für Ruhe, Ordnung und schafft alle Bedingungen sorgt, die notwendig sind für die Entfaltung friedlicher Arbeit in Russland. Unsere Partei ist eine nationale Partei. Sie besinnt sich auf die besten Traditionen des russischen Volkes. Sie stützt sich auf das russische Volk, welches in grauen Vorzeiten den Russischen Staat geschaffen hat.«⁷

Das Programm der NSP orientierte auf folgende Ziele:

- vollvollständige Vernichtung der kommunistischen und Kolchosordnung,
- kostenlose Zuteilung von Ackerland (bis zu 10 ha) und Hofland (1 ha) an jeden Bürger für ewige Nutzung mit dem Recht der Umverteilung, nicht aber des Verkaufs,
- jede Privatperson kann sich mit Handwerk, Industrie beschäftigen, Fabriken und Unternehmen aufbauen (Umfang des Privatkapitals wird auf 5 Millionen Goldrubel Rubel begrenzt),
- Sicherung des Staatseigentums der Wälder, des Grund und Bodens, der Bodenschätze, der Verkehrswege und der Grundindustrie,
- politische Amnestie für Komsomolzen, einfache Mitglieder der Kommunistischen Partei, Helden der Sowjetunion,
- rücksichtslose Vernichtung der Juden und Kommisars der Roten Armee.

Die NSP besaß zu dieser Zeit bereits fünf Ortsgruppen in Lokot' und im umliegenden Landkreis Brasov. Das »Allrussische Manifest«, das auch in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten Orel, Kursk, Smolensk und Černigov verbreitet wurde, hob hervor: »Vergessen Sie nicht, wir arbeiten nicht allein für den Kreis Brasov, sondern für ganz Russland.«⁸ Im Befehl Nr. 3 vom 25. November 1941 forderte deshalb der Leiter der Kreisverwaltung und Führer der NSP Voskobožnik, dass »alle Partisanen die im Rayon Brasov und in der weiteren Umgebung operieren sowie die Personen, die mit ihnen zusammenarbeiten, ihre Waffen an die Gemeindeältesten (Starosti) der Dörfer abgeben. Es ist höchste Zeit, die Unordnung zu beenden und zur friedlichen Arbeit überzugehen. Die Annahme, dass das sowjetische Regime in die besetzten Gebiete zurückkehrt ist, sind nichts weiter als Gerüchte böserartiger sowjetischer Elemente, um die Bevölkerung zu desorientieren und das Chaos aufrechtzuerhalten. Es ist an der Zeit zu begreifen, dass das stalinistische Regime verendet ist und der Übergang zu einem neuen Leben begonnen hat. Verlogen ist das Gerücht, wir würden Partisanen und Kommunisten vernichten. Gefahr droht uns möglicherweise nur von übelgesinnten Vertretern des Partei- und Sowjetapparates, die nicht mit uns zusammengehen und den anderen die Möglichkeit eines friedlichen Weges verweigern. In den Dörfern, wo der Befehl möglicherweise verspätet eintrifft, können sich die Partisanen bis zum 15. Januar 1942 registrieren lassen.«⁹

Doch der Westen des damaligen Gebietes Orel mit dem Brjansker Waldmassiv, zu dem auch die Kollaborationsrepublik Lokot'-Brasov gehörte, entwickelte sich schon bis zum Herbst 1941 zu einem der großen sowjetischen Partisanenzentren in der von der Wehrmacht okkupierten Gebiete der Russischen Föderativen SSR. Hier waren seit November 1941 8 000 Partisanen in 14 Abteilungen und 86 örtlichen Gruppen organisiert, im Januar 1942 9 000 (18 Abteilungen und 105 Gruppen).¹⁰ Sie bekämpften die deutschen Besatzer in den Wäldern, vor allem entlang der Eisenbahnlinien von Brjansk in Richtung Suzemka-Lgov und Orel-Kursk. Das erklärt, warum die die Wehrmachtsführung daran interessiert war, aus der russischen Bevölkerung nicht nur eine Kollaborationsverwaltung, sondern auch polizeilich-militärische Formationen zur Bekämpfung der kommunistischen Partisanen aufzubauen. Offenbar wurde nun aus der bisher allgemeinen nazideutschen Parole des Kampfes gegen den »slawischen bzw. russischen Untermenschen«, vorrangig die der Vernichtung des »jüdischen Bolschewismus«. Trotz aller Repressionen der sowjetischen Führung vor allem gegenüber den Bauern und der Kirche sowie gegen eigene Parteifunktionäre und Militärs gab es in Bevölkerung vor allem zunehmenden Widerstand gegen das nazideutsche Besatzungsregime, das sich als »Befreier vom Bolschewismus ausgab«. In der Nacht vom 7. zum 8. Januar 1942 überfielen 200 sowjetische Partisanen der Abteilungen von Alexander Saburov¹¹ (Suzema), Aleksej Durnev (Trubačevsk) und Vasilij Kapralov (Brasov) die Kaserne der Kollaborationsmiliz, das Bürgermeisteramt und die Abwehrstelle 107 der Wehrmacht in Lokot'. Sie töteten 54 russische Kollaborateure, darunter auch den Verwaltungschef des Rayons, Voskobochnik. Dessen Stellvertreter und Milizchef Kaminskij trat an seine Stelle. Er veröffentlichte in der von Vertretern russischer Emigrantenfaschisten im Auftrag des deutschen Propaganda-Ministeriums von Goebbels für den Kreis herausgegebenen Zeitung Golos Naroda im April 1942 das Programm der von Voskobochnik gegründeten NSP, das sich eindeutig am deutschen Naziregime orientierte: »Unsere Partei ist überzeugt von der Hilfe des großen germanischen Volkes und ihrer kampferprobten freundschaftlich mit uns verbundenen germanischen Nationalsozialistischen Partei und ihres Führers Adolf Hitler.«¹² Mit Billigung Hitlers erließ der Kommandeur der 2. Panzerarmee Rudolf Schmidt¹³ am 19. Juli 1942 den Befehl Nr. 1023-42, der vorsah, der sog. Republik Lokot'-Brasov weitere Landkreise

der damaligen Gebiete Orel (Michailovsk, Navlja, Suzemka, Michailovsk, Dmitriev), Kursk (Komarič, Dimitrovsk) und Brjansk (Sevsk) anzuschließen. In dem territorial vergrößerten Verwaltungsbezirk Lokot' mit der offiziellen Bezeichnung Russisches Staatsgebilde-Bezirksselbstverwaltung Lokot' RGO-LOS (Russkoe gosudarstvennoe obrazovanie Lokotskoe okružnoe samoopravlenie) lebten auf einem Territorium von 10 300 km² (etwa die Größe von Zypern (9 250 km²)¹⁴. Kaminskij, der damals 45jährige, Stellvertreter des im Januar 1942 ermordeten Bürgermeisters Voskobochnik übernahm das Amt des Oberbürgermeisters, die Polizei leitete vorerst P. T. Ivanin. Die Abteilungen Justiz und Propaganda führten der Student Timinskij und S. V. Mosin, ein ehemaliger GULAG-Häftling. Antonina Makarova, ließ in ihrer Amtszeit als oberste Henkerin der »Republik« 1.500 Personen, die sich der Kollaboration widersetzen. Sie wurde von den sowjetischen Behörden erst 1979 aufgespürt und zum Tode verurteilt.¹⁵ N. F. Vošilov wurde Redakteur der Kollaborationszeitung Golos naroda. Am 22. August 1942 erließ Kaminskij den Befehl, alle Orte der Erinnerung an Vertreter der »jüdisch-bolschewistischen Herrschaft« auszulöschen und durch Bezeichnungen aus der Zarenzeit oder Namen der seit Oktober 1941 gefallener »Helden«, also von Nazi-Kollaborateuren, zu ersetzen. Das Zentrum der »Republik«, die Siedlung Lokot', erhielt nach seinem Vorgänger den Namen »Voskobochnik«.¹⁶ Die faschistische Kollaborationspartei NSP wurde in Nationalsozialistische Partei Russlands NSPR umbenannt. Das Führungsgremium der NSPR (Kaminskij, Mosin, Bakšanskij, Vošilov G. E. Chomutov) erklärte im Manifest vom März 1943 als Hauptaufgabe einen unabhängigen Staat Russlands zu schaffen, in dem den einzelnen Nationalitäten das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur eigenständigen staatliche Existenz zugesichert wurde. Den Bauern sollte das Kolchosland zugeteilt werden. Ehemalige Gutsbesitzer und Kapitalisten (auch die ausländischen) hätten ihr Recht auf Eigentum verloren. Von der »Republik Lokot'« aus, werde in ganz Russland eine gerechte soziale Ordnung geschaffen sowie der von den Kommunisten künstlich geschürten Klassenhass überwunden.¹⁷ Die russischen faschistischen Emigrantenpartei in Nazideutschland, der Nationaler Arbeitsbund der Neuen Generation NTSNP¹⁸, unterstützte das Kollaborationsprojekt durch ihre Funktionäre, die in der deutschen Wehrmacht, im Ostministerium, im Propagandaministerium und im Sonderstab R (Russland) eingesetzt

waren. Einer von Berlin hierher beordertes Führer des NTSNP, Ingenieur Chomutov, organisierte den Aufbau der Faschistenpartei und deren Jugendorganisation. Führende Funktionäre des regionalen Kollaborationsregimes übernahmen die sowjetischen Staatsbetriebe. Auch der Prikaz Nr. 185 der Bezirksverwaltung vom 23. Juni 1942 entschied, dass bei der »Aufteilung des ehemaligen Kolchos-Eigentums in erster Linie die Mitarbeiter der Polizei, die Opfer der Kollektivierung und der Partisanenüberfälle sowie die Mitarbeiter der Verwaltung berücksichtigt werden müssen.«¹⁹ Lokot' gehört zu den ersten Städten in den besetzten russischen Gebieten, in denen am 15. November 1942 das Theater unter Leitung von G. A. Kapustin (dramaturgische Gruppe mit 38 Schauspielern, Orchester und Chor mit 42 Musikern, Ballett mit 15 Tänzern). Es organisierte monatlich 60 Veranstaltungen (Aufführungen von Gogol, Ostrowskij, Lermontov, Ibsen) für das deutsche Militär und die russische Zivilbevölkerung auch weit über den Verwaltungsbezirk hinaus. Ein Befehl Kaminskijs vom 8. Dezember 1942 sah die Vernichtung der Bücher aus der Sowjetzeit und die von jüdischen Autoren vor.²⁰ Auch die Kirchen im Verwaltungsbezirk wurden wieder aufgebaut und eröffnet. Das Kollaborationsregime ordnete im Herbst 1942 die Wiederaufnahme des Schulunterrichts an.²¹ Im gesamten Bezirk begannen im Herbst 1942 335 7-Klassenschulen und zehn 10-Klassenschulen mit dem Unterricht von 43 422 Schüler, die 1 338 Lehrern unterrichteten. Sieben Krankenhäuser und 17 Ambulatorien wurden wieder eröffnet.²² Neben den Grundlagenfächern wurde das Fach »Lehren der gegenwärtigen Ereignisse« eingeführt, in dem folgende Themen im Zentrum standen:

- Der gegenwärtige Krieg: die militärischen Ziele des Bolschewismus, Großbritanniens und der USA sowie Deutschlands und Italiens. Die Bedeutung des Krieges für Europa und für Russland,
- die bolschewistische Lehre: Materialismus, Atheismus, Internationalismus, Kommunismus, Kollektivismus, Lehren über den Klassenkampf von Karl Marx,
- die nationalsozialistische Lehre: nationale und soziale Formen des Lebens, das verbunden ist mit der Vergangenheit, dem Glauben und der Religion. Allgemeinwohl geht vor Eigenwohl. Privates Eigentum und Einzelinitiative. Führerprinzip.
- bolschewistische Revolution 1917 und nationalsozialistische Revolution 1933,
- die Rolle der Juden in der Geschichte und während der Sowjetherrschaft,

- Charakteristik sowjetischer und deutscher Führer: Lenin, Stalin, Trotzki, Dzierzinski, Sinow'ev sowie Hitler als Arbeiter, Soldat, Künstler und Staatsmann, Rosenberg als Minister der Ostgebiete und den Beauftragten für die sowjetischen Zwangsarbeiter Fritz Sauckel

- die Taten der Bolschewiki: Bürgerkrieg, Vernichtung der Kulaken als Klasse, die Hungersnöte 1921 und 1932, Konzentrationslager.²³

Militärische Kollaborationsformation RONA 1942–1945

Die wichtigste Aufgabe der russischen Kollaborationsverwaltung des Bezirkes Lokot' bestand im Aufbau einer militärischen Formation vor allem zur Zerschlagung der sich ausbreitenden sowjetischen Partisanenbewegung in dieser Region. Das Kollaborationsregime unter Kaminskij mobilisierte die Jahrgänge 1922-1925 und gewann in den umliegenden Lagern für deutsche Kriegsgefangene Hunderte Soldaten und 30 Offiziere der Roten Armee für den militärischen Dienst. Kaminskij kommandierte die nach ihm benannte Brigade. Zum Führungskern gehörten sein Adjutant, G. D. Beljaj²⁴ und Stellvertreter Leutnant Balšanov, Stabschef Hauptmann I. P. Šavykin, die Leiter der militärischen Untersuchungskommission²⁵ und der operativen Abteilung (Hauptmann I. Frolov).²⁶

Diese polizeilich-militärische Kollaborationsformation wurde 1942 wesentlich vergrößert und ausgerüstet (Januar: 800, Februar: 1.200, März: 1.650, Dezember: 10.000). Im Dezember 1942 erhielt sie den Namen Russische Volksbefreiungsarmee (RONA). Sie verfügte über fünf Regimenter mit einem Gesamtbestand von 9 828 Mann, davon 136 Offiziere mit einem Kommandostab von 52 Personen. Die 14 Bataillone waren in Brasov-Lokot', Komarič, Sevs, Suzema, Navlja, Seredina-Budsk stationiert und für die Bekämpfung sowjetischer Partisanen eingesetzt. Die RONA wurde vor allem im rückwärtigen Gebiet der 2. Panzerarmee von der Wehrmacht zur Bekämpfung der sowjetischen Partisanen eingesetzt. In diesem deutschen Besatzungsgebiet der westlichen RSFSR befanden sich nur Stützpunkte der 102. ungarischen Sicherheitsdivision und die SD-Abwehrgruppe 107.²⁷

Die Partisanen überfielen seit Jahresbeginn 1942 ständig militärische Stützpunkte der Kollaborationsrepublik Lokot'. Sie organisierten im Rahmen des »Schielenkrieges« im Gebiet Orel 13 700 Anschläge auf das Eisenbahnnetz, Brücken, Bahnhöfe, Garnisonen und

Polizeistationen. Bei den Partisanenangriffen auf die Dörfer Tarasovka und Šemjakino am 1. Mai 1942 wurden 85 Polizisten und 115 Einwohner getötet. Von Mai 1942 bis April 1943 fanden im Bezirk Lokot' insgesamt 1 114 militärische Aktionen zwischen sowjetischen Partisanen und deutschen Besatzern samt ihrer russischen Kollaborateuren statt.²⁸ Eine der Großaktionen der deutschen Besatzer zur Vernichtung der Partisanenbewegung (Operation »Vogelsang«, Frühjahr 1942), an der die RONA teilnahm, organisierte die Kampfgruppe von General Werner Freiherr von und zu Gilsa (Gilsa II: 6.500 Mann). 2 593 Partisanen wurden getötet und 12.000 im Zivilisten des wiedereroberten Partisanengebietes zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Zu dieser Zeit gab es in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten der Sowjetunion bereits 100.000 kommunistischer Partisanen. Allein im Gebiet Orel kämpften 1943 14.600 Mann, die in 78 Abteilungen mit über 40 Geschütze und 215 Granatwerfer und 80 Panzerabwehrwaffen.

Als die Rote Armee im Juli-August 1943 im Rahmen der Kursker Operation in Richtung Orel-Brjansk vorstieß, sicherte die Wehrmacht die Evakuierung der Kaminskij-Brigade samt ihres Kollaborationspersonals in den Generalbezirk Weißruthenien des Reichskommissariats Ostland. Die schätzungsweise mindestens 30.000 russischen Kollaborateure einschließlich ihren Familien ließen sich im rückwärtigen Gebiet der 3. Panzerarmee in den Rayons Lepel', Ušačij, Taraskii, Senno und Tšašnikij des belorussischen Gebietes Vitebsk nieder. Das 4.800 km² umfassende belorussische Siedlungsgebiet wurde als »Republik Lepel'« bezeichnet.²⁹ Für die russische Kollaborationsgemeinschaft war die Lage jedoch weitaus schwieriger als im bisherigen Verwaltungsbezirk Lokot', denn sie erhielt von der hier lebenden belorussischen und polnischen Bevölkerung keinerlei Unterstützung.

Schon Ende 1941 bekämpften 30.000 belorussische Partisanen die deutschen Okkupanten und deren russischen Kollaborateure. Als die ersten Verbände der RONA im September 1943 im weißrussischen Lepel' ankamen, war bereits 60 Prozent des belorussischen Territoriums Partisanengebiet. Die insgesamt 374.000 sowjetischen Widerständler waren zumeist Bauern (40 Prozent) und Arbeiter (17 Prozent). Allein in den Gebieten um Minsk, Rogačov, Mogilev und Gornel bekämpften im November 1942 122.600 Partisanen die deutschen Okkupanten. Daher wurde die RONA dauerhaft zur Partisanenbekämpfung eingesetzt.³⁰

Bereits am 21./22. November 1943 wurden die RONA-Stützpunkte Lepel' und Tšašnikij von kommunistischen Partisanen überfallen. Die militärische Kollaborationsformation bestand zu dieser noch immer aus fünf Schützenregimentern. Der Stab und das 1. Regiment (Oberstleutnant Galkin) befanden sich im politischen Verwaltungszentrum der sog. Republik, in der Stadt Lepel'. Die anderen vier Regimenter waren in den Orten Senno (2/Major Tarasov), Tšašnikij (3/Major Prossina) und Taraskij (4/Major Filatkin, 5/Oberstleutnant Turlakov) stationiert. Im März 1943 wurde die RONA erneut umbenannt in Narodnaja Brigada Kaminskij NBK (Volksheer-Brigade Kaminski) und der SS-Kampfgruppe Curt von Gottberg (1896–1945)³¹ unterstellt. Die NBK beteiligte sich mit einigen Tausend russischen Soldaten an den von Wehrmacht, SS und Polizei gemeinsam organisierten militärischen Operationen gegen die sowjetischen Partisanen in den Räumen Polozk – Ušačij (»Frühlingsfest« und »Regenschauer« 17.4.–12.5.1944) und Wilejka-Borrisov-Minsk (»Kormoran« 25.5.–17.6.1944). Die nazideutschen Kollaborateure töteten allein in diesen drei Monaten 16.703 belorussische Partisanen und Zivilisten, nahmen eben so viele gefangen, verschleppten 12.000 Belorussen als Zwangsarbeiter nach Deutschland, legten 24 Dörfer und 7.011 Kolchoshöfe in Schutt und Asche.³² Die zivile Kollaborationsgemeinschaft samt politischem Führungspersonal (30.000 Personen) war deshalb aus Sicherheitsgründen schon im Januar 1944 aus Lepel' in den Südwesten Beloruslands nach Djalovo bei Novogrod (Gebiet Grodno) evakuiert worden. Der militärische Verband RONA hingegen wurde mit der neuen Bezeichnung Waffen-Sturmbrigade SS RONA SS direkt unterstellt. Reichsführer SS Heinrich Himmler traf sich mit Kaminskij und zeichnet ihn am 30. Juli 1944 für seine »Verdienste« bei der Partisanenbekämpfung aus und befördert ihn zum SS-Brigadeführer (Generalmajor). Tags darauf wurde die RONA der SS als 29. Waffen-Grenadierdivision (Russische Nr. 1) angegliedert und beauftragt, an der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes (August–Oktober 1944) teilzunehmen. Das von Major I. D. Frolov geführte Regiment (1.700 Mann) wurde nach Warschau (Ochota) verlegt und der Kampfgruppe Heinz Reinefahrt (6.6221 Mann) unterstellt. Die russischen Kollaborateure töteten 15.000 polnische Kämpfer und Zivilisten (insgesamt kamen 235.000 Warschauer ums Leben). Der Hauptverantwortliche für die Massaker an den Einwohnern Warschaus, SS-Obergruppenführ-

rer Bach-Zelewski beorderte Kamenskij in sein Stabsquartier nach Litzmannstadt (Łódź), stellte ihn vor ein Kriegsgericht und ließ ihn durch ein SS-Sonderkommando am 28. August 1944 hinrichten. SS-Brigadeführer Christoph Dim übernahm nun das Kommando. Die noch verbliebenen 3.000 russischen SS-Männer wurden im November 1944 der entstehenden Russischen Befreiungsarmee ROA (Russkaja osvoboditel'naja Armija), der Vlasovarmee, angeschlossen.³³

Ostlegionen sowjetischer Minderheitenvölker 1941–1945

Der zahlenmäßige Anteil der größeren und kleineren nichtrussischen Nationen und Nationalitäten der Ukraine, Beloruslands, des Baltikums, Kaukasiens, Mittelasiens, Sibiriens und des Fernen Ostens an der Kollaboration mit Nazideutschland war weitaus größer als der der Russen.³⁴ Diese Kollaboration entstand in größerem Umfang erst seit Ende 1941 unter der Bezeichnung Ostlegionen. Vom Standpunkt der faschistischen Rassentheorie gehörten auch die nichtrussischen nationalen Minderheiten nicht zu den »Ariern« oder »Germanen«. Sie wurden von der Naziführung generell als »minderwertige Völker« als »Untermenschen« als »grausame Asiaten und Mongolen« diskriminiert. Das Reichspropagandaministerium (Josef Goebbels) orientierte ungeachtet dessen in einer Richtlinie vom Mai 1941 darauf, dass die sowjetischen Minderheiten nicht zu den Feinden Deutschlands zählen. Nicht nur die Esten, Letten, Litauer, sondern auch die Ukrainer, Belorussen, sondern auch Völker des Kaukasiens und Mittelasiens würden durch die deutsche Wehrmacht von der »jüdisch-bolschewistischen Herrschaft« befreit. Das war jedoch in erster Linie eine verlogene Propaganda, denn das strategische Ziel des faschistischen Regime war die UdSSR und alle hier lebenden Völker von kolonial zu unterwerfen und letztlich auszurotten. Erst das Scheitern des Blitzkrieges seit August 1941 und die größer werdenden Verluste in der Wehrmacht waren der Grund, neben den schon seit 1939 eingesetzten geheimdienstlichen Gruppen von Russen (wie RNA, RN, RONA), Esten, Letten, Litauern, Ukrainern kaukasischen und mittelasiatischen Völkern nunmehr größere militärischen Formationen dieser größeren oder kleineren Nationen oder Nationalitäten überzugehen, also zu sogenannte nationalen Legionen. Sie wurden nicht nur aus Emigranten, sondern vor allem aus kriegsgefangenen oder desertierten Rotarmisten gebildet.³⁵ Den gefangenen Soldaten und Offizieren aus Kaukasien und Mittelasien

(sog. Turkestaner) wurde versprochen, dass ihre Heimatgebiete von der russisch-bolschewistischen Herrschaft befreit, in einem »Groß-Turkestan« wiedervereint und Teil des künftigen »Großgermanischen Weltreiches« sein würden. Das geschah letztlich alles mit dem Segen des »Oberarier« Hitler, der bevorzugt die muslimisch-türkischen Nationalitäten als zuverlässige Verbündete »mit größtenteils guten soldatischen Tugenden« im Kampf gegen den »jüdischen Bolschewismus« ansah, aber noch Bedenken hatte, Legionen wie der christlichen Armenier und Georgier aufzustellen.³⁶

Bereits im Oktober 1941 organisierte der Orientkenner Major Andreas Mayer-Mader³⁷(?–1944) im Auftrag der Abteilung Ausland/Abwehr des Reichskriegsministeriums ein Ausbildungsprogramm für sowjetische Kriegsgefangene und Deserteure aus Mittelasien (Abwehrunternehmen Tiger B). Diese erste militärische Formation (sieben Kompanien: 934 Kirgisen, Usbeken, Tadschiken, Turkmenen, Kasachen und Aserbajdschanern und 27 deutsche Offizier) waren ausgerüstet mit drei Panzerabwehrkanonen, 14 Granatwerfer und 48 MG). Sie wurden am 13. Januar 1942 direkt dem Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) unterstellt und von Mayer-Mader kommandiert. Dieses 450. Turk-Infanteriebataillon nahm seit Mai 1942 im rückwärtigen Gebiet der Heeresgruppe Süd am Kampf gegen die ukrainische Partisanenbewegung teil. Danach wurde das Feldbataillon der 16. Motorisierten Division der Wehrmacht unterstellt und in der Schlacht um Stalingrad eingesetzt. Seit Ende 1942 gehörte es formal zur Turkestanischen Legion.³⁸ Am 15. November 1941 entschied der OKW-Generalquartiermeister Erich Wagner eine weitere militärische Formation aufzubauen – das Turk-Bataillon 444 (1.000 Mann). Es wurde von Major Kurth kommandiert und der 444 Sicherheitsdivision der Wehrmacht bei Zaporozje/Ukraine (Heeresgruppe Süd) unterstellt.³⁹ Ebenfalls im Oktober 1941 entstand im Amt Ausland/Abwehr des OKW die Idee auch aus muslimischen Völkern Kaukasiens eine Spionagegruppe für den geplanten Eroberung der kaukasischen Sowjetrepubliken aufzubauen. Unter maßgeblichen Anteil des Russlandexperten und Geheimdienstlers Hauptmann i. R. Prof. Dr. Dr. Theodor Oberländer (1905–1998)⁴⁰ entstand der Sonderverband Bergmann (Gorec). Oberländer und seine kaukasischen Vertrauten wie der aus Tiflis stammende rußlanddeutsche Hauptmann von Kutzschenbach gewannen aus den Gefangenenlagern armenischen, georgischen, aserbajdschanische und nordkaukasische Rotarmisten »Freiwillige«. Hinzu-

kamen 130 kaukasische Emigranten aus Frankreich, die der Abwehreinheit »Tamara« angehörten. Auf dem Truppenübungsplatz Neuhammer/Queiß(Schlesien) wurde die Geheimdienstformation zusammengestellt (2 458 Kaukasier und 299 deutsche Führungsoffiziere), von März bis Juni 1942 im Lager Luttensee (bei Mittenwald) auf den Kriegseinsatz vorbereitet und der 1. Panzerarmee (Heeresgruppe A) zugeführt. Seit Ende 1943 war der Verband Gorec (5.000 Mann) formal Teil der Nordkaukasischen Legion (28.000 Mann).⁴¹ Hitler hatte bereits am 20. Dezember 1941 grünes Licht für den systematischen Aufbau größerer militärischer Verbände aus den nichtslawischen nationalen Minderheiten der UdSSR. Das OKW entschied zwei Tage später, vier Ostlegionen von sowjetischen Kriegsgefangenen und Deserteuren aus Mittelasien (sog. Turkestaner), Nord- und Transkaukasien (Bergvölker, Aserbaidshaner, Armenier und Georgier) aufzubauen. Am 13. Januar 1942 wurde beschlossen zunächst im Distrikt Radom des »Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiet (Generalne Gubernatorstwo) aus Kriegsgefangenen, eine Turkestanische (Karakalpakern, Kasachen, Kirgisen, Turkmenen, Usbeken, Tadschiken) sowie je eine Kaukasisch-Mohammedanische und Georgische Legion aufzustellen. Aus den beiden letzteren wurden am 2. August 1942 die Angehörigen der kaukasischen Bergvölker (Inguschen, Tschetschenen, Dagestaner, Karatschaier, Kabardiner, Balkaren, Osseten u. a.) zu einer Nordkaukasischen Legion zusammengefasst. Die Aserbaidshaner, Armeniern und Georgiern sollten eigene nationale Legionen aufbauen. Am 15. August 1942 kam noch eine Wolgatarische Legion (Wolga- und Uraltataren) hinzu. Den Aufbau dieser sechs Ostlegionen organisierte ein am 18. Februar 1942 in Rembertów (seit Sommer 1942 in Radom) eingerichteter Aufstellungsstab der Ostlegionen. Die Legionen wurden auf den Truppenübungsplätzen des Disktrikt Radom (Orte der Dislokation: Legionowo, Krusna, Pulawa, Jedlino, Wesol) aufgestellt. Im sog. polnischen Generalgouvernement wurden in neun Lagern bis Oktober 1943 53 Infanteriebataillone (53.500 Soldaten und Offiziere) aufgestellt, die zu den folgenden Legionen (in Gestalt von 7 bis 9 Bataillone) vereint wurden: Turkestan (7), Aserbaidshan (8) Nordkaukasus (7), Georgien (8), Armenien (9) und Wolgataren (7). Leiter des Aufstellungstabes (seit Januar 1943 Kommandeur) war Oberst Ralph von Heygendorff (1897–1953).⁴² 1943 waren für den Kriegseinsatz nichttauglichen sowjetischen Kriegsgefangenen vier

weitere Turk-Arbeits-Bataillone und ein Turk-Arbeitsersatzbataillon zusammengestellt worden.⁴³ Heeresgruppen Nord und Mitte begannen im »Generalgouvernement der besetzten polnischen Gebiete« seit Ende 1941 systematisch Ostlegionen zusammenzustellen, auszubilden und auszurüsten. Erst im Mai 1942 war im Gebiet der Heeresgruppe Süd in der besetzten Ukraine, in Mirgorod (Bezirk Poltawa) ein Aufstellungs- und Ausbildungsstab für ausländische Freiwillige/Verbände aus sowjetrussischen Kriegsgefangenen. Ihm gehörten 37 deutsche Wehrmachts- und Sicherheitsoffiziere unter Leitung des Generalmajor Oskar Ritter von Niedermayer(1885–1948)⁴⁴. Sie bildeten nun ebenfalls bis Mai 1943 30.000 Ostlegionäre aus. Die Ostlegionen kamen nicht als nationale Verbände, sondern nur als einzelne Feldbataillone zum Einsatz. Von den Bataillonen der sechs Ostlegionen waren während der Kämpfe um Stalingrad in der kalmückischen Steppe und im Kaukasus nur 14 Kollaborationsbataillone im direkten Fronteinsatz.⁴⁵ Zweifelsohne verstärkten sie die Kampfkraft der Wehrmacht. Deutsche wie sowjetische bzw. russische Militärhistoriker weisen allerdings nach, dass die meisten Feldbataillone in allen sechs Ostlegionen 1942/1943 aufgrund ihrer Ausrüstung, Ausbildung und politischen Kampfmoral nicht den Erwartungen der Naziführung gerecht wurden - nicht nur armenische und georgische, sondern auch aserbaidshanische, nordkaukasische, turkestanische und wolgatarische Legionäre liefen zur Roten Armee oder zu den sowjetischen Partisanen über, töteten nicht nur deutsche Führungsoffiziere, sondern auch ihre nationalen Vorgesetzten. Tausende Offiziere und Soldaten wurden von Wehrmacht und SS hingerichtet oder in Wehrmachtsstrafslagern deportiert. Allein im Lager Ostrov-Mazovetski befanden sich 1943 10.000 Legionäre.⁴⁶ Die »unzuverlässigen« Bataillone wurden entweder aufgelöst oder in Bau-, Eisenbahn- und Hilfsbataille bzw. Kompanien umgewandelt, im Hinterland der Wehrmacht eingesetzt oder an die Westfront (Frankreich, Niederlande, Italien, Belgien) versetzt. Doch auch dort liefen viele Legionäre zu den Partisanen und Alliierten über.⁴⁷ Hitler hatte bereits am 29. September 1943 und der Generalstab am 2. Oktober, Befehl Nr.10570/43) anordneten, die Ostlegionen von der Ostfront nach West- und Südosteuropa zu verlegen. Bereits im November 1943 befanden sich die Kommandostäbe, die Offiziers- und Dolmetscherschulen sowie 11.000 Ostlegionäre in Südfrankreich.

Legionen	Bataillone (1000 Mann)/Ausbildungsort	Fronteinsatz
Armenische	12 (Polen: 808–816; Ukraine: I/25, I/198, II/9)	Kaukasien: 2 (808, 809) Westfront: 3 (I/125, I/98, II/9)
Aserbaidshische	11 (Polen: 804–807, 917, 818, 819, 820; Ukraine: I/111, I/173, II (Gorec))	Kaukasien: 5 (804–806, I/111, I/173) Westfront: 0
Georgische	13 (Polen: 795–799, 822–824; Ukraine: I (Gorec), I/49, II/4, II125I, II/198, II/19)	Kaukasien: 4 (795, 796, I/9, II/4) Westfront: 6 (795–799, 822 ⁴⁸ , I/9, II/4, II/198)
Nordkaukasische	8 (Polen: 800, 801, 802, 803, 835, 836, 837, 842)	Kaukasien: 3 (800, 801, 802)
Turkestanische	28 (Polen: 450, 452, 781–792, 81; I/29, Ukrainel: I/44, I/71, I/76, I/79, I/94, I/100, I/113, I/295, I/297, I/305, I/370, I/376)	Kalmückensteppe: 3 (450, 782, 811) Kaukasien: 1 (I/370)
Wolgatatarische	7 (825–831)	Westfront: 2 (826, 827) ⁴⁹

Im Juni 1944 erfolgte unter Regie der SS eine weitere Umstrukturierung der Ostlegionen in Freiwilligen-(Ost)-Stamm-Division mit Sitz in Lyon mit fünf sog. Freiwilligenregimentern (1: Georgier, Turkestaner, Nordkaukasier, 2: Armenier, Aserbaidshischer, Wolga- und Uraltataren, 3: Russen, 4: Ukrainer, 5: Kosaken). Kommandeur dieser Division der Ostlegionen wurde Generalmajor Henning.⁵⁰ Erst im Januar 1945 entstand unter direkter Führung von Reichsführer SS Heinrich Himmler die sog. Vlasov-Armee – die Russische Befreiungsarmee ROA (50.000 Mann), die sich mit

den meisten der seit 1941 entstandenen polizeilich-militärischen Kollaborationsformationen (1. Russische Nationale SS-Brigade/Družina, Russische Nationalarmee RNA, Russisches Schutzkorps, 15. Kosakenkavalleriekorps u. a.) zu den Streitkräfte der Völker Russlands (VS KONR) zusammenschlossen und bis Kriegsende 1945 an verschiedenen Fronten gegen die Rote Armee kämpften.

(Fortsetzung folgt)

Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe

- 1 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010, S.226, 267 und 325–326
- 2 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Russischer Emigrantenfaschismus im Zweiten Weltkrieg – die große Kollaboration? Rundbrief. BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE, Heft 1/2019 (Mai), S. 19–26
- 3 Diese größte Kollaborationsrepublik, die es in den deutsch besetzten sowjetischen Gebieten gab, ist von den sowjetischen Historikern seit 1953 untersucht worden. Umfassend allerdings von russischen Emigranten nach 1945 und im Hauptnachfolgestaat der UdSSR, der Russischen Föderation (Russland). Vgl. dazu u. a. https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Lokotskoje_soupravlenie&oldid=00047624, abgerufen am 21. Mai 2019; 29-ja vaffen-grenadirskaja divisijsa SS „RONA“ (1-ja russkaja), in: https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Russkij-kollaboracionizm_vo_vtoroj_mirovoj_vojne&oldid=98156144; abgerufen am 15. Februar 2019; D. A. Žukov/I. I. Kovtun: Fénomen Lokotskoj Respubliki. Al'ternativa sovetskij vlastij? Moskva 2012; S.3–30; D.; dies.: Russkie èsèsovcy, Moskva 2010; diess.: 29. grenadirskaja divisijsa SS »Kaminskij«, Moskva 2009; A. Dallin: Brigada Kaminskaja, Moskva 2011; V. Gribkov: Chosjain Brjanskich lesov. Bronislav Kaminskij, Russkaja osvoboditel'naja narodnaja Armija i Lokot'skoe okryžnoe samoupravlenie, Moskva 2008; I. G. Ermolov: Ruskoje gossudarstvo v nemeckom tylu. Istorija Lokot'skogo samoupravlenija 1941–1943, Moskva 2009; ders: Lokotskaja Respublika i Brigada Kamenskogo ili šumel ne prosto Brjanskij les, Orel 1999; A. R. Djukov: »Die Aktion Kaminskiy«. Lokot'skoje Samoupravlenie i sozdanija brigady RONA. Mify Velikoj Otečestvennij, Moskva 2008; E. A. Taras: Antipartisanskaja vojna, Moskva 2005; N. Kovalev: Nacist'skaja okkupacija i kollaboacionalizm v Rossii 1941–1945, Moskva 2004, S. 104f, 124f, 149f, 203ff, 322–325, 349–360, 385–387, 405f; Sergej Čujev: Prokladye soldaty, Moskva 2004, S. 107–117, S. 121–141; V. I. Bojarskij: Partisanstvo včera, segodnja i savtra. Istoriko-dokumental'nyj očerk, Moskva 2003; Rolf Michaelis: Die Brigade Kaminskij. Partisanenbekämpfung in Russland-Weißrussland-Warschau. Berlin 1999; S. I. Drobjazko: Lokotskij avtonomnyj okrug i Russkaja osvoboditel'naja narodnaja Armija, in: A. V. Okorkov: Materialy po istorii Russkogo osvoboditel'nogo dviženija, Vyp. 2, Moskva 1998, S. 168–216; R. N. Redlich: V Brigade Kaminskogo, in: Materialy po istorii Rysskogo osvoboditel'nogo dviženija, Vyp. 2, Moskva 1998; Partizany Brjansčinyj. Sbornik paskazov byvsich partizan, Brjansk 1959 (tom 1) und 1962 (tom 2); A. Dallin: German Rule in Russia 1941–1945. A Study of Occupation Policies, London 1957; ders.: The Kaminskiy Brigade 1941–1944. A Case Study of German Military. Exploitation of Soviet Disaffektion, Alabama 1952.
- 4 Der 1895 in der Familie eines Eisenbahnarbeiters im Gouvernement Kiev geborene V. begann 1915 ein Jurastudium an der Moskauer Universität und meldete sich ein Jahr später als Kriegsfreiwilliger, 1919–1920 diente er in der Roten Armee. Nach seiner Teilnahme an einem antisowjetischen Aufstand im Gebiet Saratov floh er nach Astrachan und verschaffte sich eine neue Identität (I. Ja. Lošakov), nahm 1924 am Moskauer Volkswirtschaftsinstitut G. V. Plechanov ein Studium auf und arbeitete danach als Betriebsleiter. Als 1931 seine falsche Identität bekannt wurde, erhielt er drei Jahre Verbannung. Danach arbeitet er als Ingenieur in Kriwoj Rok, Orel, seit 1938 war er Lehrer am Forsttechnikum in Lokot'. Er war Bürgermeister des Kreises Lokot' vom 4. Oktober 1941 bis zu seinem Tod am 8. Januar 1942.
- 5 Der 1899 in Dobržin'/Dobrun' belorussischen Rayon Polock (Gouvernement Vitebsk) als Kind eines Polen und einer Deutschen geborene K. meldete sich 1918 freiwillige zur Roten Armee. Nach seiner Demobilisierung 1921 setzte sein 1917 begonnenes Chemiestudium in Petrograd fort, schloss es Diplomingenieur ab und arbeitete danach in der Chemieindustrie. Wegen Kritik an der Kollektivierung 1935 aus der KPdSU(B) ausgeschlossen, 1937 verhaftet und Sibirien verbannt, arbeitete danach als Technologe in Šadrinsk, seit März 1940 Agent (Decknamen »Ultramarin«) des sowjetischen Innenministeriums (NKWD), Anfang 1941 nach Lokot' umgesiedelt, Oktober-Dezember 1941 Polizeichef und 1942–1943 Oberbürgermeister Kolaborationsrepublik Lokot' und Kommandeur der RONA.
- 6 Vgl. https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Respublik_Zueva&oldid=99488678, abgerufen am 29. April 2019
- 7 Zitiert und übersetzt vom Verf. nach Manifest Narodnoi Socialističeskoj Partei Rossii, in: <http://www.rona.org.ru/doc001.php>. vgl. Pod nemcami. Vospominanija, svidel'stva, Dokumenty. Istoriko-dokumental'nyj sbornik, St. Petersburg 2011, 168ff. S. I. Drobjazko: Lokotskij avtonomnyj okrug, S.196f.
- 8 Zitiert und vom Verfasser aus dem Russischen übersetzt nach S. I. Drobjazko: Lokotskij avtonomnyj okrug, S.196f.
- 9 Zitiert und vom Verfasser aus dem Russischen übersetzt nach Rukovoditel' Narodnoj sozialističeskoj partii Prikaz 3 vom 25.11.1941, in: D. A. Žukov/ I. I. Kovtun: Fenomen Lokotskoj Respublik., Dokument 4 zwischen S. 28–29.
- 10 Vgl. D. A. Žukov/ I. I. Kovtun: Fenomen Lokot'skoj Respubliki, S. 39f (Anm. 1); Bojarski: Partisanstvo večera, segodnja i savtra. Istoriko-dokumental'nyj očerk, Moskva 2003, S. 418; Geschichte des Großen Vaterländischen Kriegs der Sowjetunion, Bd. 2, Berlin 1963, S. 206 und Bd. 3 (1964), S. 529 und 543.
- 11 Alexander Nikolaevič Saburov (1908–1974) war politischer Kommissar eines ukrainischen NKVD-Vernichtungsbataillons. Er leitete seit Herbst 1941 in den Gebieten žumy und Orel ein Partisanenzentrum, das sich im April 1942 zu eine der größten Partisanengebiete dieser Region ausweitete, deren Führung nun Dimitrij Vail'evic Emljutin (1907–1966) übernahm.
- 12 Zitiert und vom Verfasser übersetzt nach Golos Naroda vom 15.4.1942
- 13 Im Juni 1943 wurde er nach Berlin abberufen. 1947 spürte ihn die Rote Armee in Weimar auf; er wurde 1952 zu 25 Jahren Lager verurteilt, aber 1955 vorzeitig entlassen.
- 14 Vgl. Prikaz Nr. 22 po Samoupravleniju Lokotskogo Okruga ot 27.Juli 1942 goda, in: D. A. Žukov/ I. I. Kovtun: Fénomen Lokotskoj Respubliki, Dokument 3 zwischen S. 28–29. Anfang 1942 wurden zunächst die Kreise Navlja, Komarič und Dimitrovsk dem Rajon Brazov-Lokotj angeschlossen.
- 15 Iz istorija Otečestvennaja vojna, in: <http://briansk.ru/society/2005124/1792>.
- 16 Vgl. Prikaz Nr. 22 po Samoupravleniju Lokotskogo Okruga in: D. A. Žukov/ I. I. Kovtun: Fénomen Lokotskoj Respubliki, S.351; Sergej Čujev: Prokladye soldaty, Moskva 2004, S. 109–117.
- 17 Vgl. B. N. Kovalev: Nacist'skaja okkupacija, S. 323f.
- 18 Vgl. hierzu Karl-Heinz Gräfe: Russische Faschisten im nazideutschen Exil, in: Rundbrief. BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE, Heft 2, Berlin 2018, S. 17–25, hier S. 22
- 19 Zitiert und aus dem Russischen vom Verfasser übersetzt nach B. N. Kovalev: Nacist'skaja okkupacija, S. 124; vgl. ebenda S. 203f.
- 20 Vgl. ebenda, S. 359f und 385f.
- 21 Anordnungen 108 (25. Oktober 1942) und 155 (3. Dezember 1942) Abgedruckt in: B. N. Kovalev: Nacist'skaja okkupacija, S. 405f
- 22 Vgl. Sergej Čujev: Prokladye Soldaty, Moskva 2004, S. 115ff.
- 23 Vgl. B. N. Kovalev: Nacist'skaja okkupacija, S. 422f
- 24 Belaj war Politikkommissar der Roten Armee, wurde im August 1941 wegen antisowjetischer Propaganda in Orel inhaftiert. Nach der deutschen Besetzung stieg er im Oktober zum Kanzleichef des von den Deutschen eingesetzten Oberbürgermeisters der Stadt, des weißen Zarenoffiziers A. N. Stachov auf. Im Sommer 1942 wurde B. er in Lokot' eingesetzt.
- 25 Georgij Seliverstovič Prošok (1893–1980) stand während des Bürgerkrieges auf Seiten der der weißen Konterevolution. 1945 emigrierte er nach Großbritannien.
- 26 Vgl. A. R. Djukov: »Die Aktion Kaminskiy«. Lokotskoje Samoupravlenie sozdanija brigady RONA, in: Mify Velikoj Otečestvennij vojnyj, Moskva 2008. S. 165; S. I. Drobjazko: Pod znamenem vraga anti-sovetskich formirovanija v sostave germanskich vooruzennyh sil 1941–1945, Moskva 2004, S.365–366 (Dokument 10)
- 27 Zum Personalbestand der RONA Ende 1942: 1. Regiment (Bataillone 1–756, 2–794, 11–794: 2.344) Major Galkin; 2. Regiment (Bataillone 4–431, 5–100, 6–648: 1.079) Major Tarasov; 3. Regiment (Ba-

- taillone 3-900,13-370) Major Porošin; 4. Regiment (Bataillone 10-686, 12-767 – 1.453) Reitenbach; 5. Regiment (Bataillone 7-721, 8-718, 9 – 506.1345) Major Turlakov. Hinzukamen eine Gardebataillon unter Major I. D. Frolov), eine Panzergruppe – 650 Mann, 17 Fahrzeuge – 52 Mann, Hauptmann Ju. N. Abramov/ Samsonov), eine Artilleriebatterie (34 Mann) eine Vernichtungskompanie (129 Mann), eine Spezialabteilung (31 Mann) und Bedienungspersonal für Autopark und Küche (70 Mann). Vgl. Čuev, Prokladye Soldaty, Moskva 2004, S. 121–123; S. I. Drobjazko: Pod znamenami vraga, Anlage 1, Dokument 10, S. 365f und Anlagen 2/2, S. 430–431.
- 28 Vgl. S. Čuev: Prokladye soldaty, S. 124–128
- 29 Vgl. D. A. Žukov, S.279. S. Čuev, S. 128–135.
- 30 Vgl. Wolfgang Curilla: Deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944, Paderborn, München, Wien, Zürich 206, S. 703–705
- 31 SS-Obergruppenführer Kurt von Gottberg war 1944 der Höhere Polizei- und SS Führer Russland Mitte und Weissruthenien
- 32 Vgl. https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Kaminskij_Bronislav_Vladimirovic&oldid=99690479 aufgerufen 10. Mai 2019; Wolfgang Curilla: Deutsche Ordnungspolizei, S.743
- 33 Vgl. [https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=warschavskoe_vostanie_\(1944\)&oldid=98957467](https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=warschavskoe_vostanie_(1944)&oldid=98957467), aufgerufen 31. März 2019, S. 9-10
- 34 Vgl- Karl-Heinz Gräfe: Russischer Emigrantenfascismus im Zweiten Weltkrieg – die große Kollaboration? Rundbrief. BAG Antifascismus der Partei DIE LINKE, Heft1/2019(Mai), S. 19
- 35 Zu den Ostlegionen werden die der Armenier, Aserbajdschaner, Georgier, Nordkaukasier, Wolga- und Uraltataren (Idel-Ural) sowie die sog. Turkestaner (mittelasiatische Nationen und Nationalitäten) gerechnet. Dazu zählen nicht die Kollaborationsformationen der Esten, Letten, Litauer, Ukrainer, Belorussen, Krimtataren und Kalmücken. Vgl. https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=vostocnye_legiony&oldid=97743546, aufgerufen am 27. Januar 1919; I.A. Giljazov: Legion »Idel'-Ural«, Moskva 2009; Oleg Roman'ko: Sovetskij Legion Gitler. Graždanie SSR v rjadach wermachta i SS, Moskva 2006, S. I. Drobjazko: Podznamenami vraga. Antisovetskie formirovanija v sostave germanskich vooružennych sil 1941–1945, Moskva 2004; Joachim Hoffmann: Kaukasien 1942/43. Das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion, Freiburg 1991; ders.: Die Ostlegionen 1941–1945. Turkotataren, Kaukasier, Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg 1976
- 36 Vgl. L. A. Bezyminskij: Razgadanie zagadki Trete'ego Rejcha, S. 22–23 ; O. V. Roman'ko: Musulmanskije legiony; S. I. Drobjazko, O.V. Roman'ko: Innostrannye formirovanija, S.361–387
- 37 Major in der deutschen kaiserlichen Armee im Ersten Weltkrieg, Russland- und Orientkenner, Januar–August; 1942 Kommandeur des ersten Turkbataillon (450), 1942–1943 im Kommandostab der Ostbataillone in der besetzten Ukraine, seit Januar 1944 bis März 1944 SS-Obersturmbannführer und Kommandeur des ersten Ostmuslimischen SS-Regiment, nach seiner Ablösung im März 1944 wahrscheinlich von einem SS-Kommando hingerichtet.
- 38 Vgl. Joachim Hoffmann; Kaukasien 1942/43, S. 138–144
- 39 Vgl. Joachim Hoffmann: Kaukasien 1942/42, S., S.137–144
- 40 Oberländer nahm am 9. November 1923 am Hitlerputsch teil, gehörte dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, seit 1933 NSDAP, SA-Obersturmführer und Direktor des Instituts für Osteuropäische Wirtschaft, seit 1937 Mitglied der Abwehr, 1937–1945 Professor für Osteuropäische Wirtschaft (Königsberg, Greifswald und Prag), Juni 1941 leitender Offizier in der Divisions- und Terrorgruppe »Nachtigall« (Legion Ukrainischer Nationalisten), bis 1946 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft, 1948 Mitglied der FDP, 1953–1960 CDU-Bundesminister für Heimatvertrieben, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, von der DDR 1960 zu lebenslanger Zuchthausstrafe wegen Kriegsverbrechen in Abwesenheit verurteilt (1993 vom Landgericht Berlin aufgehoben, 1998 vom CDU-Ehrengericht posthum vollständig entlastet), bei der Bundestagswahl verfehlte er als Kandidat der niedersächsischen Landesliste den Wiedereinzug in den Bundestag, rückte jedoch als Nachfolge 1963 nach (bis 1965), 1981 Mitunter-
- zeichner des Heidelberger Manifestes gegen weitere Zuwanderung nach Deutschland. Auszeichnungen: Goldenes Parteiabzeichen der NSDAP, Großer Bundesverdienstorden mit Stern und Schulterband, Bayrischer Verdienstorden (1986).
- 41 Vgl. Joachim Hoffmann: Kaukasien 1942/43, S.102–130
- 42 Offizier der kaiserlichen Armee und Reichswehr (1919), 1939–1942 Kommandeur des 8.Armeekorps der Wehrmacht, 1942–1944 und Kommandeur der im Generalgouvernement organisierten Ostlegionen, Juli 1944–Mai 1945 Kommandeur der 162. Turkestanischen Infanteriedivision (Generalleutnant), 1945–1947 englische Kriegsgefangenschaft
- 43 Joachim Hoffmann: Die Ostlegionen 1941–1943, S.37–39; O. Roman'ko: Sovetskij legion Gitlera, S. 360–363
- 44 Der einer Beamten- und Kaufmannsfamilie entstammende von Niedermayer schlug eine militärische Laufbahn ein, die ihm zugleich ein Studium ein Studium der Naturwissenschaften, Geografie und der iranischen Sprachen und Studienreisen durch Persien und Indien ermöglichte. Im Ersten Weltkrieg unternahm er im Auftrag der Obersten Heeresleitung unternahm er Expeditionen nach Afghanistan und übernahm Kommandos bei den deutschen Truppen im Nahen Osten. 1919 gehörte er dem Freikorps Epp an und war bis 1921 Adjutant von Reichswehrminister Otto Gebl. 1928–1932 leitete N. im Auftrag von Reichswehrminister Kurt von Schleicher die drei Projekte der geheimen deutsch-sowjetischen militärischen Zusammenarbeit (Flugzeug- und Panzerbau, chemische Kampfaffen). 1933 tritt er in NSDAP ein, scheidet als Oberstleutnant aus dem aktiven Reichswehrdienst aus und wird Dozent für Wehrgeographie und Wehrpolitik an der Uni Berlin. 1937 übernimmt er die des Instituts für allgemeine Wehrlehre an der Berliner Uni. N. leitete von September 1942 bis Mai 1944 den Aufbau und den Einsatz der in der Ukraine aufgestellten der Ostlegionen. Am Kriegsende wird er von der Roten Armee verhaftet und zu 25 Jahren Haft verurteilt. 1948 starb er infolge einer Tuberkulose in der Strafanstalt Vladimir.
- 45 Vgl. Oleg Roman'ko: Sovetskij Legion Gitlera, S.363–369; J. Hoffmann, Kaukasien 1942/43. Karte 2 Dislokation der nationalen Ostlegionen
- 46 Vgl. Joachim Hoffmann: Kaukasien 1942, S.
- 47 Insgesamt gab es neben den Feldbataillonen der Ostlegionen noch 202 Kompanien aus nationalen Kollaborateuren (111 turkestanische, 30 grusinische, 22 armenische, 21 aserbajdschanische, 15 wolgauraltatarische und 3 nordkaukasische)
- 48 Das auf der niederländischen Insel Texel seit Januar 1945 stationierte 822 georgische Feldbataillon »Königin Tamara« (900 Georgier und 200 deutsche Führungsoffiziere, Kommandeur Major Klaus Breitner) meuterte unter Führung der Leutnants Šalva Loladze und Nikolos Melikija am 5. April 1945 gegen die Wehrmacht. Die Aufständischen töteten über 200 deutsche Besatzer wie auch georgische Kollaborateure und hielten Texel bis zum 20. Mai 1945 unter ihrer Kontrolle
- 49 Vgl. https://ru.wikipedia.org/w/index.php?title=Vostocnye_legiony&oldid=97743646, aufgerufen, aufgerufen 27. April 2019 ; I. A. Giljazov: Legion »Idel'-Ural«, S.118
- 50 I. A. Giljazov: Legion »Idel'-Ural«, S.118, S.171–204

Juden aus Polen

Drei Lebensläufe

Vorbemerkung

Umstandshalber beschlossen Mitarbeiter des Vereins zur Vorbereitung einer Stiftung Scheunenviertel Berlin um 1989, sich ein neues Arbeitsfeld zu erschließen, das gute Aussichten auf Förderung versprach. ABM hier damals das Zauberwort, das Aussicht auf die Unterstützung vom Arbeitsamt versprach. Dr. Hermann Simon, damals Direktor des Centrums Judaicum, befürwortete unseren Antrag, die Geschichte der Berliner Juden im Zentrum Berlins vom Kaiserreich bis zum Jahre 1945 nachher zu untersuchen. Die Stichworte »Berliner Scheunenviertel« und »Ostjuden« versprachen gute Aussichten, dass das Projekt tatsächlich gefördert wurde. Bald merkten wir, dass wir uns zu viel vorgenommen hatten. Deshalb grenzten wir unsere Recherchen auf zwei Aspekte ein. Familienbiografische Studien zu den Lebenswegen von Juden, die zeitweise in Berlins Mitte lebten. Soziologisch-geografische Untersuchungen der Lebensräume von »Ostjuden« aus Polen, die einst im sogenannten Berliner Scheunenviertel lebten. Aus diesen Forschungen soll hier an drei Biografien erinnert werden, die mit der Geschichte Polens in besonderer Weise verbunden waren.

1.

Emanuel Spiras Großeltern besaßen in der Grenadierstraße 16 (heute Almstadtstraße 23) seit 1908 eine koschere Weinhandlung.^[1] Das Haus steht noch. Bei einem Besuch 1996 in Berlin zeigte mir Emanuel Spira das Haus. Als sein Großvater starb, ging das Geschäft weiter. Wie das Berliner Telefonbuch ausweist, existierte 1938 die Weinhandlung Fertig noch. Erst im Februar 1942 wurde die Firma aus dem Berliner Handelsregister gelöscht. Da lebten die meisten Mitglieder der weitverzweigten Familie Spira in Angst wieder in Polen, wo sie hergekommen und wohin sie von den Nationalsozialisten wieder abgeschoben worden waren. Wieder in Polen ansässig wurde die Familie Spira, durch die Teilung Polens zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1941, im Gefolge eines Geheimabkommens getrennt. Emanuel und einer seiner Brüder gelangten in

den nun sowjetischen Teil des Landes. Bei ihrer Verhaftung konnten die beiden Jungen nur Ausweispapiere in deutscher Sprache vorweisen, schließlich waren sie in Berlin geboren worden. Als deutsche Spione verdächtigt, kamen sie in ein Kriegsgefangenenlager nach Sibirien. Emanuel Spira lernte dort im Akkord Bäume zu fällen und auf das Längenmaß für Eisenbahnschwellen zuzuschneiden. 1939 änderte sich der Status der inhaftierten Polen. Sie wurden aus der Gefangenschaft entlassen. Die meisten von ihnen wurden Angehörige neuer polnischer Militärverbände, die in der Sowjetunion aufgestellt wurden. Emanuel Spira wollte in die Armee des Generals Anders eintreten, doch das wurde ihm anfangs verwehrt. Wir nehmen keine Juden auf, hieß es. Erst die persönliche Intervention eines älteren Mannes, der nun die Uniform eines Oberst der neuen polnischen Armee trug, änderte das. »Der Jude wird aufgenommen. Er hat mir im Lager in Sibirien das Leben gerettet.« Emanuel Spira hat es nach dem Krieg vermieden über das Leben in Hitlerdeutschland, Polen und Sibirien zu berichten. Erst als ein Enkel über »das Leben früher in Deutschland« einen Schulaufsatz schreiben musste, erzählte der Opa über diese Zeit.

2.

Als Student wohnte ich in Leipzig zur Untermiete bei **Ella Wittmann**. Sie hatte Auschwitz überlebt und engagierte sich in der Leitung der Jüdischen Gemeinde des Bezirks. Der Vorsitzende der Gemeinde war der bekannteste Toilettenmann der Stadt, **Eugen Gollomb**. Dieser war als Antifaschist ein in Leipzig hochangesehener Mann. [2] Nach 1945 war er aus Polen gekommen. In Polen hatte er in den Reihen der Partisanen gekämpft, war dort aber als Jude nur mit Mühe aufgenommen worden. Gollomb fühlte sich mit dem antifaschistischen deutschen Staat verbunden. Gekränkt hat ihn allerdings die behördliche Entscheidung, ihn in der DDR nicht als Kämpfer gegen den Faschismus einzustufen, sondern nur als Opfer nationalsozialistischer Willkür. Dies wurde damit begründet, dass er nicht in Deutschland, sondern im Ausland gegen die Nationalsozialisten opponiert hatte. In seiner

Funktion an der Spitze der Leipziger jüdischen Gemeinde äußerte sich Gollomb immer wieder gegen Pressebeiträge, in denen auf politische Aktivitäten des Staates Israel Bezug genommen wurde und die in der DDR lebenden Juden pauschal für diese Politik verantwortlich gemacht wurden. Er hielt solche Artikel für politisch falsch und nannte sie antisemitisch. Diese Meinung vertrat er auch unverblümt öffentlich gegenüber SED-Funktionären. Im Unterschied zu anderen Funktionsträgern jüdischer Gemeinden in der DDR sah er sich wegen der politischen Debatten nicht veranlasst, seinen Standpunkt aufzugeben oder gar einen Grund dafür die DDR zu verlassen. Näheres über Gollombs Lebensweg und seine politischen Auseinandersetzungen in der DDR erfuhr ich nicht von Ella Wittmann, sondern las darüber in einem Buch. Es hatte den bezeichnenden Titel »Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR«.^[2] Das 1987 erschienene Buch versammelte 30 Interviews wenig bekannter und einiger prominenter jüdischer DDR-Bürger, darunter ein Interview mit Eugen Gollomb. Die Archäologie der DDR^[2] war als Oral Historie Projekt unter Leitung von Lutz Niethammer entstanden, eine in der DDR damals noch wenig bekannte Methode historischen Forschens wurde demonstriert. Das Projekt war doppelt interessant, aus prinzipiellen methodischen Gründen und weil es westdeutschen Historikern erlaubt wurde, solch tiefe Einblicke in den Alltag der DDR zu dokumentieren. Über die Erkenntnisse des Buches wurde seinerzeit im Bertolt-Brecht-Haus in Berlin freimütig^[2] und kontrovers diskutiert. DDR-Historiker sahen in diesem Buchprojekt ein verheißungsvolles Zeichen unverkrampfter deutsch-deutscher Gesellschaftsanalyse. Dies war ein Anfang, der nach 1989 rasch unter dem Verdikt des »verordneten Antifaschismus« in der DDR nicht mehr für Diskutierens wert gehalten wurde. Eine verpasste Chance, an die heute anzuknüpfen wäre.

3.

Der Jungkommunist **Karl Kormes** ^[3], der in Berlin-Mitte aufgewachsen war, wurde 1933 aus politischen Gründen eingesperrt. Wieder in Freiheit wurde er als staatenloser Jude nach Polen abgeschoben. Mit Gelegenheitsarbeiten schlug er sich durch, verkaufte Heringe, später Schuhe. Als in Spanien 1936 der Bürgerkrieg ausbrach, wollte er dort hin, um gegen den Faschismus gemeinsam mit Gleichgesinnten aus aller Welt zu kämpfen. Er wurde Angehöriger in den Internationalen Brigaden. Nach seiner späteren Internierung in Frankreich

war Karl Kormes dann Angehöriger der amerikanischen Streitkräfte. Nach dem Krieg wurde diese Tatsache ihm als SED-Mitglied als Makel angekreidet. Bei Parteiüberprüfungen sorgte erst die persönliche Bürgschaft von Heinrich Rau, Außenhandelsminister der DDR und ebenfalls Spanienkämpfer, dafür, dass Kormes rehabilitiert wurde. Er wurde Botschafter der DDR in Bolivien. Viele DDR-Bürger verdanken ihm ihre ersten Bananen. Karl Kormes war in der DDR zudem politisch aktiv in der Organisation der ehemaligen Spanienkämpfer tätig. Nunmehr als voll vertrauenswürdig eingestuft, erhielt er bei Bedarf Zugang zu vertraulichen Personalakten des ZK der SED. Einmal, so erzählte er mir, fand er in der Akte über einen Kameraden einen nicht unterzeichneten undatierten Zettel, auf dem stand: »Unsicherer Kantontist, ist Jude.« Das war einer der wenigen Momente, wo Karl Kormes nachdenklich wurde, ob die sozialistische Klassenposition gegenüber Juden in der DDR immer vorbehaltlos gültig war.

Dr. Horst Helas

-
- 1 Siehe: Die Grenadierstraße, S. 87–93: Juden in Berlin-Mitte. S.84–91
 - 2 Siehe: Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Reinbek 2000..
 - 3 Siehe: <https://www.helle-panke.de/de/topic/7.antiquariat.html?productId=17058>

Wieder gelesen: Die Weltbühne

XXVIII. Jahrgang 3. Mai 1932 Nummer 18:

Ein runder Tisch wartet von Carl von Ossietzky

Die preußischen Wahlen haben der NSDAP keine absolute Mehrheit gebracht, wohl aber ist der Abstand, der sie davon trennt, so gering, daß er nur als Anreiz wirken kann, den Sturm so bald wie möglich wieder aufzunehmen. Die Regierung der weimarer Koalition hat eine ehrenvolle Niederlage erlitten, aber die Niederlage ist unleugbar. Unter den vielen Ratschlägen, mit denen Otto Braun in diesen Tagen „bedacht“ wurde, ist der schlimmste, sich mit dem bisherigen Kabinett wenigstens geschäftsführend zu behaupten, bis der liebe Gott es wieder anders beschlossen hat. Auch in der Politik bevorzugt der liebe Gott die stärkern Baillone.

Mit Recht betont die »Frankfurter Zeitung«, daß eine von Parlament oder Verfassung sanktionierte Geschäftsführung Treuhänderschaft bedeutet. »Eine geschlagene Partei muß, wenn ihre Führer im Amt bleiben, nach diesem Grundsatz verfahren. Wird dagegen verstoßen, so wird sich das bei der nächsten Wahl bitter rächen.« Eine Regierung, deren Autorität soeben durch einen erheblichen Mißerfolg beeinträchtigt wurde, kann nicht gegen eine Partei regieren, die 37 Prozent der Wählerschaft umfaßt. Da die kommenden Monate wahrscheinlich wieder starke politische und wirtschaftliche Eingriffe erforderlich machen müssen, die Krise aber weiter wachsen und Regieren manchmal nur in diktatorischer Form möglich sein wird, so können die 37 Prozent bei einer Neuwahl im Herbst sehr wohl auf 52 Prozent anschwellen. Welche parlamentarischen Möglichkeiten gibt es heute noch in Preußen?

- a) Das Kabinett Braun bleibt mit geschäftsführendem Auftrag;
- b) Zentrum und Nazis bilden eine Koalition;
- c) die Regierung Braun-Severing stützt sich, auf die parlamentarische Hilfe der Kommunisten;
- d) die Sozialdemokratie läßt die Bürgerparteien, unter sich und bildet mit den Kommunisten einen Oppositionellen Arbeiterblock.

Wir halten nur c und d für diskutabel, b geht ausschließlich die zwei beteiligten Parteien an, a bürdet der Sozi-

aldemokratie eine Last auf, die sie nicht mehr tragen kann und die sie auch nicht mehr tragen sollte.

Die Nazis, die früher über das Reich in Preußen einbrechen wollten, rüsten jetzt, das Reich von Preußen her zu nehmen. Ob die Verständigung mit dem Zentrum gelingen wird, läßt sich nicht voraussagen. Indessen fehlt es bei beiden weder am besten Willen zur Zusammenarbeit noch zum gegenseitigen Betrug. In der Nachbarschaft der Reichsregierung gibt es auch einige unternehmungslustige Köpfe, die der Meinung sind, das Reich täte am besten, nach dem Fehlschlagen der parlamentarischen Lösungen, Preußen durch einen dazu bestellten Kommissar, etwa Stegerwald, in Zwangsverwaltung zu nehmen. Unter dem Stichwort »Reichsreform« könnten Finanzen und Polizei dem Reich einverleibt werden, in der leeren Hülse, die dann noch bleibt, mag Gregor Straßer, den Drachenkamm des National-Fascismus auf dem Haupte, ruhig als »preußischer Ministerpräsident« Platz nehmen.

Es ist nur fraglich, ob sich die siegreichen Nationalsozialisten ihren Braten so leicht vor der Nase wegschnappen lassen. Und es ist nicht minder fraglich, ob das Zentrum, so verlockend es ihm auch scheinen mag, wenigstens vorübergehend Preußen unter eigne Regie zu bringen, schließlich nicht doch vor einem Wagnis zurückschreckt, dessen Mißlingen nicht auf die Partei sondern auch auf den ganzen deutschen Katholizismus zurück wirken müßte. So ist es viel wahrscheinlicher, daß das Zentrum sich eher dazu verstehen wird, die in Preußen zu schaffende Konstruktion auf das Reich zu übertragen, dessen gegenwärtige Regierung ja nicht nur im Innen- und Außenressort Provisorien aufweist, sondern auch einige Minister mit sich schleppt, deren Parteigrundlage durch die Preußenwahlen völlig fiktiv geworden ist. Wen vertritt zum Beispiel der Treviranismus, der Volkskonservativen? Was Herr Dietrich aus Baden außer seinem Defizit? Wen oder was Herr Martin Schiele, exmittiert bei Hugenberg, verzankt mit seinen Grünen?

Die alte Weimarer Koalition besteht nicht mehr. Das Zentrum ist im Abmarsch begriffen, die bürgerlichen Zwischenstufen sind dahin. Die Sozialdemokratie ist außen abgeschabt, jedoch im Kern intakt. Sie hat verloren aber sich noch immer mit Bravour geschlagen. Auch die Kommunisten brüten über einer Verlustliste. Auch sie sind im Kern unversehrt, aber ihre Außenposten kleinbürgerlich randalierender Mitläufer sind zu Hitler übergelaufen.

Trotzdem sind, die Kommunisten das geworden, wovon der alte Liberalismus und seine durch eine erfolgreiche Nacht mit dem Jungdo kompromittierte Witwe, die Staatspartei, lebelang geträumt haben: der Dritte, auf den es ankommt. Die parlamentarische Zukunft Preußens hängt von den Kommunisten ab. Unter diesen Umständen haben einige Blätter plötzlich ihr Herz für die KPD entdeckt und ihr ebenso freundlich wie naiv zugeredet. Das heißt eine richtige Sache verkehrt anpacken. Es geht nicht an, die Kommunisten jetzt plötzlich als ein vorübergehend abhanden, gekommenes Anhängsel der Koalition von Weimar behandeln zu wollen, nachdem man jahrelang in ihnen nicht mehr gesehen hat als eine Kolonie für Galgen und Rad, gut genug, vom Vierten Strafsektor ihrer natürlichen Bestimmung zugeführt zu werden. Selbst wenn die Kommunisten vorübergehend zu einer parlamentarischen Nothelferschaft gewonnen werden sollten, so müßte auch das von tiefgreifendster Wirkung auf die gesamte Arbeiterbewegung werden. So tragisch die heutige Situation ist, so birgt sie doch ein Glücksgeschenk: wieder stehen die beiden großen sozialistischen Parteien allein da. Die Kommunisten haben ebenso wie die Sozialdemokraten in drei enttäuschungsreichen Wahl Nächten viele Illusionen entschwinden sehen.

Am Tage nach der Wahl erließ die KPD gemeinsam mit der RGO, einen Aufruf, in dem es heißt:

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen! Wir Kommunisten schlagen euch vor: Sofort in jedem Betrieb und in jedem Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen.

Zugleich versicherten, die kommunistischen Blätter feierlich, die Partei denke nicht daran, Preußen an das Hakenkreuz auszuliefern. Und der „Vorwärts“ antwortete darauf gedämpfter, als sonst und verlangte nur Garantien gegen kommunistische Parteigeschäfte unter, der Etikette "Einheitsfront". Niemals war die Gelegenheit zu einer Annäherung der beiden großen sozialistischen Parteien günstiger, niemals aber auch sprach die Notwendigkeit diktatorischer.

Die erforderliche Aussprache darf nicht durch allzu weitgesteckte Ziele verwirrt werden. Die Rote Einheitsfront ist ein pathetisches Sehnsuchtswort, das auf beiden Seiten schon viel Parteiegoismus verdeckt hat, viel Versuche, in den Hürden des Andern zu wildern. Wo zwei Arbeiter sich treffen, mag es seine Wirkung haben, zwei Funktionäre jedoch macht es noch argwöhnischer als sie schon sind. Lassen wir es heute beiseite, denn nicht um die Verschmelzung beider Parteien handelt es sich sondern um ein operatives Zusammengehen zur Verteidigung der Arbeiterklasse.

Eines allerdings muß vorweg von beiden anerkannt werden: Reformismus und Radikalismus sind zwei natürliche, legale Zweige der Arbeiterbewegung. Der eine ragt in die Zukunft, der andre bedeutet die Gegenwart. Beider Funktionen sind lebenswichtig. Und beide laufen heute unmittelbar Gefahr, Gegenwart und Zukunft zu verlieren und historische Kategorien zu werden. Denn in dieser Epoche, das muß mit, aller Schärfe gesagt werden, liegt die Initiative nicht mehr bei der Arbeiterbewegung, weder bei ihrem reformistischen noch bei ihrem revolutionären Flügel. Die Sozialdemokratie ist mit ihren opportunistischen Kniffen ebenso mit ihrem Latein zu Ende wie die KPD mit ihrem Treiben in die Weltrevolution. Primgeiger ist der Fascismus. Die revolutionäre Gärung in Deutschland rührt nicht von einer um Aufstieg kämpfenden Arbeiterschaft her sondern von einem Bürgertum, das sich gegen sein Versinken krampfhaft zur Wehr setzt. Mitten im fallenden Kapitalismus befindet sich die Arbeiterschaft in der Defensive. Das ist die größte Überraschung dieser Phase, und das allein muß die Haltung und die Wahl der Mittel bestimmen.

Es wird nicht leicht sein, die Sozialisten aller Richtungen auch nur diskutierend zusammenzubringen. Sie haben sich viel angetan, und ein Generalpardon ist notwendig. Bei allen Beteiligten ist die Feindschaft traditionell geworden, gleichsam Ehrensache. Alles ist in umfangreichen, archivartig verschachtelten Gedächtnissen mit schrecklicher Genauigkeit aufbewahrt. Alle Ause-

nersetzungen im Sozialismus leiden unter diesen fürchterlichen, geschulten Gedächtnissen. Jede Irrung des Andern, mag sie jahrealte sein, ist mit glühender Nadel in Hunderttausenden von Hirnrinden eingeritzt und brennt dort weiter. Mauern von Papier türmen sich zwischen Gutgewillten.

Es kommt nicht mehr darauf an, Recht zu behalten sondern sämtliche Teile der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft vor der Vernichtung zu retten. Wollen wir antiquierte Schlachten weiterführen, wo der Raum, in dem wir leben, immer enger wird? Wo wir immer mehr zusammen gepreßt atmen müssen, wo riesenhohe Wände, von unsichtbarem Mechanismus bewegt, immer näher rücken? Es geht nicht mehr um Programme und Doktrine, nicht mehr um »Endziele« und »Etappen«, sondern um den technischen Fundus der Arbeiterschaft, ihre Presse und Gewerkschaftshäuser, und schließlich um ihr lebendes Fleisch und Blut, das hoffen und vertrauen und kämpfen will.

Ich frage euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aus-

sprache haben? Wird man euch das morgen noch erlauben?

Was sich zwischen euch, aufgebaut hat, ich ignoriere es nicht. Ich kenne es besser als irgend ein Anderer. Denn ich habe in diesen Jahren von beiden Seiten Schläge erhalten.

Wenn eure Parteien sich nicht zu dem allein dem Augenblick entsprechenden rettenden Schritt entschließen können, wenn, Vergangenheit noch einmal die dürrer Hände reckt, um die Gegenwart zu würgen, dann muß es gute Mittler geben, Parteilose, über jeden Zweifel erhaben, im Trüben fischen zu wollen, nichts für sich wünschend, für den Sozialismus alles. Sie müssen das erste Zusammentreffen in die Wege leiten.

In diesen Tagen steht das Schicksal aller deutschen Sozialisten und Kommunisten zur Entscheidung. Wenn man ihre Zeitungen sieht, spürt man davon nicht viel. Der alte Krieg geht weiter. Und dennoch sind Worte, gesagt worden, die nicht leicht verhallen können, und dennoch steht irgendwo ein runder Tisch und wartet.

Männer von Ehre?

Rezension

Der Ferdinand Schöningh Verlag brachte 2018 mit »Männer von Ehre?« ein Buch heraus, in dem der Autor Jens Brüggemann, die Nürnberger Prozesse (1945/46) gegen die Wehrmachtsgeneralität aufrollte. Der Leser erfährt dank neuer Quellenfunde und der Schreibearbeit des Historikers viel Neues. Dennoch kommt er nicht umhin, mehrfach auf Defizite in der Quellenlage hinzuweisen. Das mag erstaunen, ist aber Brüggemann nicht vorzuwerfen. Im Gegenteil – die zahlreichen Anmerkungen, ein Dokumentenanhang mit Verhören und ein Register lassen auf eine unheimliche Fleißarbeit schließen. Belegt ist allerdings, einer der Angeklagten, Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, beklagte sich angesichts seines aus seiner Sicht geringen täglichen Verpflegungssatzes im Internierungslager von ca. 2900 Kalorien. Wenn man weiß, das dieser »ritterliche« Typ als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord militärisch für die Leningrader Blockade verantwortlich war, deren Einwohner am Tag irgendwann nur 200 Gramm Brot und weniger blieben, das auch noch gestreckt oder z. B. mit Zellulose versetzt war ... Soviel Unrechtsbewusstsein muss einem doch übel aufstoßen. Einen entsprechenden Handlungsfaden haben die angeklagten Generäle mehr oder weniger den gesamten Prozess durchgezogen. Sein Material bestand aus Leugnung, Rechtfertigung, Ausflüchten, oder Rückzüge auf den soldatischen Gehorsam. Zudem schob man oft vor als Militär unpolitisch zu sein. Demnach wäre jeder Krieg ein politikfreier Raum – Schwachsinn!

Was die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und wegen der Führung von verbrecherischen Angriffskriegen angeklagten Wehrmachtsgeneräle in den Nürnberger Prozessen zum Teil versuchten, ließ ihnen der Historiker Brüggemann in seinem Buch nicht durchgehen. Er greift den den schon damals kultivierten Mythos von einer »sauberen Wehrmacht« an, wonach sie nicht in die Nazi Verbrechen verstrickt gewesen sein wollte. Nicht einmal vom Kommissar – Befehl und dessen Ausführung wollten manche nicht gewusst haben. Als es nicht mehr zu leugnen war, mühte man sich gegen seine Umsetzung aktiv geworden zu sein. So verhalten sich ertappte (gewöhnliche) Straftäter. Beim Kriegsgerichtsbarkeitserlaß

verhielt es sich ähnlich. Da hieß es unter 1.; »Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.«

Das geschriebene Wort des Autors gewährt dem Leser, ihm mitunter bis heute verborgene Innenansichten über diese – generalisierten – Prozesse, liefert Charakterstudien über Prozessbeteiligte, bietet Antworten, er muss aber auch einige Fragen offen lassen. Wie schon gesagt, nicht die Schuld von J.B.. Und es mindert auch nicht den Erkenntnisgewinn des Werkes, dessen Verfasser mit seiner Studie über die Wehrmachtsgeneralität an der Helmut-Schmidt-Universität den Doktor Grad erlangte.

Zwei zentrale Figuren waren die beiden Generalfeldmarschälle Wilhelm Keitel, der als Chef des OKW fungierte und Erich von Manstein, der u. a. als Befehlshaber einer Heeresgruppe dem Kriegshandwerk nachging. Beides sehr unterschiedliche Männer, denen ihre Lebensläufe ganz unterschiedlich, die Karten gelegt hatte. Während Keitel »zu Höheren« berufen, in Nürnberg am Galgen endete, durfte von Manstein nach einigen Jahren der Haft 1973 in Frieden sterben, nicht ohne vorher mit »Verlorene Siege« seine militärische Vergangenheit schön geschrieben und der Bundeswehr bei ihrem Aufbau beratend zur Seite gestanden zu haben. Keitel hatte halt das Pech, das die schwerwiegendsten Beweise, die die Anklage vorbrachte, Befehle und Weisungen waren, die von ihm unterschrieben waren. Hingegen kam von Manstein, obwohl in seinem Operationsgebiet auch Kriegsverbrechen geschahen (Massenerschießungen von Juden) mit ein paar Jahren Gefängnis davon. Vielmehr stellte sich dieser in einer Denkschrift gegen seinen alten Kameraden. In ihr schrieb er unter anderem: »er (Keitel) habe seit 1938 in scharfem Gegensatz zum OKH und den meisten höheren Führern gestanden, sondern auch, er sei zu völliger Hörigkeit gegenüber Hitler herabgesunken und in seinem Denken kein Offizier mehr gewesen.« So der große Stratege Erich von Manstein – dessen Teilnahme an einem Vernichtungs- und Raubkrieg an exponierter Stelle, nach seiner Logik, eines Offiziers würdig gewesen sein dürfte.

Soweit nur zwei exemplarische Fallbeispiele, die sicher noch weiter zu ergänzen und um andere zu erweitern wären. Zu groß war jedoch die Liste der Angeklagten, zu vielfältig ihr Verhalten vor Gericht und das ihrer Verteidiger. Zu komplex das Tatgeschehen, die individuelle Schuld und ihr Umgang damit. Besonders der letzte Punkt ließ für die Zukunft nichts Gutes erahnen. Denn Brüggemann musste konstatieren, die angeklagten Spitzenmilitärs der geschlagenen Wehrmacht wussten in Kollaboration mit ihren Anwälten, die Nürnberger Prozesse als Bühne für ihre öffentliche Selbstdarstellung zu nutzen. Eine Sonderrolle sollte hier dem Verteidiger von Keitel, Dr. Otto Nelte zukommen. Dieser hielt später Vorträge vor der Deutschen Friedensgesellschaft und distanzierte sich von seinem früheren Mandanten und seinem Tun recht deutlich. Dominiert hat jedenfalls, das es der überlebenden alten Wehrmachtselite und ihren geistigen Verbündeten gelang, eine Geschichtsdeutung durch zu setzen, nach der Wehrmacht nicht in Verbrechen verwickelt waren. Somit war wohl auch für Wehrmachtsskader der Weg frei für teils hohe Dienststellungen in Bundeswehr und in der NATO. In Schriftform versuchten sich die uniformierten Führungsfiguren von Hitlers Gnaden zu rehabilitieren und vor Geschichte freizusprechen. Von Manstein, Guderian, Halder,

Warlimont ... Mitschuldig an dieser geschichtspolitischen Fehlentwicklung macht der Historiker, auch das Internationale Militärtribunal selbst, das es nicht vermocht hat, »ein vergleichbar klares und eindeutiges Bild über die Verbindung der Wehrmacht und ihrer Führung zu den Verbrechen des Krieges zu zeichnen, wie ihr das etwa bei der SS gelungen war (...)« (J.B.).

Dieses Buch dürfte nicht nur für historisch, sondern auch für politisch Interessierte von Nutzen sein, um sich alten Bedrohungen gegenüber zu wappnen, die nun im neuen Gewand wieder ihre Auferstehung feiern. Obwohl – ganz weg waren sie nie.

René Lindenau

Männer von Ehre?

*Ferdinand Schöningh Verlag,
631 Seiten, 39,90 Euro,
ISBN: 978-3-5606-79259-4*



ZUM GEDENKEN AN, NACHRUF

Ich trage einen bekannten Namen

Ulli Lamberz

Ich war wohl nicht der erste oder der letzte, der Ulli nach einem anderen Träger dieses Nachnamen fragte. Ja, das Mitglied des Politbüros der SED Werner Lamberz ist Ullis Vater. Wie andere heute links Engagierte – etwa Martin Schirdewan – hat Ulli Lamberz es wohl gelernt, auf Fragen nach seinem berühmten Verwandten souverän zu reagieren. Sehr angenehm war es für mich, wenn man in der gemeinsamen politischen Arbeit mit Ulli rasch zur Sache kommen konnte, das Biografische in den Hintergrund rückte. Meinerseits war es dabei wohl auch hilfreich, in der PDS nicht nach Ullis Studienort zu fragen: Moskau, IMO. Das ist die Diplomatenhochschule, an der auch Gromyko einst studierte. Für DDR-Bürger war es nicht einfach, am IMO einen Studienplatz zu erhalten. Wer einen solchen Platz erhielt, war wohl privilegiert. In meiner Zeit im Zentralrat der FDJ hatte ich auch mit den IMO-Studenten zu tun. Da gab es solche und solche. Jeder der sich nach dem Herbst 1989 weiter zur »SED-Nachfolgepartei« bekannte, war ein Genosse wie andere auch. Da fand ich es als

sehr angenehm, dass ich mit Ulli unkompliziert verkehren konnte. Als kenntnisreicher Mitarbeiter der Europa-Abgeordneten Sylvia-Yvonne Kaufmann lernte ich ihn kennen und hatte auch keine Schwierigkeiten Ulli als Referenten zu »linker« Europapolitik der PDS für ein Gespräch in unsere Basisgruppe in Marzahn zu gewinnen. Über Ullis Anteil an »linker« Europapolitik mögen andere urteilen. Als Historiker kannte ich Eckpunkte der politischen Biografie von Werner Lamberz. Mit Ulli teilte ich die Fassungslosigkeit darüber, dass Werner Lamberz zur Unperson gemacht wurde, in übelster antikommunistischer Art und Weise, das Mitglied des Politbüros der SED {entsorgt} wurde. Gegenwärtig ist ein differenzierterer Umgang mit DDR-Geschichte und damals auch mit der Bewertung damals handelnder Persönlichkeiten zu beobachten. Ulli wäre ein guter Partner für souveränen Umgang mit Geschichte. Auch in dieser Hinsicht fehlt uns Genosse Ulli Lamberz.

Dr. Horst Helas

Sanktionen bis zum Tod*

Der Europäische Rat¹ hat seine »einseitigen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen« (Sanktionen) gegen Syrien um ein weiteres Jahr bis zum 1. Juni 2020 verlängert. Die Maßnahme stehe »im Einklang« mit der EU-Syrien-Strategie,² hieß es in einer Presseerklärung. Die Gewalt des »syrischen Regimes« gegen die Zivilbevölkerung dauere an, die EU dagegen setze sich für eine »dauerhafte und glaubwürdige politische Lösung des Konflikts in Syrien gemäß der Resolution 2254 des UN-Sicherheitsrats und des Genfer Kommuniqués von 2012« ein.

Die EU-Sanktionen beinhalten demnach ein Erdölexportbargo, Investitionsverbote, das Einfrieren der in der EU gehaltenen Vermögenswerte der syrischen Zentralbank, Ausfuhrbeschränkungen für Ausrüstung und Technologie, die zur internen Repression verwendet werden können, sowie für Ausrüstung und Technologie zur Überwachung oder zum Abhören des Internets und von Telefongesprächen.

270 Personen und 70 Unternehmen seien aktuell von den Strafmaßnahmen betroffen hieß es. Fünf Personen und ein Unternehmen seien von der Liste gestrichen worden. Grund dafür ist, dass die fünf Personen gestorben und das Unternehmen aufgelöst worden sei.

Ob die UN-Kritik an den Sanktionen gegen Syrien berücksichtigt wurde ist unklar. Unklar ist auch, wer genau die Entscheidung getroffen hat und ob dabei die Kritik verschiedener UN-Gremien an den Auswirkungen der Sanktionen berücksichtigt wurden.

Der UN-Sonderberichterstatter über die Auswirkungen von Sanktionen, Idriss Jazairy, hatte bereits im vergangenen Jahr (2018) nach einem Besuch in Syrien erklärt, jeder einzelne Syrer und auch die Arbeit der Hilfsorganisationen seien von den Strafmaßnahmen betroffen. Nur wenige Tage nach seiner Erklärung verlängerte der Europäische Rat die Sanktionen bis zum 1.6.2019. Und nun wurden sie um ein weiteres Jahr bis zum 1.6.2020 verlängert.³

Stanislav Grosbic, Vorsitzender der tschechischen Parlamentariergruppe »Freundschaft mit Syrien« erklärte gegenüber der Syrischen Nachrichtenagentur SANA in Prag (14.5.2019), Ziel der Strafmaßnahmen sei es, den Wiederaufbau in Syrien und den Kampf gegen noch aktive Terroristen in Syrien zu behindern. Mit den Sank-

tionen unterstütze die EU de facto die Terroristen in Syrien, wurde Grosbic von SANA zitiert. Die Strafmaßnahmen belasteten nicht nur Syrien sondern auch EU-Staaten. Syrien wende sich von der EU ab und nehme wirtschaftliche Beziehungen mit Russland, China, Indien und anderen Staaten auf.

Sanktionen und Hilfe – Zwei Seiten einer Medaille

Ein Blick auf die Webseite des Auswärtigen Amtes, Stichwort ‚Außenpolitik, Lage in Syrien‘ zeigt, dass die aktuelle Entscheidung in Brüssel dort keine Meldung wert ist. Stattdessen findet man ein ‚Factsheet Syrien« in dem über »Hilfe für Syrien und seine Flüchtlinge« aufgeklärt wird. Datum des ‚Factsheet‘ ist Februar 2018, das ist mehr als ein Jahr her.⁴

Die humanitäre Hilfe hat sich demnach von 52 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 720 Millionen Euro im Jahr 2017 erhöht. 44% dieses Geldes gingen 2018 nach Syrien, der Rest in die Nachbarländer und in die Region.

Zusätzlich zur humanitären Hilfe wird Geld für die »Stabilisierung« zur Verfügung gestellt. Waren es im Jahr 2013 noch 59 Millionen Euro verringerte sich die jährliche Summe rapide in den Jahren 2014 und 2015 und lag 2017 wieder bei 41 Millionen Euro. Interessant ist die Erläuterung, die das Auswärtige Amt für die so genannte Stabilisierungshilfe gibt:

»STABILISIERUNG

Das Auswärtige Amt unterstützt politische Prozesse in Krisensituationen, um die Lösung von bewaffneten Konflikten zu fördern. Oft wird dabei eine Zentralregierung unterstützt wie im Irak, oder aber eine gemäßigte Opposition wie in Syrien. In Syrien wird beispielsweise mit den Mitteln für Stabilisierung der syrische Zivilschutz – die Weißhelme – mitfinanziert und es werden Verwaltungsstrukturen erhalten, damit in Abwesenheit des syrischen Staates kein völliges Vakuum entsteht. In Irak und Libyen wird etwa nach der Befreiung vom sogenannten Islamischen Staat möglichst rasch dafür gesorgt, dass unter anderem die Strom- und Wasserversorgung wieder funktioniert, damit Binnenvertriebene in ihre Heimatorte zurückkehren können und für die Menschen eine Friedensdividende spürbar ist.«

Große Summen flossen in die »Stabilisierung« durch den Aufbau von Verwaltungsstrukturen in Idlib, heute wird das Gebiet überwiegend von Hayat Tahrir Al Sham (HTS), der Al Qaida-nahen »Allianz zu Eroberung von Syrien«, ehemals Nusra Front kontrolliert. Und nach der »Befreiung« von Rakka versprach der damalige Außenminister Siegmund Gabriel der damals von den »Syrischen Demokratischen Kräften« (SDF) kontrollierten Lokalverwaltung 10 Millionen Euro, um Strom- und Wasserversorgung wieder herzustellen und Minen zu entfernen. Die USA schickte »Experten«, um der Zivilbevölkerung beim Aufbau von Verwaltungsstrukturen zu helfen. Vergleichbare Hilfe für den Teil des Landes, der von der syrischen Regierung kontrolliert und von der dort lebenden Bevölkerung als vom Krieg befreit angesehen wird, gibt es – entsprechend der bereits oben erwähnten EU-Strategie zu Syrien 2017« – nicht.

Kriegswirtschaft – Wirtschaftskrieg

In Syrien sieht man den direkten Zusammenhang zwischen den Sanktionen und der »Hilfe«, die über UN- und internationale Organisationen im Land und in den Flüchtlingslagern um Syrien herum verteilt wird. »Warum hindert man uns daran, unser Land nach dem Krieg wieder aufzubauen«, meinten Geschäftsleute, die die Autorin im April in Aleppo traf. »Warum hindert man uns daran, Ersatzteile für unsere zerstörten Maschinen zu kaufen, Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe einzuführen?!« Syrien habe erfahrene Ingenieure, die Häuser bauen könnten, Firmen, die Stromleitungen, Kabel herstellen könnten. »Man hat unsere Fabriken und Maschinen mutwillig zerstört und gestohlen«, fährt ein Geschäftsmann fort und verweist auf die Plünderungen in den 17 Industriezonen in und um Aleppo durch die »Freie Syrische Armee« 2012 und 2013. »Anstatt dass man uns das Land wieder aufbauen lässt, schickt man Hilfsorganisationen, die dafür sorgen, dass die Menschen in den Notunterkünften und Zelten bleiben, dass sie von der Hand in den Mund leben« und gerade genug hätten, um nicht zu sterben. »Wir können alles wieder aufbauen: Häuser, Fabriken, Krankenhäuser. Wir können den Menschen Arbeit geben. Aber Sie lassen das nicht zu!«

Der Zorn der Geschäftsleute ist im ganzen Land zu hören. »Warum kommen keine Touristen nach Syrien«, fragt ein junger Hotelinhaber, der während des Krieges zu den religiös geprägten Oppositionellen hielt. »Der Krieg ist fast vollständig vorbei, wir haben investiert, neue Lampen, Telefone montiert, Teppiche gelegt, gestrichen, neue Bettwäsche und Handtücher gekauft, aber aus Eu-

ropa kommt niemand. Warum?« Er ist erstaunt, zu hören, dass Fluggesellschaften aus Europa Syrien nicht anfliegen dürfen und Versicherungsfirmen Reisegruppen nicht versichern können, wegen der EU-Sanktionen. »Und warum machen sie das«, fragt er ungläubig. »Weil sie den Präsidenten nicht mögen? Aber sie treffen uns damit, den Mittelstand, die einfachen Leute.«

In Aleppo stehen die Autos in langen Schlangen und zwei- bis dreispurig vor den Tankstellen und warten auf Benzin. Die US-Administration hat das ohnehin bestehende Ölembargo im März 2019 weiter verschärft.⁵ Davon ist nicht nur Syrien, sondern auch der Iran betroffen, der seit Jahren Öl und Gas an Syrien liefert, weil der syrischen Regierung der Zugang zu den nationalen Energieressourcen östlich des Euphrat verweigert wird. Erst waren es die »moderaten Rebellen« der »Freien Syrischen Armee«, die die Ölfelder besetzten. Die EU hob das 2011 über Syrien verhängte Ölembargo für diese Gruppen auf, so dass sie Öl sogar bis in die Türkei verkaufen konnten. Auf die »Freie Syrische Armee« folgte der »Islamische Staat im Irak und in der Levante«, der schließlich von den syrischen Kurden mit Unterstützung der US-geführten »Anti-IS-Allianz« vertrieben wurde. Um den innersyrischen Bedarf mit Öl und Gas – das zum Kochen gebraucht wird – zu decken, ließ die Regierung in Damaskus sich auf einen Handel ein. Geschäftsleute kauften Öl von den jeweiligen Besatzern (Freie Syrische Armee, IS, Kurden), um es dann an die Regierung weiterzuverkaufen. Daraufhin warf die syrische Opposition im Ausland Damaskus vor, mit dem »IS« zu kooperieren. Weil ausländische Journalisten in Syrien an den Tankstellen bevorzugt behandelt werden, konnte die Autorin selber zu später Stunde den Andrang beobachten. Um Korruption und Auseinandersetzungen zu verhindern, wird die Verteilung der Benzinrationen – pro Auto 20 Liter alle 5 Tage, pro Taxi 20 Liter als 2 Tage zum staatlich subventionierten Literpreis von 0,50 US-Dollar-Cent – von Vertretern des Stadtrates von Aleppo überwacht. »Sehen Sie genau hin und berichten Sie darüber«, meinte Vize-Gouverneur Mohammad Hamoush, der persönlich an diesem Abend die Tankstelle kontrollierte. »Das haben wir den Sanktionen der USA und ihrer Regierungen in Europa zu verdanken.«

Zerstörung der Gesellschaft

Sanktionen befördern den Schwarzmarkt und so findet man außerhalb der Städte entlang der großen Verbindungsstraßen Jungen, die neben Kanistern sitzen und Benzin zu einem schwindelerregenden Preis von fast

1,50 US-Dollar verkaufen. In Damaskus wurde erstmals offiziell der Verkauf von Benzin zu diesem hohen Preis von der Regierung genehmigt, eine »Ausnahme-maßnahme in einer Ausnahmesituation«. Geschäftsleute erhalten die Genehmigung, Öl und Gas zu kaufen und in Syrien zu verkaufen, wie immer sie es ermöglichen können. Und die Geschäftsleute versuchen zu kaufen. In Jordanien, im Libanon, wo immer sich ein Weg für sie bietet. Kurz darauf wird bekannt, dass der Handelsattaché der US-Botschaft in der jordanischen Hauptstadt Amman der jordanischen Industrie- und Handelskammer einen Besuch abgestattet hat. Sollten die Geschäftsleute daran denken, mit syrischen Geschäftsleuten Verträge im Energiesektor oder auch anderen Bereichen abzuschließen, wolle er sie daran erinnern, dass die USA gegen solche Geschäfte Sanktionen verhängen werde und auch die Gefahr davon betroffen würden. Die Konsequenz: erste Verträge, die jordanische Geschäftsleute mit syrischen Partnern abgeschlossen hatten, werden gekündigt. In Beirut tritt fast zeitgleich der US-Außenminister Mike Pompeo auf und warnt die dortigen Geschäftsleute, keine Geschäfte mit Syrien zu wagen.

Anfang Juli 2019 kapern britische Spezialkräfte den iranischen Supertanker »Grace 1«, der durch die Straße von Gibraltar ins Mittelmeer fährt. An Bord waren rund 2 Millionen Barrel Rohöl geladen, Empfängerland ist unbekannt. Die Briten behaupten, das Öl sei für Syrien bestimmt und solle im kleinen syrischen Hafen Banias entladen werden. Das verstoße gegen die EU-Sanktionen gegen Syrien und müsse unterbunden werden, so die britische Begründung.

Tatsächlich gibt es keine EU-Sanktionen für den Import von Öl nach Syrien, wohl aber für den Export syrischen Öls, der unter syrischer Kontrolle erfolgt.^{6,7} Nicht betroffen davon sind also die Gebiete östlich des Euphrat, die unter Kontrolle der syrischen Kurden und der US-Streitkräfte sind. Der Hafen Banias kommt wohl dadurch ins Spiel, dass die Ladung nach Angaben des Gouverneurs von Gibraltar für die Banias Refinery Company bestimmt gewesen sein soll. Das ist eine staatliche Gesellschaft, die wie viele andere staatliche Einrichtungen Syriens auf der EU-Sanktionsliste steht. Allerdings gilt die EU-Sanktionsliste für europäische Staaten, nicht aber für den Iran. Die Briten handelten – ob freiwillig oder nicht – bei der Festsetzung der »Grace 1« vermutlich auf eine Anforderung der USA.

Syrien verfügt über zwei Erdölraffinerien. Die kleinere liegt in dem Mittelmeerhafen Banias, die zweite, sehr viel ältere liegt bei Homs. Die Hafenanlagen in Banias sind sehr klein und es ist fraglich, ob dort ein Supertanker wie die »Grace 1« gelöscht werden kann. Zudem wurden zu dem Zeitpunkt, zu der Supertanker von den Briten festgesetzt wurde, die Unterseepipelines bei Banias, durch die Öl von Tankern abgepumpt werden kann, durch Sabotage schwer beschädigt und außer Betrieb. Ziel der Sanktionen und Ölembargos von USA und der Europäischen Union ist die Schwächung und Teilung Syriens durch den Westen. Um das Leid abzufedern wird Hilfe an die Bedürftigen verteilt. In Syrien und in den Flüchtlingslagern in der Türkei, Jordanien und Libanon. Sanktionen und Hilfe sind zwei Seiten einer Medaille.

»Sie holen die Menschen aus ihren Häusern und setzen sie in Zelte«, fasst ein Kritiker das humanitäre Engagement von UNO und privaten internationalen Akteuren in Syrien zusammen. »Sie machen die Menschen zu Bittstellern«, kritisierte schon 2012 die Oppositions- politikerin Mouna Ghanem die Unterbringung der Menschen in Flüchtlingslagern. »Die Menschen haben keine Arbeit, sie gewöhnen sich daran, mit Hilfsgütern versorgt zu werden.«

In den ländlichen Gebieten, in abgelegenen Dörfern habe es immer Ordnungsstrukturen gegeben, sagt eine Geschäftsfrau in Damaskus, die Frauen in ländlichen Gebieten von Idlib, Rakka und dem Umland von Aleppo Jahrzehntelang für Textilarbeiten beschäftigt hatte. »Gab es Streit unter den Bewohnern, wurde der Mukhtar (Bürgermeister) eingeschaltet, der von allen gewählt und daher respektiert wurde.« Die Menschen seien arm gewesen, aber sie hätten Würde gehabt, erinnert sie sich. Die Arbeit habe den Frauen Selbstbewußtsein gegeben. »Nun sitzen die Menschen in Lagern, in Notunterkünften und verwahrlosen.« Traditionelle Strukturen würden zerstört, an die Stelle des Mukhtars seien diejenigen getreten, die Arbeit bei den internationalen Organisationen gefunden hätten.

Karin Leukefeld

*Die erste Fassung dieses Artikels erschien im Mai 2019 im »Rubikon – Magazin für die kritische Masse«. Die Veröffentlichung erfolgte unter freier Lizenz (Creative Commons).

- 1 Der Europäische Rat ist das Organ der EU, das die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der Europäischen Union festlegt. Er setzt sich zusammen aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Kommission.
- 2 <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/04/03/fac-conclusions-syria/>
- 3 Mai 2019, Interview mit dem UN-Sonderberichterstatter Idriss Jazairy: <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/89109-un-botschafter-zu-syrien-einseitige/>
- 4 <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2104518/fd5e53e-4e9825c822a49ee3703ee1d2c/factsheet-syrien-data.pdf>
- 5 https://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Documents/syria_shipping_advisory_03252019.pdf
- 6 <https://www.derstandard.de/story/2000106526441/rechtliche-basis-grace-1-steuerte-falschen-adressaten-in-syrien-an>
- 7 <https://www.sanctionsmap.eu/#/main>

Bei meiner Arbeit in Syrien werde ich täglich mit den Folgen der westlichen Sanktionspolitik gegen das Land konfrontiert, hier einige Beispiele:

- In Aleppo werden Hunderte Geschäftsleute durch die Sanktionen daran gehindert Ersatzteile und Rohstoffe einzukaufen. Auf der kürzlich dort stattfindenden Internationalen Messe sprach ich mit dem Inhaber eines Betriebes, der Entlüftungsanlagen herstellt. Jahrzehnte hat er mit deutschen Firmen zusammengearbeitet, um Einzelteile zu bestellen, um sein Personal in D. auszubilden. Seit 2011 ist die Zusammenarbeit gestoppt.
- Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer – Unternehmer im Bereich Textilien, Färberei, Druckerei, Pharmazeutische Betriebe – geht es genauso. Zudem sind ihre Konten in Deutschland eingefroren, sie erhalten keine Visa. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Tausende von mittelständischen und großen Industriebetrieben in verschiedenen Industriezonen in und um Aleppo 2013 von bewaffneten Gruppen überfallen, besetzt, geplündert und ausgeraubt wurden. Ganze Fuhrparks wurden gestohlen.¹ Die meisten Maschinen, Rohstoffe, Fahrzeuge wurden in die Türkei gebracht und dort verkauft. Die Industrie- und Handelskammer Aleppo hat Anzeige beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Türkei erstattet.²
- Eine internationale Hilfsorganisation in Aleppo beantragte bei ihrer Zentrale in Europa die Lieferung von Gehhilfen für ihre Behinderteneinrichtung. Es dauerte ein Jahr bis ihre Zentrale die Genehmigung von den entsprechenden Kontrollkomitees in Brüssel

und Washington für die Lieferung erhielt. Der Grund: Wenn 10 % eines Produkts Bestandteile US-amerikanischer Herstellung sind, muss die US-Administration zustimmen. Die Hilfsorganisation entschied, Ge helfen selber herzustellen.

- Ein Krankenhaus in Aleppo, das von einer deutschen, kirchlichen Hilfsorganisation als Spende ein Röntgengerät erhielt, kann dieses nicht benutzen. Die für Spezialuntersuchungen erforderliche Software war nicht mitgeliefert worden. Inzwischen gibt es die Software nicht mehr auf dem Markt.

Homs:

- Textilhändler im Markt der Altstadt haben ihre Geschäfte wieder geöffnet. Manche der Händlerfamilien arbeiten in dem Altstadtmarkt von Homs seit mehr als 300 Jahren. Heute können sie Rohstoffe und Materialien nicht einkaufen, weil die Sanktionen auch den Zahlungsverkehr mit Syrien unterbinden. Die Händler kaufen Produkte in Indien, Malaysia oder China. Doch Ersatzteile für in Deutschland hergestellte Textilmaschinen können in China nicht oder in weniger guter Qualität hergestellt werden. Also werden nun chinesische Maschinen gekauft. Manche Händler kaufen Waren auf Umwegen, durch so genannte »Broker«, Zwischenhändler. Sie bestellen deutsche, französische, britische Produkte, die in ein anderes Land geliefert werden, das (bisher) nicht im Fokus der Sanktionspolitik steht. Von dort

werden die Produkte nach Syrien geliefert. Das bedeutet doppelte Zölle, Produkte werden insgesamt 20 Prozent und noch teurer.

Damascus, Deraa und andere Orte:

– Syrische christliche Hilfsorganisation haben Schwierigkeiten Spendengelder zu erhalten. Manche Hilfsorganisationen haben Büros und Bankverbindungen in Jordanien oder im Libanon. Wenn auf einer Überweisung nach Jordanien oder Libanon aber beispielsweise »Kinderprojekt Syrien« steht, nehmen die Banken das Geld nicht an. Entweder, im besten Fall, schicken sie das Geld zurück. Oder es wird »eingefroren«. Das gilt auch für andere Hilfsorganisationen, ob kirchlich oder privat, in anderen Städten.

Sanktionen als neues Mittel der Außenpolitik

– Als zusätzliches Druckmittel in kriegerischen Konflikten wurden von jeher Wirtschaftssanktionen über den Gegner verhängt. Der Gegner wurde belagert, die Zufuhr von Lebensmitteln oder Wasser zum belagerten Gegner wurde militärisch verhindert.

– Seit Beginn des 20. Jahrhunderts und zunehmend im Zuge der »Globalisierung« werden Wirtschaftssanktionen zu einem neuen Instrument in der Außenpolitik. Das Völkerrecht sieht nach Artikel VII der UN-Charta die Möglichkeit von Sanktionen als Straf-

maßnahmen vor, um Frieden und Sicherheit zu erhalten ohne einen Krieg zu beginnen. Die Befugnis solche Sanktionen zu verhängen liegt beim UN-Sicherheitsrat. Seit dem 2. Weltkrieg werden Sanktionen immer häufiger von einzelnen Staaten oder verbündeten Staaten als »einseitige wirtschaftliche Strafmaßnahmen« eingesetzt. Diese Sanktionen werden nicht mehr vom Militär, sondern von Diplomaten verhandelt, überwacht und durchgesetzt. Die UN-Vollversammlung betrachtet einseitige Sanktionen als völkerrechtswidrig. Die Staaten, die sie einsetzen – USA, Europa – betrachten einseitige Sanktionen als rechtlich abgesichert, weil sie ihr jeweils eigenes nationales oder europäisches Recht zur Grundlage nehmen. Das Völkerrecht bleibt außen vor.

– »Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Märkte zu einem der wichtigsten Schlachtfelder geworden«, heißt es in einer Studie der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP, Berlin). Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen ermöglichten es »den Entscheidungsträgern in den USA und Europa, ihren Gegnern genauso hohe politische und wirtschaftliche Kosten wie mit einem Kriegseinsatz aufzuerlegen, um deren Entscheidungsfindung zu beeinflussen – ohne Soldaten ins Unglück schicken zu müssen.«³

1 15.5.2016, Syrian News Agency; Legal committee: Erdogan's government has to compensate for damage caused to industrial facilities: <https://www.sana.sy/en/?p=77323>

2 25.10.2017; The Irish Times, Aleppo rebuilds itself, <https://www.irishtimes.com/news/world/middle-east/aleppo-rebuilds-itself-from-destruction-of-war-1.3267526>

3 Sascha Lohmann, Diplomaten und der Einsatz von Wirtschaftssanktionen, in: Die neue Wirklichkeit der Außenpolitik, Stiftung für Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 2018: <https://www.swp-berlin.org/publikation/die-neue-wirklichkeit-der-aussenpolitik-diplomatie-im-21-jahrhundert/>

Redebeitrag von Knut Mildner-Spindler zur Gedenkveranstaltung an der Friedensglocke im Volkspark Friedrichshain am 6.8.2019

Ich darf Sie im Namen des Bezirksamtes recht herzlich zu dieser Gedenkveranstaltung anlässlich der Atombombenabwürfe 1945 auf Hiroshima und Nagasaki begrüßen. Wir haben uns an diesem Ort versammelt, um heute am 6. August gemeinsam zu erinnern, zu gedenken und zu mahnen. Und man kann es nur jedes Jahr wiederholen; dass es wichtiger denn je erscheint, dies immer wieder zu tun. Sollte jemand, der einen flüchtigen Blick in die Hölle getan, von der Hölle erzählen und gar davon reden, den Höllenfürsten noch einmal zu rufen, dann werd ich, die ich Hiroshima überlebte, in den Zeugenstand treten, wo immer es sei, meine Stimme kraftvoll erheben und sagen: »Hört auf mit den Kriegen!« Das Gedicht von Sadako Kurihara trägt den Titel »Ich bezeuge Hiroshima«. Die Zahl derer, die uns als Überlebende, als Zeitzeugen mit solch eindringlichen Worten mahnen können, verringert sich. Umso wichtiger ist es, dass weltweit am 6. August an die Hölle von Hiroshima und Nagasaki erinnert wird. Immer wieder und jedes Jahr aufs Neue! Das Erinnern an die Atombombenabwürfe der USA auf die beiden japanischen Städte im August 1945 ist keine ritualisierte Routine, die sich aufgrund des Datums alljährlich wiederholt. Es ist die jederzeit gegenwärtige Verantwortung der Menschheit für ein von Menschen an ihr verübtes Verbrechen. dessen Folgen: rund 300.000 Todesopfer und totale Zerstörung bei Überlebenden: verbrannte Haut, verstrahlte Körper, erkrankte Organe, traumatisierte Seelen bei nachkommenden Generationen: Spätfolgen- gesundheitliche Dauerschäden In diesem Jahr ist unser Gedenken ein Besonderes – vor 30 Jahren anlässlich des 50. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1989 wurde die Weltfriedensglocke als ein Geschenk der Weltfriedensglockengesellschaft World Peace Bell Association feierlich eingeweiht. Auf der Glocke steht die Inschrift Frieden auf Deutsch und Japanisch. Die Glocke stammt aus einer Zeit, in der zwei Jahre zuvor im Jahr 1987 zwischen den USA und der damaligen So-

wjetunion eine Abrüstungsvereinbarung geschlossen wurde, die »die Gefahr eines für die ganze Menschheit verheerenden Atomkrieges« bannen sollte, wie es in der Präambel des INF Vertrags heißt. Seit vergangener Woche ist dieser INF-Vertrag außer Kraft – die Gefahr erneuter atomarer Aufrüstung und eines die Menschheit bedrohenden Atomkriegs wächst wieder, Atomwaffen stehen wieder unkontrollierter in unserer Welt. Statt mit der Stationierung amerikanischer Raketen in Asien zu drohen, sollte der russische Vorschlag eines Moratoriums für die Stationierung von Raketen systemen mittlerer und kürzerer Reichweite in Europa geprüft und unterstützt werden Unser Gedenken der Opfer von Hiroshima und Nagasaki an der Weltfriedensglocke, angesichts des unglaublichen Ausmaßes dieser menschlichen Katastrophe von vor 74 Jahren ist nicht allein eine jährlich wiederkehrende kurzzeitige Andacht, sondern Mahnung und Unterstützung für die Sicherung des Weltfriedens. Die Arbeit der verschiedenen bestehenden Friedensinitiativen zeigt, dass Gedenken auch aktiv und durch Handeln erfolgen kann. Jederzeit. So ging der Aachener Friedenspreis 2019 an die Kampagne »Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt« und den »Initiativkreis gegen Atomwaffen«. In mehreren europäischen Ländern, wie Italien, Belgien, Niederlande und Deutschland sind weiterhin taktische amerikanische Atomwaffen deponiert, also in Ländern, die offiziell als Nicht-Atomwaffenstaaten gelten und dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten sind. Im Mai dieses Jahres hat das Berliner Abgeordnetenhaus den Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine deutsche Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Vertrages über das Verbot von Atomwaffen einzusetzen. Eine weltweite Atomwaffenkonvention- einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag gibt es bisher nicht. Der Bezirk Friedrichshain- Kreuzberg ist Mitglied der internationalen Initiative »Mayors For Peace«. Bereits in den frühen 80er Jahren haben die Bürgermeister der Städte Hiroshima und Nagasaki zur internatio-

nalen Solidarität gegen Atomwaffen aufgerufen. Seit 2003 setzen sie sich gemeinsam mit ihren Mitstreitern aus aller Welt für den Stufenplan »Vision 2020« ein, der die Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2020, dem 75. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, vorsieht. Sie werden dabei von Friedensgruppen auf der ganzen Welt sowohl auf lokaler als auch internationaler Ebene unterstützt. Nun haben wir 2019 und verschiedene kontraindikative Entwicklungen in der Welt zeigen, dass dies tatsächlich eine Vision ist. Doch solche Visionen sind notwendig. Wir brauchen sie und sollten uns nicht entmutigen lassen, sie weiter zu verfolgen. Deshalb ist auch das Mahnen kein einmaliger Appell am 6. August eines jeden Jahres. Der Forderung nach nuklearer Abrüstung kann nicht oft genug Nachdruck verliehen werden. Hierin sind wir uns mit Sicherheit alle einig: die Hölle, von der Sadako Kurihara, die Bezeugerin Hiroshimas, in ihrem Gedicht spricht, darf es nie wieder geben. Es gilt,

aus der Geschichte und aus dem Inferno von Hiroshima und Nagasaki zu lernen. Erinnern, Gedenken und Mahnen. Geht es um Hiroshima und Nagasaki, sind Erinnern, Gedenken und Mahnen gleichzeitig. Das eine kann ohne das andere nicht bleiben. Das Erinnern bewirkt das Gedenken; das Gedenken verlangt das Mahnen. Und alles erfordert ein Handeln. Für den Frieden. Aus Verantwortung der Menschheit für sich selbst. Lassen Sie uns gemeinsam an dieser Glocke erinnern, gedenken und mahnen. Lassen Sie uns den Wunsch und die Forderung nach Frieden zum Ausdruck bringen und zugleich auf die heute existierenden Gefahren aufmerksam machen. Und lassen Sie uns diesen Wunsch und diese Forderung von der heutigen Veranstaltung in unsere Wirkungssphären, in unseren Alltag mitnehmen und dort nach unseren Kräften und Möglichkeiten an ihnen arbeiten.

Knut Mildner-Spindler

Wir dürfen nicht nachlassen, unseren Willen nach Frieden zu bekunden!

Unser Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., gegründet 1999, hat seinen Sitz in Berlin. Inzwischen haben wir Mitglieder in drei Bundesländern. In Berlin sind wir zu vielen friedenspolitischen Aktionen auf der Straße, wobei unser Hauptschwerpunkt dem Kampf für eine atomwaffenfreie Welt gilt. In dieser globalisierten Welt, wo die größten Profite durch Aufrüstung und Kriege erzielt werden, haben wir als Friedensbewegung nur eine Chance, wenn wir uns vor allem mit anderen politischen Initiativen und Bewegungen verbünden. Denn die Lösung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen kann nur mit friedlichen Mitteln erfolgen. Das Jahr 2019 lässt, insbesondere auch durch die Kündigung des INF-Vertrages die Gefahr eines Konfliktes, bis hin zu einem Atomkrieg für Europa und die Menschheit weiter anwachsen. Wieder ist der Weg frei für eine weitere Verschärfung des nuklearen Wettrüstens. Es droht eine erneute Stationierung von US Mittelstreckenraketen in Deutschland und Europa. Aber nichts würde Europa davon abhalten, einen Vertrag mit den USA und Russland abzuschließen, der verbietet, ballistische Raketen in Europa zu stationieren. Es ist die NATO, die uns daran hindert, in unserem eigenen Interesse zu handeln und ein atomares Wettrüsten in Europa zu verhindern.

Man will uns weis machen, dass wir vor Angriffen geschützt seien, solange US-Atomwaffen auf europäischem Boden stationiert sind; Aber das Gegenteil ist der Fall! Durch die »nukleare Teilhabe« sind wir an der erweiterten nuklearen Abschreckung beteiligt und müssen dafür sogar eigenes Personal und Flugzeuge zur Verfügung stellen, die einen Atombombenabwurf ermöglichen.

Mit der Aufkündigung des INF-Vertrages befinden wir uns in Europa nicht nur mitten in einem atomaren Wettrüsten, sondern mit jeder Rakete, die bei uns stationiert wird, werden wir selbst zum Angriffsziel – das ist die Realität!!!! Dem ganzen Aufrüstungswahnsinn und dieser neuen Eskalationsspirale setzen nicht nur wir, die Friedensbewegten, die Forderung nach Abrüstung und vor allem den Ruf nach Diplomatie entgegen.

Im Juli 2017 kamen die Verhandlungen über ein völkerrechtlich abgesichertes, vollständiges Verbot von Atomwaffen zum Abschluss. 122 Staaten vereinbarten bei den Vereinten Nationen in New York einen entsprechenden Text. Seit September 2017 liegt der Vertrag zur Unterzeichnung bereit. 57 Staaten haben bereits ihre Unterschrift hinterlegt.

Und was macht die Bundesregierung?

Die Bundesregierung befolgt die US-Anweisung an alle NATO Mitglieder, nicht einmal an den Verhandlungen des Vertrages teilzunehmen und dem Abkommen auf keinem Fall beizutreten. Die deutsche Regierung mischt wieder mit, indem sie die Bundeswehr in Auslandseinsätze schickt, die Waffenproduktion ankurbelt, ihre Exporte genehmigt, sogar in Krisen- und Kriegsgebiete. Sie macht sich stark für eine Militärmacht der Europäischen Union, statt sich für ein friedliches europäisches Haus einzusetzen. Die Bundesregierung stellt sich mit ihrer Weigerung, dem »Vertrag über das Verbot von Kernwaffen« beizutreten, ins abrüstungspolitische Abseits.

Europa wird instrumentalisiert, um an der Seite der USA gegen Russland, China und Iran zu kämpfen. Auch wenn Deutschland sich noch nicht aktiv an einem Krieg beteiligen will: Solange US Atomwaffen und US-Stützpunkte auf deutschem Territorium sind, ist die Bundesregierung an den US-Kriegen beteiligt. Erst recht, wenn in Deutschland erneut atomare Raketen stationiert werden. Man könnte die Aufzählungen weiter fortsetzen... Noch immer lagern in Büchel 20 US-Atomsprenköpfe. Und unsere Bundesregierung ist zu feige, dieses Thema bei den USA und der NATO auch nur anzusprechen. Viel schlimmer, sie verteidigen die Stationierung von Atomwaffen mitten in Deutschland sogar unter Verweis auf die »Abschreckung«. Wir sagen klar: Wir brauchen nicht Abschreckung, sondern Abrüstung. Die Atomwaffen von Büchel müssen weg!

Deshalb unterstützen wir die Forderung, den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbot ohne Wenn und

Aber – nicht in ferner Zukunft, sondern jetzt! Allein das Verbot von Atomwaffen verspricht keine sofortige Abrüstung – aber mit dem Abschied von der nuklearen Abschreckung werden wichtige Voraussetzungen für eine atomwaffenfreie Welt geschaffen! Der bedrohliche Stand der Weltuntergangsuhr und die durch Wissenschaftler aufgezeigte Gefahr für die Menschheit und unseres Planeten durch einen Atomkrieg, sind weitere warnende Zeichen. Das Agieren von Trump und seine Vasallen, die noch mehr Geld für ihre Kriege und völkerrechtswidrigen Interventionen aus den europäischen Staaten pressen wollen, unterstreichen diesen bedrohlichen Zustand, in der sich unsere Welt befindet.

Umso mehr ist es uns als Verein Anspruch, in unserem friedenspolitischen Engagement nicht nachzulassen! Dem Einhalt zu gebieten und Gesicht zu zeigen, dafür benötigen wir auch weiterhin euer Engagement und eure aktive Unterstützung! Regierungen finanzieren die Rüstung – Bürger*innen finanzieren Kampagnen für den FRIEDEN! Trotz größter Sparsamkeit und viel ehrenamtlichen Engagements kosten die Vorbereitung und Durchführung unserer Aktionen und Projekte aber auch Geld. Deshalb bitten wir euch neben eurer persönlichen Teilnahme an unseren friedenspolitischen Veranstaltungen auch um finanzielle Unterstützung. Jede Spende hilft und bringt uns näher an unser Ziel: Von deutschem Boden soll nur noch Frieden ausgehen!

Unser Spendenkonto: Postbank Berlin, Verein Friedensglockengesellschaft Berlin e. V., IBAN: DE97 1001 0010 0026 4571 08.

Am Vorabend des 74. Jahrestages des Gedenkens und Mahnens für die Opfer der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki von 1945 haben wir am 2.8.2019 ein Buch über die Geschichte der Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain herausgebracht. Es ist uns mit diesem Buch ein vorrangiges Anliegen, das Wissen über die historischen Zusammenhänge der Weltfriedensglocke, insbesondere zur Geschichte der Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain, darzustellen und zu bewahren.

Gern könnt ihr über unsere postalische Anschrift: Friedensglockengesellschaft Berlin e. V., Zossener Str. 66, 12629 Berlin, mit einer Schutzgebühr von 15 Euro, plus Versandkosten, dieses Buch erwerben.

Am 5.8.2019 begingen wir wieder die Nacht der Kerzen an der Weltfriedensglocke und am 6.8.2019, 18 Uhr fand aus Anlass des 74. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki unsere jährliche Mahn- und Gedenkveranstaltung an der Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain statt, zu der wieder über 200 friedensbewegte Bürger*innen teilgenommen haben. Sehr bewegend wurden die Redebeiträge von zwei Schülern aus Fukushima wahrgenommen, die im Rahmen ei-

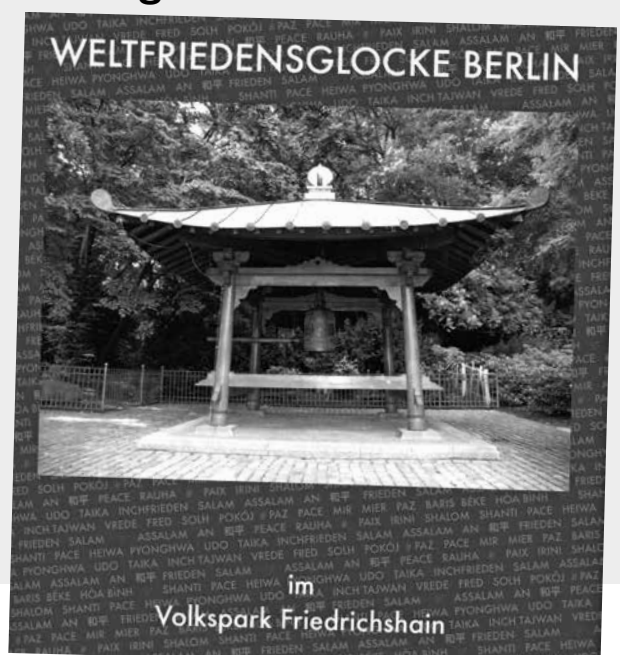
Ein Buch über Geschichte – Zusammenhänge und andere Wahrheiten in – 30 Jahre Weltfriedensglocke Berlin – Mahnung für den Frieden!

Es wurde Zeit, dass ein Buch darüber berichtet, warum ein Pavillon im asiatischen (japanischen) Baustil ausge-rechnet dort steht, wo die Zeugnisse (Bunker) eines verheerenden Krieges, versteckt unter einer grünen Oase, in der Mitte von Berlin, im Volkspark Friedrichshain, steht.

**Friedensglocke Berlin
im Volkspark Friedrichshain**

Für eine Schutzgebühr von 15 Euro zzgl. Versandkosten
erhältlich bei:

Friedensglockengesellschaft Berlin e. V.,
Zossener Straße 66, 12629 Berlin



ner Projektwoche in Berlin weilten und ihre Erlebnisse der tragischen Ereignisse von Fukushima schilderten. Als Gäste dieser Veranstaltung wurden die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und die Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch herzlich begrüßt.

Aufmerksam machen möchte ich abschließend auf zwei Termine.

Am **21.9.2019, 11 Uhr** wird aus Anlass des 30-jährigen Jubiläums der Einweihung unseres Japanischen Pavillons und dem 80. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges eine Veranstaltung an der Weltfriedensglocke im Volkspark Friedrichshain stattfinden.

Und am **7.10.2019** findet **ab 17 Uhr** im Zeiss-Großplanetarium in der Prenzlauer Alle unser »Fest des Friedens« aus Anlass des 20-jährigen Bestehens unseres Vereins Friedensglockengesellschaft Berlin e. V. statt.

Nähere Informationen zu diesen Veranstaltungen könnt ihr ebenfalls auf unserer Internetseite unter

www.weltfriedensglocke-berlin.de einsehen.

Zu all diesen Veranstaltungen möchten wir euch schon jetzt herzlich einladen.

Unser Planet ist in hohem Maße durch Krieg und Umweltzerstörung gefährdet. Es ist an uns, die Regierung zu zwingen, alles dafür zu tun, die Welt von Krieg zu befreien und endlich die Verantwortung für ihre sozialen Aufgaben und einen konsequenten ökologischen Umbau zu übernehmen. Darum unterstützen wir den Appell der Friedenskoordination Berlin: Lasst uns zusammen gehen: Umwelt-Sozial und Friedensbewegung! Und ich ergänze: Lasst uns vor allem auch die jungen Menschen erreichen, die seit Wochen jeden Freitag für mehr Klimagerechtigkeit und gegen die zunehmende Umweltverschmutzung auf die Straße gehen. Nutzen wir die Möglichkeit, diesen jungen Menschen mit auf ihren Weg zu geben: Die größten Umwelt- Sozial- und Klimakiller sind die Kriege!

Deshalb werden wir uns gemeinsam mit allen friedliebenden Initiativen und Organisationen auch weiterhin aktiv und konkret für eine Welt ohne Kriege einsetzen.

Anja Mewes

HINWEISE ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

Axel Holz

Präsident der Vereinigung der Verfolgten
des Naziregimes

Anja Mewes

Vorsitzende Friedensglockengesellschaft Berlin e. V.
www.weltfriedensglocke-berlin.de
E-Mail: friedensglockengesellschaft@web.de

Caren Ley

MdB, stellvertretende Parteivorsitzende und
Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik
in der Linksfraktion im Bundestag

Dr. Daniela Fuchs

Diplom-Historikerin

Dr. Gregor Gysi

MdB

Dr. Holger Politt

Referent für editorische und historische Arbeit
bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dr. Horst Helas

Historiker

Jan Korte

MdB, 1. Parlamentarischer Geschäftsführer
der Linksfraktion im Bundestag

Karin Leukefeld

Nahost Journalistin

Knut Mildner-Spindler

stellvertretender Bezirksbürgermeister und
Bezirksstadtrat von Friedrichshain-Kreuzberg

Martin Schirdewan

Mitglied der Fraktion GUE/NGL im Europaparlament

Prof. Dr. Günter Benser

Historiker

Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe

Historiker

René Lindenau

Autor

Thomas P. Pezala

Redaktion Rundbrief und Sprecher
der BAG-Antifaschismus

Tom Strohschneider

Chefredakteur

Ulla Jelpke

MdB, Journalistin, Sprecherin für Rechtsextremismus
der Linksfraktion im Bundestag

An alle Engagierten und Interessierten:

Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und

dabei Schnittstelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

Name

Vorname

Geburtsdatum

Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss
BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

Anschrift

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28,
10178, Berlin
oder per Fax: 030 2411046